



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber begrüsst die Stadt- und Gemeinderäte, die Gäste und die Pressevertreterinnen zur fünften Sitzung im Jahr 2012 am - in Bezug auf die herrschende Temperatur - wahrscheinlich heissesten Tag des Jahres.

Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst sei in den Ferien und habe sich für die Nichtteilnahme an der heutigen Sitzung entschuldigt.

Frau Stadträtin Anna Aeberhard (GL) habe am 2. August 2012 Floriane Clara zu Welt gebracht. Der kleinen Floriane Clara wünsche sie alles Gute auf dem Lebensweg und deren Eltern viel Freude an der neuen Lebensaufgabe.

Herr Stadtrat Urs Zurlinden (FDP) habe seine langjährige Lebensabschnittspartnerin bereits in der noch kühleren Jahreszeit (Dezember 2011) geheiratet, das Hochzeitsfest jedoch vor kurzem gefeiert. Im Namen des Stadtrates wünsche sie den beiden viel Schönes auf dem gemeinsamen Lebensweg.

Das nächste Hochzeitsfest eines Stadratsmitgliedes werde vermutlich jenes von Herrn Stadtrat Pierre Mason (SP) am 15. September 2012 sein.

Die heutige Sitzung werde für eine kurze Verpflegungs- und Erfrischungspause (voraussichtlich nach Traktandum Nr. 3) unterbrochen. Sollte die Temperatur trotz der mobilen Klimaanlage unerträglich heiss werden, bestehe die Möglichkeit, bei Bedarf einige der für heute traktandierten Geschäfte auf die Septembersitzung zu verschieben.

Da man sich in Langenthal und nicht in Afrika befinde, gebe es genug und sauberes Wasser, was nicht selbstverständlich sei und nicht vergessen werde dürfe und wofür man zudem dankbar sein sollte.

Unter Verdankung der Verfassung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 18. Juni 2012 erteilt sie der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend¹
- **3** Mitglieder des Stadtrats sind entschuldigt abwesend
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst ist entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste sowie die Auflage der Akten sei vorschriftsgemäss erfolgt und zur Traktandenliste seien keine Bemerkungen vorgebracht worden.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **36** und ab Traktandum Nr. 3 sind **37** Stadträtinnen und Stadträte anwesend.



1. **Gemeinderechnung 2013; Vergabe des Auftrages für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt für das Rechnungsjahr 2013 an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsstelle**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Lukas Felber, GPK-Mitglied: Die Geschäftsprüfungskommission beantrage dem Stadtrat den Zuschlag für das Revisionsmandat der Rechnung der Stadt Langenthal und der Pensionskasse der Ernst & Young AG, Bern zu erteilen. Gemäss Art. 10 und Art. 62 Ziff. 3 der Stadtverfassung sei das Revisionsmandat jährlich zu vergeben.

Die Geschäftsprüfungskommission habe im vergangenen Jahr ein Evaluationsverfahren durchgeführt, obwohl der Dienstleistungsauftrag deutlich unter dem Schwellenwert von Fr. 100'000.00 liege und somit nicht der Submissionspflicht unterstellt sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe das Evaluationsverfahren mit transparenten und klaren Kriterien durchgeführt und dabei auch lokale Anbieter berücksichtigt.

Es gebe weder einen Anspruch auf Verlängerung des Revisionsmandates nach einem Jahr, noch sei eine solche Verlängerung von der Geschäftsprüfungskommission gegenüber den teilnehmenden Revisionsgesellschaften in Aussicht gestellt worden.

Die Geschäftsprüfungskommission beantrage den Auftrag erneut der Ernst & Young AG, Bern zu vergeben einzig aus dem Grund, davon überzeugt zu sein, dass die Zusammenarbeit eine gewisse Kontinuität brauche, damit der Einarbeitungsaufwand sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die Revisionsgesellschaft nicht jährlich anfalle.

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden.

III **Abstimmung:**

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Ernst & Young AG, Bern erhält den Auftrag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Gemeinderechnungen (Rechnungen der Stadt sowie der Vormundschaftsdepots) und der Rechnung der städtischen Pensionskasse des Jahres 2013 nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zum offerierten pauschalen Angebotspreis brutto (inkl. 8,0% MWSt, Auslagen und Spesen) von jährlich Fr. 39'000.00.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
 - Geschäftsprüfungskommission
-



2. Finanz- und Investitionsplan 2013 - 2017; Kenntnisnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber informiert, dass Gemeinderat Jürg Häusler in seinem Referat nebst dem Finanz- und Investitionsplan gleichzeitig auch den Voranschlag 2013 vorstellen werde. Damit habe die folgende Präsentation auch für das Traktandum Nr. 3 Gültigkeit, was im Protokoll entsprechend festgehalten werde. Die Stadträtinnen und Stadträte seien gebeten in der nun folgenden Beratungsrunde zum Traktandum Nr. 2 noch keine Stellungnahmen, Bemerkungen und Anträge zum Voranschlag 2013 (Traktandum Nr. 3) abzugeben.

Gemeinderat Jürg Häusler: Ohne zu wollen, dass sein Vortrag in einem langen Referat münde, beabsichtige er aber doch, sich die Zeit zu nehmen, um den Finanz- und Investitionsplan als auch das Budget angemessen zu präsentieren.

Als für das Ressort Finanz- und Steuerwesen zuständiger Gemeinderat präsentiere er die Thematik bereits zum fünften Mal. Die Legislaturperiode 2009 - 2012 gehe dem Ende entgegen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt werde damit über ein Budget beraten, welches in der Legislaturperiode 2013 - 2016 allenfalls von neuen Köpfen und insbesondere mit neuen Grundlagen zugeordnet werden müsse. Das vorliegende Budget habe eine Herausforderung dargestellt und sei ein Zeichen dafür, dass den Budgetierungsprozessen in der neuen Legislaturperiode eine wichtige Komponente zukommen werde.

Das Budget 2013 könne mit erfreulichen, optimistischen aber auch negativen Punkten präsentiert werden. Erfreulich seien die Anzeichen auf wieder bessere Jahre und bessere Rahmenbedingungen bei den Steuereinnahmen. Nachdenklich dagegen stimme, dass die Stadt gewissen finanziellen Entwicklungen ausgesetzt sei, auf die sie kaum oder nur beschränkt Einfluss nehmen könne, was sich letztendlich auf die Finanzpolitik der Stadt auswirken werde.

In seiner Präsentation erläutere er vorweg den Finanzplan, welcher schliesslich als Grundlage für den Voranschlag diene und gleich anschliessend den Gemeindevoranschlag 2013, womit die Gesamtpräsentation für das Traktandum Nr. 2 sowie für das Traktandum Nr. 3 der heutigen Sitzung für das Protokoll verwendet werde.

stadtlangenthal

stadtlangenthal

Präsentation Stadtrat

vom 20. August 2012

Voranschlag 2013
Finanz- und Investitionsplanung 2013 - 2017

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Inhaltsverzeichnis

- Richtlinien der Regierungstätigkeit
- Voranschlag 2013
- Finanzplan 2013 - 2017
- Investitionsplan 2013 - 2017
- Schlussbemerkungen

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012



Richtlinien der Regierungstätigkeit

- **Ausgeglichene Rechnung:** bei Investitionen von Fr. 4 Mio./Jahr und bisherigen ordentlichen Konsumausgaben
- **Eingetretene Vermehrung des Eigenkapitals 2007, 2008 und 2009 wird zur Senkung der Steueranlage eingesetzt**
- **Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien wird ausschliesslich für Abschreibungen der zusätzlichen Investitionen verwendet**
- **Die zusätzlichen (übrigen) Abschreibungen werden auf maximal Fr. 3,6 Mio. begrenzt.**

Die noch gültigen Regierungsrichtlinien betreffen die Legislaturperiode 2009 - 2012. Bislang seien die Richtlinien erfüllt und einigermassen umgesetzt worden.

In den Regierungsrichtlinien sei die finanzpolitische Strategie des Gemeinderates umschrieben, um Langenthal als Raum mit hoher Lebensqualität und als attraktiven Wirtschaftsstandort für die nachfolgenden Generationen möglichst belastungsfrei zu erhalten und zu fördern.

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Da der Grundsatz, eine ausgeglichene Rechnung zu erhalten, auch bei einer Steueranlage von 1.48 (vor der Eigenkapitalvermehrung) und mit einer Investitionsquote von Fr. 4 Mio. pro Jahr leider nicht mehr eingehalten werden könne, sei Handlungsbedarf angezeigt.

Der Gemeinderat habe als Grundlage für den Voranschlag 2013 unter Anderem vorgegeben:

- Beibehaltung der Steueranlage
- Nicht-Budgetierung der Buchgewinne
- Abgeltung der IBL mit Fr. 1,4 Mio.
- Keine Teuerung im Sachaufwand
- Teuerung im Personalbereich 1,5%

Voranschlag 2013

Grundsätze der Budgetierung

- **Basis Voranschlag/Rechnung Vorjahr**
- **Vorgaben des Gemeinderates**
- **Festlegung Investitionsquote und Abschreibungsmethodik**

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Voranschlag 2013

Ergebnis Laufende Rechnung in TFr.

	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013
Aufwand ohne Abschr. VW	86'793	88'889	90'120	97'272
+ harmonisierte Abschreibungen auf dem steuerfinanzierten Verwaltungsvermögen (10%)	3'642	4'221	4'915	5'497
+ übrige Abschreibungen	2'158	4'659	3'600	3'825
Aufwand	92'593	97'769	98'635	106'594
Ertrag	89'731	90'013	91'173	96'107
Ertragsüberschuss				
Aufwandüberschuss	2'862	7'756	7'462	10'487
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 4 Mio.	2'158	4'659	4'640	4'800
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	1'010	2'065	2'220	2'200
Ertrags (-) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung	-306	1'032	602	3'487

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Das Ergebnis des Voranschlages 2013 zeige ein zunehmendes Defizit, das auch nach der Neutralisation der Sonderfaktoren aus den Abschreibungen der zusätzlichen Investitionen und der Steuersenkung, nicht mehr im Rahmen der selbst gewählten Vorgaben zu liegen komme. Diese Tatsache sei zwar unschön, könne von der Stadt Langenthal aber verkraftet werden.

Der Gemeinderat beantrage deshalb weder eine Steuererhöhung, noch die Schnürung eines Sparpaketes. Das nach wie vor hohe Eigenkapital (Ende 2011 = Fr. 111,5 Mio.) lasse dieses Vorgehen zu.

Das Defizit bedürfe einer Relativierung, die sich anhand der folgenden Folien aufzeigen lasse.

Der Gemeinderat habe Grund zur Annahme, dass sich auch die Steuererträge mittelfristig bessern entwickeln werden.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Das um 8.8% erhöhte Investitionsvolumen sei bewusst und gewollt.

stadtlangenthal

Voranschlag 2013

Überblick Aufwände



Aufwandarten im Vergleich zum Voranschlag 2012

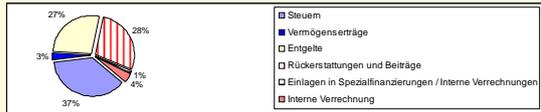
- Personalaufwand: + 0,6% -> Stellenbedarf Informatik für Projekt ict4kids
- Sachaufwand: + 6,0% -> nur 2% ergebniswirksam: IT-Kosten
- Passivzinsen: - 47,0% -> Abnahme Bankschulden: Ende 2013 schuldenfrei
- Abschreibungen: + 8,8% -> erhöhtes Investitionsvolumen
- Entschädigungen/Beiträge: + 13,7% -> Lastenausgleich, Beiträge an div. Institutionen

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

stadtlangenthal

Voranschlag 2013

Überblick Erträge



Ertragsarten im Vergleich zum VA 2012

- Steuern: + 1,2% -> Wirtschaftsprognosen, Anzahl Steuerzahler, Steuerkraft
- Vermögenserträge: - 20,9% -> Abnahme der zinsbringenden Anlagen
- Entgelte: + 11,6% Ursachen für die starke Zunahme:
- Rückstattung/Beiträge: + 12,0%
 - Änderungen bei den Lastenausgleichen (z.B. die „Neue Finanzierung Volksschule“, Disparitätenabbau)
 - Änderungen bei der Verbuchungsmethodik beim Alterszentrum Haslibrunnen)
 - > Koppelung an Aufwände, nicht „echte“ Mehrerträge

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Die Aufwandüberschüsse werden gemäss der Finanzplanung auch künftig hoch bleiben. Die unterste Zeile der Darstellung zeige ein strukturelles Defizit (bei einer hypothetischen Steueranlage von 1.48). Der Gemeinderat habe bereits gewisse Massnahmen erwogen (Beispiele: Überprüfung der Gebühren, Abgeltungen von anderen Gemeinden für von der Stadt übernommene Aufgaben im Sozial- und IT-Bereich).

Aufgrund dieser Entwicklung werden die politischen Organe unter der Leitung des Gemeinderates (in neuer Zusammensetzung nach den Wahlen im Herbst 2012) die finanzpolitische Strategie diskutieren und wo nötig neu festlegen.

stadtlangenthal

Finanzplan

Ergebnisse

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Beträge in Fr. 1'000.--	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
Laufende Rechnung							
Total Aufwand	97'769	98'635	106'596	107'700	109'035	109'521	109'898
Total Ertrag	90'013	91'173	96'107	97'398	97'890	98'790	99'851
Aufwandüberschuss							
Inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen	7'756	7'462	10'487	10'302	11'145	10'731	10'047
zusätzliche Abschreibungen für steuerfinanzierte Investitionen > 4 Mio.	4'659	3'600	4'800	4'900	4'500	2'800	4'000
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	2'065	2'215	2'200	2'275	2'310	2'345	2'380
Ertrags (-)/ Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuerenkung	1'032	1'647	3'487	3'127	4'335	5'586	3'667

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012



Gründe für strukturelles Defizit?

- Belastung durch die Finanz-/Lastenausgleiche
- neue Aufgaben:
 - Amt für Bildung, Kultur und Sport
 - Wirtschaftliche Sanierung Kunsteisbahn AG
 - Betriebskosten für das Schul-IT-Projekt ict4kids

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Die Belastung erfolge durch den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich, durch die Kostenzunahme der letzten Jahre in Millionenhöhe sowie durch neue städtische Aufgaben. Allein die drei aufgeführten Aufgaben verursachen der Stadt jährlich je rund Fr. 0,5 Mio. mehr.

Die Übersicht zeige, dass die Nettoaufwendungen für die diversen Lastenverteilsysteme laufend und sehr stark zunehmen. Seit dem Jahr 2009 betrage die Zunahme rund Fr. 3,6 Mio. Die zunehmend hohen Lasten seien einer der Hauptgründe für das strukturelle Defizit. Ohne diese markante Zunahme müsste heute nicht über ein strukturelles Defizit gesprochen werden. Eine Zunahme in dieser Höhe, sei nicht voraussehbar gewesen.

Im Lastenausgleich gelte es die Kantonalisierung des Kindes- und Erwachsenenschutzes als auch die neue Aufgabenteilung zwischen der Gemeinde und dem Kanton (Jahr 2013) zu berücksichtigen, welche zu einem Kostenanstieg von rund Fr. 1 Mio. führen werden. Im Jahr 2014 werde die Kantonalisierung im Lastenausgleich "Sozialhilfe" kompensiert. Die Diskrepanz eines Jahres könne darauf zurückgeführt werden, dass der ganze Lastenausgleich "Sozialhilfe" immer ein Jahr später verrechnet werde. Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes werde mit der Kantonalisierung der Behörden, die Verrechnung künftig periodenkonform vorgenommen werden können, so dass im Jahr 2013 sowohl die Kosten des Jahres 2012 als auch die des Jahres 2013 im Lastenausgleich "Aufgabenteilung" verrechnet werden. Leider werde aber auch in diesem Bereich eine etwas zunehmende Tendenz prognostiziert.

Finanzplan

Lastenverteiler und Finanzausgleich

jährliche Belastungen, in TFr.

Beilage 8. Nr.	Rechnung		Rechnung		Voranschlag		Voranschlag		Ffpla		Ffpla	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Öffentlicher Verkehr	1'181	1'247	1'585	1'542	1'690	1'900	1'960	1'980	1'985			
Finanzausgleich Sozialhilfe	179	633	865	-1'184	-1'600	-1'540	-1'265	-1'320	-1'340			
Aufgabenteilung Gde/Kanton	0	0	0	1'316	2'640	2'640	2'735	2'755	2'770			
Familienzulage	0	0	18	60	60	60	60	60	60			
EL (AHV / IV)	2'818	2'984	3'150	3'125	3'260	3'330	3'380	3'435	3'580			
Unterhalt Gemeindestrassen	285	263	327	0	0	0	0	0	0			
Lastenausgleich Sozialhilfe	5'433	5'992	6'346	6'443	7'400	6'535	6'655	6'775	6'900			
Sozialdemografischer Zuschuss	0	0	0	-300	-300	-300	-300	-300	-300			
Lehrerbesoldungen	9'060	9'120	9'051	9'217	9'947	9'948	9'949	9'950	9'951			
Total	14'045	15'722	16'688	16'219	18'097	17'573	18'174	18'335	18'606			

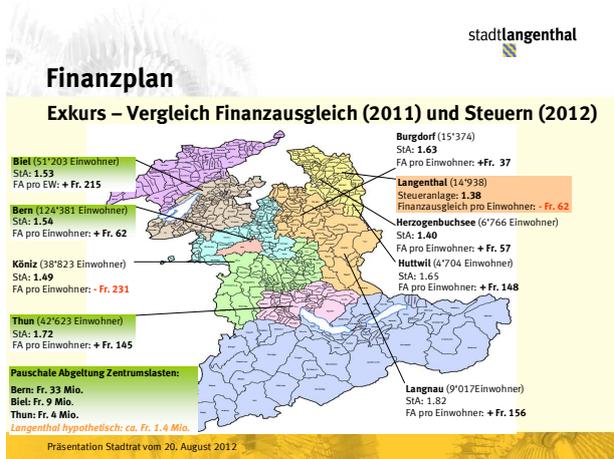
Anmerkung: Die Zunahme im Umfang von rund Fr. 1 Mio. im Lastenausgleich „Aufgabenteilung Gde/Kanton“ wird im 2014 beim Lastenausgleich Sozialhilfe kompensiert.

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012



Die Darstellung zeige, dass Langenthal insbesondere in den Jahren 2008 und 2009 über eine hohe Steuerkraft verfügt habe, was im Finanzausgleich zu einem Disparitätenabbau geführt habe, womit Langenthal zu einer "Nettozahlerin" geworden sei.

Vor den Sommerferien sei diese Darstellung von den Medien auf nationaler Ebene abgebildet worden. Daraus sei ersichtlich gewesen, dass die "Zürcher" den "Berner" etwas helfen.

Alle anderen in der Darstellung erwähnten grösseren Gemeinden - mit Ausnahme der Agglomerationsgemeinde Köniz - profitieren im Jahr 2011 vom Finanzausgleich.

Stossend sei, dass Langenthal nicht von der so genannten pauschalen Zentrumsabgeltung profitiere, wie dies Thun beispielsweise könne. Entsprechend angestellte Berechnungen hätten ergeben, dass Thun gegenüber Langenthal nicht höhere Zentrumslasten zu tragen habe, aber fast Fr. 4 Mio. erhalte. Langenthal hätte - gemäss einer vor zwei Jahren bereits geführten (bekannten) Debatte - Fr. 1,4 Mio. zu Gute gehabt. Da im Grossen Rat die Solidarität aber leider nicht gespielt habe, sei die Vergütung letztendlich im Rahmen des Reformpakets "FILAG 2012" gekippt worden, womit Langenthal leer ausgegangen sei.

Aus drei Gründen reagiere der Gemeinderat nicht bereits jetzt auf die zunehmenden Kosten:

1. Der Gemeinderat bezweifle, dass die Belastung durch den FILAG im Jahr 2013 stark zunehmen werde. Mit der Budgetierung habe relativ früh begonnen werden können. Dies und weil die FILAG-Zahlen sich noch laufend ändern werden, lasse Zweifel aufkommen, ob diese Werte effektiv so stark ausfallen, wie die letzten Berechnungen dies vermuten lassen.

2. Bei den Steuern zeichne sich nach zwei durchschnittlichen Jahren tendenziell eine Verbesserung ab. Die Anzeichen seien glaubhaft zu werten, dass die Steuererträge in den nächsten Jahren positiver ausfallen werden, als dies im Finanzplan angenommen werde.

3. Das Eigenkapital betrage nach wie vor beruhigende Fr. 111 Mio., was mehr als dem Dreifachen eines Jahressteuerertrages entspreche.

Nach Ansicht des Gemeinderates wäre es falsch voreilig zu reagieren. Im Übrigen werde diese Haltung von der Finanzkommission unterstützt, zumal auch im Worst case - wovon nicht auszugehen sei - genügend Zeit bleiben würde, um zu reagieren

Finanzplan
Ergebnisse

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Beträge in Fr. 1'000.--	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
Laufende Rechnung							
Total Aufwand	97'769	98'635	106'594	107'700	109'035	109'521	109'898
Total Ertrag	90'013	91'173	96'107	97'398	97'890	98'790	99'851
Aufwandsüberschuss inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen	7'756	7'462	10'487	10'302	11'145	10'731	10'047
zusätzliche Abschreibungen für steuerfinanzierte Investitionen > 4 Mio.	4'659	3'600	4'800	4'900	4'500	2'800	4'000
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	2'065	2'215	2'200	2'275	2'310	2'345	2'380
Ertrags (-) Aufwandsüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung	1'032	1'647	3'487	3'127	4'335	5'586	3'667

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012



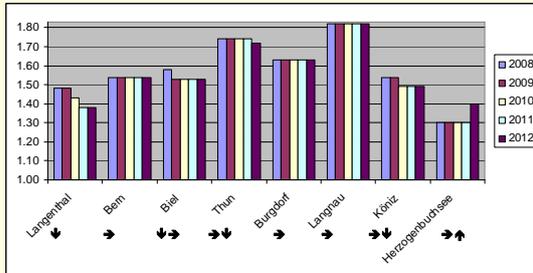
Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

stadtlangenthal

Finanzplan

Vergleich Steueranlage-Entwicklung 2008 - 2012



Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Die Einkommens- und Vermögenssteuererträge werden für das Jahr 2013 in etwa 2% über dem Budget 2012 prognostiziert. Die Gewinn- und Kapitalsteuern dagegen werden ganz leicht darunter prognostiziert.

Auch künftig werde mit einem vorsichtig optimistischen Wachstum von rund 1 bis 2% pro Jahr gerechnet.

Sollten künftig noch mehr gute Steuerzahlende nach Langenthal ziehen, könnten die aufgezeigten strukturellen Defizite - nicht unrealistischerweise - zumindest teilweise kompensiert werden.

stadtlangenthal

Finanzplan

Steuererträge

Beträge in Tfr.	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Ffpa 2014	Ffpa 2015	Ffpa 2016	Ffpa 2017
Einkommens- und Vermögenssteuern	24'816	25'692	26'300	26'695	27'095	27'501	27'914
Gewinn- + Kapitalsteuern	4'138	5'235	5'050	5'126	5'200	5'281	5'360
Übrige Steuern	3'958	4'090	4'090	4'212	4'192	4'170	4'143
Total Steuern	32'912	35'017	35'440	36'033	36'488	36'952	37'417
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

stadtlangenthal

Finanzplan

Exkurs: Entwicklung der Einkommensverteilung 2002 - 2010

Stufe	Steuerbares Einkommen (Einkommensstufen)	2002	2004	2006	2008	2009	2010	
1	0	16.4%	18.0%	17.4%	17.3%	18.2%	18.4%	↑
2	1 - 20'000	19.5%	18.6%	19.1%	17.8%	18.5%	18.1%	↓
3	20'001 - 40'000	28.9%	28.4%	27.0%	26.6%	25.3%	24.9%	↓
4	40'001 - 60'000	18.0%	17.6%	18.6%	19.2%	19.5%	19.4%	↑
5	60'001 - 80'000	8.8%	9.1%	8.9%	9.0%	8.6%	9.1%	→
6	80'001 - 100'000	3.8%	3.6%	3.8%	4.1%	4.3%	4.3%	↑
7	100'001 - 200'000	3.6%	3.9%	4.2%	5.0%	4.6%	4.7%	↑
8	> 200'000	0.9%	1.0%	1.0%	1.1%	1.1%	1.2%	↑

Anwachsen der Anzahl Steuerpflichtiger seit 2002: + 11.5%

Einkommenskategorien der **Mittelschicht und Gut Verdienenden wachsen überdurchschnittlich** (Kat 5-8): 2002: 17.1%; 2010: 19.2%

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Bei den mittleren und höheren Einkommen sei eine überproportional positive Entwicklung sichtbar. Bei der Mittelschicht und den Gutverdienenden könne eine Zunahme verzeichnet werden.

Auch wenn sich daraus nicht 1:1 auf die künftigen Steuererträge schliessen lasse, sei es doch ein Indiz dafür, dass die Strategie der Stadt Langenthal (Senkung der Steueranlage) eine gewisse Wirkung zeige.



Investitionsplan

- (in erster Linie) Investitionen, welche der Werterhaltung der vorhandenen Infrastruktur dienen
- (in zweiter Linie) Investitionen mit Potenzial für die zukünftige Weiterentwicklung der Stadt
- Finanzierung zu Lasten Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien
- Grosse Investitionen in den Bildungsbereich

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Langenthal wolle dort investieren, wo es Sinn mache. Konkret sollen die notwendigen Infrastrukturen im Wert erhalten werden und mit den Mitteln des onyx-Aktienverkaufs sollen ergänzend zukunftssträngige Investitionen getätigt werden.

Langenthal investiere weiterhin in die Bildung, weil dieser Bereich - speziell für die rohstoffarme Schweiz - von grosser Bedeutung sei. Einerseits investiere Langenthal in die Schulhäuser, bei denen Nachholbedarf bestehe und andererseits werde ein grosser Effort an das Projekt ict4kids geleistet, um eine moderne und nachhaltige IT-Infrastruktur zu erhalten.

Langenthal investiere in die Zukunft. Nachdem im Jahr 2011 bereits Investitionen von brutto Fr. 13 Mio. getätigt worden seien, seien für die Folgejahre noch höhere Investitionen vorgesehen.

Trotzdem gelte es natürlich, Grenzen zu setzen und die finanziellen Mittel gezielt dort einzusetzen, wo die Wirksamkeit und ein nachhaltiger Nutzen am grössten sei.

Investitionsplan 2013 - 2017

Projekt / Anlagen	Revidierter Voranschlag 2012	Planjahre					Subtotal 2013-2017
		Voranschlag 2013	2014	2015	2016	2017	
Gesamtzusammenzug							
1. Verkehrsmittel, Gesamttitel Projekte	4'363	2'678	2'970	2'070	17'886	17'108	42'712
bewertete Bruttoinvestitionen	2'678	2'678	2'970	2'070	17'886	17'108	42'712
Subventionenbeiträge	100	563	539	539	5295	12'007	23'513
Nettoinvestitionen	4'262	2'115	2'431	1'531	12'591	5'101	17'199
2. Mobilität, Fahrzeuge, Maschinen, Gesamttitel Projekte	85	300	210	170	100	180	960
bewertete Bruttoinvestitionen	85	300	210	170	100	180	960
Subventionenbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	85	300	210	170	100	180	960
3. Tiefbau, Verkehrsanlagen, Gesamttitel Projekte	2'305	2'950	2'475	215	1'025	325	6'990
bewertete Bruttoinvestitionen	2'305	2'950	2'475	215	1'025	325	6'990
Subventionenbeiträge/Gesamttitel/Projektbeiträge	0	0	0	0	250	0	250
Nettoinvestitionen	2'305	2'950	2'475	215	775	325	6'740
4. Wohnbau, Gesamttitel Projekte	7'730	11'900	11'300	11'200	4'800	19'070	46'500
bewertete Bruttoinvestitionen	7'730	11'900	11'300	11'200	4'800	19'070	46'500
Subventionenbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	7'730	11'900	11'300	11'200	4'800	19'070	46'500
5. Erwerb-Grundstücke, Gesamttitel Projekte	0	0	1'900	0	0	0	1'900
bewertete Bruttoinvestitionen	0	0	1'900	0	0	0	1'900
Subventionenbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	0	0	1'900	0	0	0	1'900
Gesamt bewertete Bruttoinvestitionen	14'583	18'888	18'388	14'200	22'356	19'953	91'565
Subventionenbeiträge	100	563	539	539	5'295	12'007	23'513
Total Nettoinvestitionen zu Lasten Steuererträge	14'272	18'275	17'771	14'856	8'066	9'776	68'052
Total bewertete Nettoinvestitionen zu Lasten Steuererträge		18'275	17'589	13'861	6'771	8'246	62'642

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Investitionsplan

- **Steuerfinanzierte Nettoinvestitionen 2013 - 2017 – wichtige Positionen**

- Bildungs- und Kulturwesen	Fr. 39,2 Mio.
- ict4kids	Fr. 1,25 Mio.
- Schulzentrum Kreuzfeld (inkl. Sport)	Fr. 22,0 Mio.
- Schulzentrum Hard (inkl. Sport)	Fr. 6,1 Mio.
- Kindergärten	Fr. 2,8 Mio.
- Stadttheater	Fr. 8,7 Mio.
- Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof	Fr. 13,3 Mio.
- Allgemeiner Hochbau	Fr. 3,2 Mio.
- Tiefbau (Strassen)	Fr. 6,5 Mio.
- Gebühren-/spezialfinanzierte Investitionen	Fr. 10,5 Mio.
- Diverses	Fr. 4,6 Mio.
Total	Fr. 77,3 Mio.

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Von den insgesamt Fr. 77,3 Mio. seien beispielsweise für den Bildungs- und Kulturbereich folgende Investitionen vorgesehen:

- 2012 rund Fr. 7,2 Mio.
- 2013 rund Fr. 11 Mio. (Bildungsbereich)
- 2014 rund Fr. 9 Mio.
- 2015 fast Fr. 6 Mio.

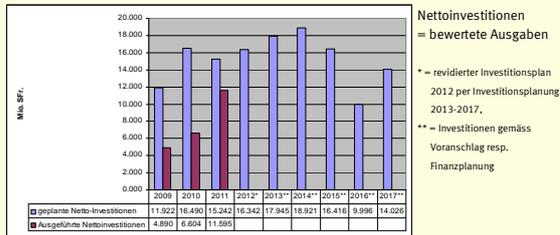
Die Darstellung zeige die nach der Realisierungswahrscheinlichkeit bewerteten steuerfinanzierten Nettoinvestitionen (Netto = nach Abzug der Subventionseinnahmen).

Unter Bewertung sei zu verstehen, dass Projekte - von denen angenommen werde, nicht gleich oder gar nicht realisiert zu werden - im Plan lediglich zu 50% oder 75% der eigentlichen Investitionssumme berücksichtigt seien.

Ein Blick in die Zukunft zeige, dass vor Allem für den Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof weitere Investitionen im Umfang von etwa Fr. 40 Mio. angedacht seien, wobei Langenthal auch von massgeblichen Bundes- und Kantonssubventionen profitieren soll. In diesem Zusammenhang werde jedoch klar betont, dass es sich dabei um Planbeispiele handle und demgemäss die Planzahlen im heutigen Zeitpunkt mit Vorsicht zu geniessen seien.



Investitionsplan



Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Die wirtschaftliche Entwicklung könne speziell für Langenthal als Hoffnungsträger bezeichnet werden, was durch neuste Zahlen belegt werden könne. Langenthal sei und bleibe als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dass die Steuerpflichtigen weiterhin entlastet werden können, mache Langenthal auch als Wohnstandort gegenüber umliegenden Gemeinden und Kantonen attraktiv. Langenthal erfülle auch Aufgaben einer Zentrumsgemeinde, ohne von kantonalen Zentrumsabgaben zu profitieren. Die Investitionsquote sei nach wie vor überdurchschnittlich hoch, woraus sich wieder Mehrwerte ergeben, von denen das Gewerbe und somit auch der Wirtschaftsstandort profitiere.

Obschon Handlungsbedarf in neuer politischer Zusammensetzung angezeigt sei, setze der Gemeinderat auf Konstanz. Der Gemeinderat erachte es als verfehlt, in übermässigen Aktivismus zu verfallen und die Schraube von heute auf morgen anziehen zu wollen, zumal die Vergangenheit zeige, dass Rechnungen im Laufe eines Jahres immer wieder durch Sonderfaktoren beeinflusst werden können.

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Im Namen der Geschäftsprüfungskommission erlaube er sich gegenüber der Aufforderung der Stadtratspräsidentin, sich zu den Traktanden 2 und 3 getrennt zu äussern, ungehorsam zu sein, indem er zu beiden Traktanden gleichzeitig Stellung beziehe.

Im Namen und Auftrag der Geschäftsprüfungskommission würdige er den Finanz- und Investitionsplan 2013 - 2017 als auch den Voranschlag 2013. Die Geschäftsprüfungskommission sei vom Ressortvorsteher Jürg Häusler umfassend informiert worden. Mittels Sonderabklärungen seien gewisse Fragen sogar noch schriftlich beantwortet worden.

(Protokoll/Traktandum 2, Seite 8)

Die in den letzten Jahren ausgeführten Investitionen seien deutlich unter dem Plan erfolgt, was auf einen unterschätzten Zeitbedarf für die Planungen aber auch auf fehlende Kapazitäten für die Ausführung zurückzuführen sei.

Es gelte sich bewusst zu sein, dass viele Projekte nur aufgeschoben seien, die nach wie vor aber noch aufgelöst werden.

Im Jahr 2011 seien rund 75% der geplanten Investitionen realisiert worden. Auch künftig soll die Abweichung zwischen den geplanten und ausgeführten Investitionen relativ tief bleiben.

Schlussbemerkungen

- **Wirtschaftliche Entwicklung**
- **Entlastung der Steuerpflichtigen**
- **Aufgabenerfüllung**
- **Investitionen**

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Antrag Voranschlag 2013

- **Aufwendungen Fr. 106,595 Mio.**
Erträge Fr. 96,107 Mio.
= Aufwandüberschuss Fr. 10,487 Mio.
- **Steueranlage 1,38 (unverändert)**
- **Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)**
- **Hundetaxe Fr. 100.00 (unverändert)**

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012



Auf eine materielle Würdigung der Vorlagen - worin es um Fragen gehe, ob die Finanzen der Stadt noch im Lot seien, ob zu viel oder zuwenig ausgegeben werde, ob die onyx-Millionen noch lange ausreichen werde - werde von Seiten der Geschäftsprüfungskommission verzichtet, weil dafür eher die Finanzkommission zuständig sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe aber trotzdem auch inhaltliche Fragen zu den Finanzgeschäften gestellt:

- Die Antwort auf die Frage, wie sich ein anderer Steuerfuss auf das strukturelle Defizit auswirken würde, laute, dass der Steuerfuss 1.38 ein strukturelles Defizit von jährlich Fr. 6,6 Mio. ergebe, wogegen der Steuerfuss 1.48 ein strukturelles Defizit von Fr. 4,32 Mio. ergeben würde.
- Die Antwort auf die Frage, bis wann damit gerechnet werden könne, dass alle Nachholinvestitionen erledigt sein werden, laute, dass diese Frage trotz der vorhandenen 10-Jahres-Investitionsplanung leider nicht abschliessend beantwortet werden könne.
- Die Antwort auf die Frage, ob die Kantonalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde im Sozialamt mittel- und längerfristig zu Entlastungen führen werde, laute, dass der Umfang der Entlastung noch nicht beziffert werden könne.
- Der Grund dafür, dass die Darstellung der Zahlen im Voranschlag 2013 betreffend das Amt für Bildung, Kultur und Sport (Seiten 28, 29) mehr Lücken als Zahlen aufweise, sei der, dass dem neuen Amt neue Kontengruppen oder Konten anderer Ämter zugeordnet worden seien. Mit jedem neuen Budget werde in Zukunft ein Vergleich der entsprechenden Zahlen wieder möglich sein.
- Die Antwort auf die Frage, weshalb das Konto 540.432.20 "Kinderheim Schoren/Kost- und Pflegegelder" einen Ertragsrückgang ausweise, laute, dass vermehrt Kinder aus dem Verwaltungskreis Oberaargau aufgenommen werden, für die die Abgeltung kleiner ausfalle als für ausserkantonale Kinder.
- Die Antwort auf die Frage, weshalb das Konto 608.365.45 "Verein Tagesfamilien Region Langenthal" einen Mehraufwand von über Fr. 110'000.00 ausweise, laute, dass deutlich mehr Betreuungsstunden (von 62'880 auf 74'880) geleistet werden, was einer Zunahme von satten 20% entspreche. Diese Zunahme sei gewollt und entspreche den Regierungsrichtlinien worin wörtlich festgehalten sei: *"Auf- und Ausbau von Kinderbetreuungsmodulen und bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung."*

Zusammenfassend halte er fest, dass die Geschäftsprüfungskommission keine formellen Einwände gegen die Finanz- und Investitionsplanung und gegen das vorliegende Budget habe. Auf alle gestellten Fragen sei ausreichend geantwortet worden.

Die Geschäftsprüfungskommission sei gespannt, was der Gemeinderat in seiner neuen Zusammensetzung gegen die aufkommenden Wolken am Langenthaler Finanzhimmel zu unternehmen gedenke. Namens der Geschäftsprüfungskommission danke er allen, die etwas zur Finanz- und Investitionsplanung und der Budgetierung beigetragen haben.

Kurt Wyss, Mitglied der Finanzkommission: Die Finanzkommission habe sich stetig in den laufenden Prozess der Finanz- und Investitionsplanung anlässlich von Finanzkommissionssitzungen und als Teilnehmerin am runden Tisch einbringen können. Gemeinderat Jürg Häusler habe bereits erwähnt, dass der vorliegende Finanz- und Investitionsplan und das Vorgehen des Gemeinderates den Vorstellungen der Finanzkommission entspreche und von dieser voll unterstützt werde. Die vom Gemeinderat vor zwei Jahren zum letzten Mal aktualisierte Finanzstrategie müsse aber zu Beginn der neuen Legislaturperiode überprüft und überarbeitet werden.



Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion: Die EVP/glp-Fraktion habe den Finanz- und Investitionsplan 2013-2017 mit Interesse zur Kenntnis genommen und danke dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit.

Letztes Jahr habe er an dieser Stelle von Schleierwolken gesprochen, die sich in der Ferne am Finanzhimmel der Stadt bemerkbar machen. Aufgrund der heute vorliegenden Zahlen seien jedoch schon dunkle Wolken sichtbar, die ungünstiges Wetter ankünden. Obwohl die EVP/glp-Fraktion mit der Einschätzung des Gemeinderates einverstanden sei, dass es noch nicht zu regnen angefangen habe, sei es doch angezeigt, sich bereits heute konkret zu überlegen, wo sich der Regenschirm befinde, um ihn rasch aufspannen zu können, wenn es den zu regnen beginne. Die für die nächsten fünf Jahre prognostizierten Defizite von jährlich durchschnittlich rund Fr. 10,5 Mio. sowie der Rückgang des Eigenkapitals von rund Fr. 111 Mio. (per Ende 2011) auf rund Fr. 51,4 Mio. (per Ende 2017) sprechen nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion eine deutliche Sprache. Der EVP/glp-Fraktion sei bewusst, dass der ständig anwachsende kantonale Lastenausgleich einen wichtigen Aspekt darstelle.

Das strukturelle Defizit werde sich in den nächsten Jahren weiter akzentuieren. Wenn alle Abschreibungen wegfallen würden, würde das Defizit bei einer Steueranlage von 1.48 noch rund Fr. 1,7 betragen. Bei einer Steueranlage von 1.38 rund Fr. 4 Mio. Das heisse, dass die Stadt Langenthal - auch ohne die Steuersenkungen der letzten Jahre - prinzipiell zu viel ausbebe.

Im Investitionsplan seien Nettoinvestitionen von total Fr. 77,3 Mio. ausgewiesen. Die EVP/glp-Fraktion sei dankbar, dass der Gemeinderat eine Priorisierung der Investitionen und eine Kennzeichnung von fixen (nicht verschiebbaren) Projekten vorgenommen habe. Um Investitionsfragen besser beurteilen zu können, sei es für die EVP/glp-Fraktion auch hilfreich gewesen, dass mögliche Projekte wie die Gesamtanierung des Kinderheims Schoren oder das Mühleareal vermerkt worden seien, obschon sie betragslich mit keiner Summe versehen worden seien.

Der EVP/glp-Fraktion stellen sich folgende grundsätzliche Fragen:

- Wie hoch soll das zukünftige Eigenkapital sein bzw. ab welchem Bestand sollen konkrete Korrekturmaßnahmen zur Erhaltung des Eigenkapitals umgesetzt werden? Die Korrekturen könnten Steuererhöhungen und/oder Verzichtsplannungen beinhalten.
- Wann werden die Nachholinvestitionen erledigt sein, wodurch die übrigen Abschreibungen wegfallen werden?
- Wie hoch soll in der Zukunft die jährliche, ordentliche, durchschnittliche Investitionsquote zu liegen kommen? In der Vergangenheit sei jeweils von Fr. 4 Mio. ausgegangen worden, was zukünftig kaum praktikabel sein werde.
- Im Zusammenhang mit dem Liegenschaftsbesitz der Stadt stelle sich die Frage nach einer Strategie für jede einzelne Liegenschaft:
 - Welche Objekte sollen und müssen im Besitze der Stadt bleiben?
 - Welche Objekte können veräußert werden, um Kapital beschaffen zu können?
 - Gibt es aus strategischer Sicht Objekte, die von Dritten gekauft werden sollten, um sich zukünftig keine Opportunitäten (Beispiel "Kino Capitol") zu verbauen?

Ein solches Arbeitspapier müsse nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion rasch erarbeitet werden. Die EVP/glp-Fraktion nehme sich dem Thema "Immobilienstrategie" an und werde einen entsprechenden Parlamentarischen Vorstoss dazu einreichen.

Für baufällige Gebäude wie das Mühlesilo oder die Markthalle gelte es Grundsatzentscheide zu fällen, damit Klarheit herrsche, ob die Objekte in Zukunft noch im Besitz der Stadt bleiben sollen bzw. ob die Stadt künftig die nötigen Gelder noch aufbringen wolle, um die Liegenschaften zu sanieren und die dadurch entstehenden Folgekosten zu tragen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Ausgelöst durch das am 21. Januar 2008 erheblich erklärte "*Postulat Steiner Daniel und Steiner Reto (beide EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2007 betreffend die Prüfung der Erarbeitung eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes für das Mühleareal*" habe der Gemeinderat ein Konzept erstellt und in die Vernehmlassung gegeben. Die Ergebnisse daraus seien dem Stadtrat im Jahr 2011 präsentiert worden. Im aktuellen Investitionsplan sei ab dem Jahr 2013 für dieses Areal aber kein Betrag mehr eingesetzt, was offenbar heisse, dass kein weiteres Vorgehen mehr geplant sei. Die EVP/glp-Fraktion bedaure dies sehr, da damit eine kostspielige Planungsleiche produziert worden sei, zumal offene Fragen rund um den Umzug der Musikschule oder betreffend das Stadtarchiv nicht beantwortet worden seien.

- Gibt es Liegenschaften, die vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen mutiert werden müssten?
- Wie können die Zentrumslasten besser auf die profitierenden Anrainergemeinden verteilt werden?

Obwohl sich das Steuersubstrat positiv entwickle, werde es auch mit höheren Steuereinnahmen nicht möglich sein, die zusätzlichen und neuen Kosten alle decken zu können.

Die Hälfte der Aufwendungen sei praktisch nicht direkt beeinflussbar. Das heisse, dass eine Aufgabenüberprüfung mit einer Verzichtsplanung notwendig werden dürfte, damit nicht während längerer Zeit nicht mehr ausgegeben als eingenommen werde. Trotz Verzichtsplanung müsse es aber immer noch möglich sein, die Stadt attraktivierende Investitionen umsetzen zu können. Zudem lehne die EVP/glp-Fraktion Kürzungen ab, die den Bereich Familie und Kinder betreffen.

Nach Erachten der EVP/glp-Fraktion sei es zeitlich nicht ausreichend, wenn erst der neue Gemeinderat im Jahr 2013 die Richtlinien der Regierungstätigkeit den neuen Gegebenheiten anpasse. Aus Sicht der EVP/glp-Fraktion müsste die Diskussion neu aufgerollt und politisch breit abgestützt werden, um in den Fragen der Liegenschaftsstrategie, der Höhe des zukünftigen Eigenkapitals, der normalen Investitionsquoten etc. einen möglichst gemeinsamen Nenner zu finden. Die EVP/glp-Fraktion sei deshalb der Meinung, in diesem Zusammenhang einen runden Tisch zur Finanzstrategie einberufen zu müssen.

Karin Rickli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion begrüsse den Finanz- und Investitionsplan und danke allen an der Erstellung Beteiligten. Die SP/GL-Fraktion unterstütze eine ausgewogene Finanzpolitik und finde es erfreulich, dass die Schulden Ende 2013 zurückbezahlt sein werden. Wichtig werde auch erachtet, dass die Werterhaltung und der Ausbau der Infrastruktur fortgesetzt werden. Besonders die Investitionen in die Schulen und in den Bahnhof seien sehr im Sinne der SP/GL-Fraktion.

Momentan werde das Geld jedoch mit beiden Händen ausgegeben. Etwas mehr Zurückhaltung zu üben, indem nicht immer die Luxusvariante angestrebt werde, wäre angebracht, da es keine zweite onyx gebe, mit welcher das Kässeli wieder gefüllt werden könne.

Kurt Wyss, FDP/-jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion danke dem Gemeinderat für die wertvolle Arbeit und nehme - ohne grosse Aufregung - Kenntnis von der Finanz- und Investitionsplanung. Einerseits müsse zur Kenntnis genommen werden, dass die zunehmenden Aufgaben der wachsenden Stadt Langenthal immer mehr Ausgaben mit sich bringen und dass die Belastung durch die kantonalen Finanz- und Lastenausgleichssysteme nur noch zunehme. Andererseits dürfe mit Genugtuung festgestellt werden, dass die Steuererträge - trotz der Steuersenkungen - auch zunehmend seien.

Wer in künftigen Jahren nicht mit einem strukturellen Defizit leben wolle, müsse sich auf gewisse Schwergewichtsinvestitionen festlegen und Grundsatzentscheide fällen. Stadtrat Daniel Rügger habe die wesentlichen Punkte bereits erwähnt, von denen der grösste Teil auch bereits von der Finanzkommission aufgelistet worden sei. Notgedrungen müsse gelernt werden, auf wünschenswerte aber nicht wirklich entscheidende Projekte zu verzichten, um eben Schwergewichtsinvestitionen festlegen zu können. Diese Anforderung gelte auch für alle anderen Aufgaben der Stadt, indem die Mentalität des all zu raschen Geld-Ausgebens für Sachen und Lösungen, die der Stadt wohl gut anstehen, aber günstiger gelöst werden könnten, abgelegt werden müsse. Bereits an der nächsten Sitzung werde sich die Gelegenheit ergeben, um über das eine oder andere Thema zu diskutieren. Selbstverständlich werde sich auch die FDP/ill-Fraktion entsprechend einbringen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Markus Gfeller: Anlässlich der Rechnungsabnahme im Juni 2012¹ habe er zwei, drei Punkte aufgeworfen und darauf hingewiesen, im Rahmen der Beratung zukünftiger Rechnungen, wieder darauf zurückzukommen:

Strukturelles Defizit: Die Worte von Stadträtin Karin Rickli habe er genossen. Verschiedentlich sei heute Abend bereits erwähnt worden, sich wieder auf das Notwendige beschränken zu müssen und nicht nur auf das Wünschbare anzustreben. Wenn dies ehrlich gemeint sei, werde sich bereits am heutigen Abend die Gelegenheit bieten, den entsprechenden Tatbeweis zu erbringen.

Spezialfinanzierungen: Im Bereich des Kehrichts werden pro Jahr rund 7% der Gebühren als Überschuss erarbeitet, welcher in die Spezialfinanzierung einflüsse. Er wäre froh zu erfahren, ob der Gemeinderat sich mit dem Gedanken abtrage, die Gebühren mittelfristig zu senken. Aus den Akten gehe heraus, dass im Bereich Abwasser in den nächsten ein, zwei Jahren eine Gebührensenkung angedacht sei. Zur Spezialfinanzierung Feuerwehr, in die eigentlich auch immer hohe Investition fliessen, habe er keinen Hinweis gefunden. Von Interesse wäre die Information, wie hoch der Fonds sein müsse, damit der Feuerwehr genügend Mittel zur Verfügung stehen oder ob bei ausreichender Höhe des Fonds die Einnahmen auch reduziert werden könnten.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Stadtratssitzung vom 18. Juni 2012: Traktandum Nr. 1 Gemeinderechnungen für das Jahr 2011; Genehmigung



3. **Gemeindevoranschlag 2013; Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftssteuer sowie die Hundetaxe; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 24./25. November 2012**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber legt den Gang der Beratung fest:

- Detailberatung: A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission; Stellungnahme der Finanzkommission
- B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
- C Detailberatung des Voranschlags 2013 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)
- Schlussabstimmung: D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)
- E Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 24./25. November 2012 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

II Detailberatung:

A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission; Stellungnahme der Finanzkommission¹

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber stellt zu Händen des Protokolls fest, dass Herr Gemeinderat Jürg Häusler und der GPK-Präsident Urs Zurlinden auf eine Ergänzung ihrer bereits im Traktandum Nr. 2 vorgtragenen Ausführungen verzichten.

Gemeinderat Jürg Häusler: *Ohne zu wollen, dass sein Vortrag in einem langen Referat münde, beabsichtige er aber doch, sich die Zeit zu nehmen, um den Finanz- und Investitionsplan als auch das Budget angemessen zu präsentieren.*

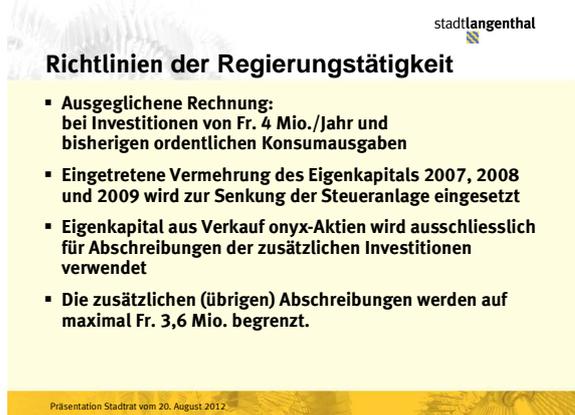
Als für das Ressort Finanz- und Steuerwesen zuständiger Gemeinderat präsentiere er die Thematik bereits zum fünften Mal. Die Legislaturperiode 2009 - 2012 gehe dem Ende entgegen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt werde damit über ein Budget beraten, welches in der Legislaturperiode 2013 - 2016 allenfalls von neuen Köpfen und insbesondere mit neuen Grundlagen zugeordnet werden müsse. Das vorliegende Budget habe eine Herausforderung dargestellt und sei ein Zeichen dafür, dass den Budgetierungsprozessen in der neuen Legislaturperiode eine wichtige Komponente zukommen werde.

Das Budget 2013 könne mit erfreulichen, optimistischen aber auch negativen Punkten präsentiert werden. Erfreulich seien die Anzeichen auf wieder bessere Jahre und bessere Rahmenbedingungen bei den Steuereinnahmen. Nachdenklich dagegen stimme, dass die Stadt gewissen finanziellen Entwicklungen ausgesetzt sei, auf die sie kaum oder nur beschränkt Einfluss nehmen könne, was sich letztendlich auf die Finanzpolitik der Stadt auswirken werde.

¹ Anmerkung der Protokollführung: Die Berichterstattung/Präsentation von Herrn Gemeinderat Jürg Häusler und die Stellungnahme des GPK-Präsidenten Urs Zurlinden sind mit den im Traktandum Nr. 2 "Finanz- und Investitionsplanung 2013 - 2017" protokollierten Ausführungen identisch. Auf eine Wiederholung der Ausführungen wurde verzichtet. Im Sinne der Protokollvollständigkeit des vorliegenden Traktandums sind diese Ausführungen im Protokoll *kursiv dargestellt* abgedruckt.



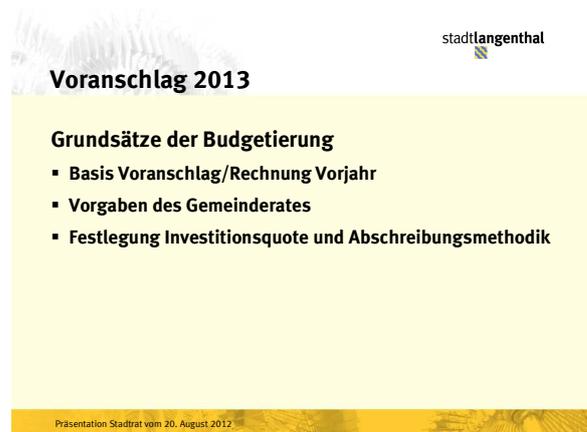
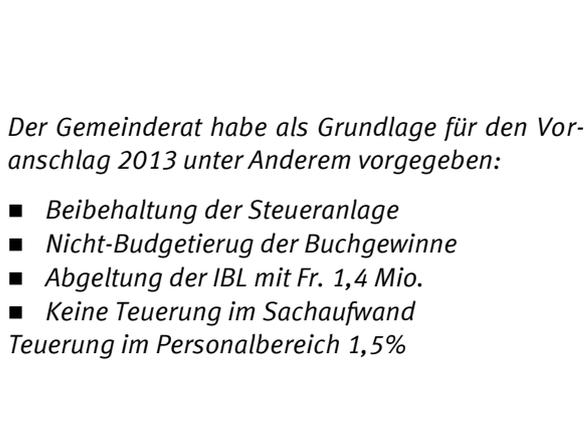
In seiner Präsentation erläutere er vorweg den Finanzplan, welcher schliesslich als Grundlage für den Voranschlag diene und gleich anschliessend den Gemeindevoranschlag 2013, womit die Gesamtpräsentation für das Traktandum Nr. 2 sowie für das Traktandum Nr. 3 der heutigen Sitzung für das Protokoll verwendet werde.



Die noch gültigen Regierungsrichtlinien betreffen die Legislaturperiode 2009 - 2012. Bislang seien die Richtlinien erfüllt und einigermaßen umgesetzt worden.

In den Regierungsrichtlinien sei die finanzpolitische Strategie des Gemeinderates umschrieben, um Langenthal als Raum mit hoher Lebensqualität und als attraktiven Wirtschaftsstandort für die nachfolgenden Generationen möglichst belastungsfrei zu erhalten und zu fördern.

Da der Grundsatz, eine ausgeglichene Rechnung zu erhalten, auch bei einer Steueranlage von 1.48 (vor der Eigenkapitalvermehrung) und mit einer Investitionsquote von Fr. 4 Mio. pro Jahr leider nicht mehr eingehalten werden könne, sei Handlungsbedarf angezeigt.





Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

stadtlangenthal

Voranschlag 2013

Ergebnis Laufende Rechnung in Tfr.

	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013
Aufwand ohne Abschr. VV	86'793	88'889	90'120	97'272
+ harmonisierte Abschreibungen auf dem steuerfinanzierten Verwaltungsvermögen (10%)	3'642	4'221	4'915	5'497
+ übrige Abschreibungen	2'158	4'659	3'600	3'825
Aufwand	92'593	97'769	98'635	106'594
Ertrag	89'731	90'013	91'173	96'107
Ertragsüberschuss				
Aufwandsüberschuss	2'862	7'756	7'462	10'487
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 4 Mio.	2'158	4'659	4'640	4'800
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	1'010	2'065	2'220	2'200
Ertrags (-) / Aufwandsüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuerenkung	-306	1'092	602	3'487

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Das Ergebnis des Voranschlages 2013 zeige ein zunehmendes Defizit, das auch nach der Neutralisation der Sonderfaktoren aus den Abschreibungen der zusätzlichen Investitionen und der Steuerenkung, nicht mehr im Rahmen der selbst gewählten Vorgaben zu liegen komme. Diese Tatsache sei zwar unschön, könne von der Stadt Langenthal aber verkraftet werden.

Der Gemeinderat beantrage deshalb weder eine Steuererhöhung, noch die Schnürung eines Sparpaketes. Das nach wie vor hohe Eigenkapital (Ende 2011 = Fr. 111,5 Mio.) lasse dieses Vorgehen zu.

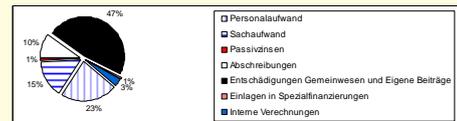
Das Defizit bedürfe einer Relativierung, die sich anhand der folgenden Folien aufzeigen lasse.

Der Gemeinderat habe Grund zur Annahme, dass sich auch die Steuererträge mittelfristig bessern entwickeln werden.

stadtlangenthal

Voranschlag 2013

Überblick Aufwände



Aufwandarten im Vergleich zum Voranschlag 2012

- Personalaufwand: + 0,6% -> Stellenbedarf Informatik für Projekt ict4kids
- Sachaufwand: + 6,0% -> nur 2% ergebniswirksam: IT-Kosten
- Passivzinsen: - 47,0% -> Abnahme Bankschulden: Ende 2013 schuldenfrei
- Abschreibungen: + 8,8% -> erhöhtes Investitionsvolumen
- Entschädigungen/Beiträge: + 13,7% -> Lastenausgleich, Beiträge an div. Institutionen

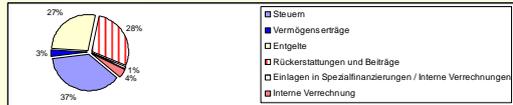
Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Das um 8.8% erhöhte Investitionsvolumen sei bewusst und gewollt.

stadtlangenthal

Voranschlag 2013

Überblick Erträge



Ertragsarten im Vergleich zum VA 2012

- Steuern: + 1,2% -> Wirtschaftsprognosen, Anzahl Steuerzahler, Steuerkraft
- Vermögenserträge: - 20,9% -> Abnahme der zinsbringenden Anlagen
- Entgelte: + 11,6% -> Ursachen für die starke Zunahme:
- Rückstattung/Beiträge: + 12,0% -> Änderungen bei den Lastenausgleichen (z.B. die „Neue Finanzierung Volksschule“, Disparitätenabbau)
 - Änderungen bei der Verbuchungsmethodik beim Alterszentrum Haslibrunnen)
 - > Koppelung an Aufwände, nicht „echte“ Mehrerträge

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Im Vergleich zum Jahr 2012 sei zu erwarten, dass die Vermögenserträge wohl weiter zurückgehen werden. (20.9% = Fr. 600'000.00). Nebst der Rückzahlung von fälligen Bankdarlehen von rund Fr. 5 Mio. werden auch die zunehmenden Investitionen für eine Schmälerung des Finanzvermögens sorgen und Einfluss auf die Vermögenserträge nehmen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Die Aufwandüberschüsse werden gemäss der Finanzplanung auch künftig hoch bleiben. Die unterste Zeile der Darstellung zeige ein strukturelles Defizit (bei einer hypothetischen Steueranlage von 1.48). Der Gemeinderat habe bereits gewisse Massnahmen erwogen (Beispiele: Überprüfung der Gebühren, Abgeltungen von anderen Gemeinden für von der Stadt übernommene Aufgaben im Sozial- und IT-Bereich).

Aufgrund dieser Entwicklung werden die politischen Organe unter der Leitung des Gemeinderates (in neuer Zusammensetzung nach den Wahlen im Herbst 2012) die finanzpolitische Strategie diskutieren und wo nötig neu festlegen.

stadtlängenthal

Finanzplan

Ergebnisse

Beträge in Fr. 1'000.--	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
Laufende Rechnung							
Total Aufwand	97'769	98'635	106'594	107'700	109'035	109'521	109'898
Total Ertrag	90'013	91'173	96'107	97'398	97'890	98'790	99'851
Aufwandüberschuss							
inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen	7'756	7'462	10'487	10'302	11'145	10'731	10'047
zusätzliche Abschreibungen für steuerfinanzierte Investitionen > 4 Mio.	4'659	3'600	4'800	4'900	4'500	2'800	4'000
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	2'065	2'215	2'200	2'275	2'310	2'345	2'380
Ertrags (-) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung	1'032	1'647	3'487	3'127	4'335	5'586	3'667

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

stadtlängenthal

Gründe für strukturelles Defizit?

- Belastung durch die Finanz-/Lastenausgleiche
- neue Aufgaben:
 - Amt für Bildung, Kultur und Sport
 - Wirtschaftliche Sanierung Kunsteisbahn AG
 - Betriebskosten für das Schul-IT-Projekt ict4kids

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Die Belastung erfolge durch den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich, durch die Kostenzunahme der letzten Jahre in Millionenhöhe sowie durch neue städtische Aufgaben. Allein die drei aufgeführten Aufgaben verursachen der Stadt jährlich je rund Fr. 0,5 Mio. mehr.

stadtlängenthal

Finanzplan

Lastenverteiler und Finanzausgleich

jährliche Belastungen, in TFr.

Beträge in TFr.	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Ffpa 2014	Ffpa 2015	Ffpa 2016	Ffpa 2017
Öffentlicher Verkehr	1'181	1'247	1'585	1'542	1'690	1'900	1'960	1'980	1'985
Finanzausgleich (Sozialversicherungen)	179	63	865	-1'184	-1'600	-1'540	-1'265	-1'320	-1'340
Aufgabenteilung Gde/Kanton	0	0	0	1'316	2'640	2'640	2'735	2'725	2'770
Familienzulage	0	0	18	60	60	60	60	60	60
EL (MIV / M)	2'818	2'984	3'150	3'125	3'260	3'330	3'380	3'435	3'580
Unterhalt Gemeindefestrasse	-285	-260	-327	0	0	0	0	0	0
Lastenausgleich Sozialhilfe	5'453	5'992	6'344	6'443	7'403	6'535	6'655	6'775	6'900
Sozialdemografischer Zuschuss	0	0	0	-300	-300	-300	-300	-300	-300
Lehrerbeförderungen	5'069	5'120	5'051	5'217	4'947	4'948	4'949	4'950	4'951
Total	14'415	15'722	16'688	16'218	18'097	17'573	18'174	18'335	18'606

Anmerkung: Die Zunahme im Umfang von rund Fr. 1 Mio. im Lastenausgleich „Aufgabenteilung Gde/Kanton“ wird im 2014 beim Lastenausgleich Sozialhilfe kompensiert.

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Die Übersicht zeige, dass die Nettoaufwendungen für die diversen Lastenverteilsysteme laufend und sehr stark zunehmen. Seit dem Jahr 2009 betrage die Zunahme rund Fr. 3,6 Mio. Die zunehmend hohen Lasten seien einer der Hauptgründe für das strukturelle Defizit. Ohne diese markante Zunahme müsste heute nicht über ein strukturelles Defizit gesprochen werden. Eine Zunahme in dieser Höhe, sei nicht voraussehbar gewesen.

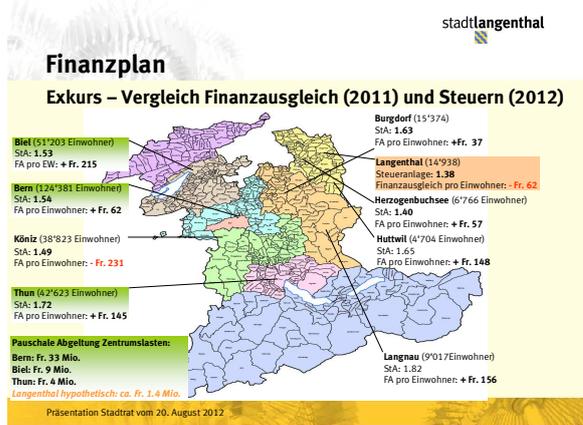
Im Lastenausgleich gelte es die Kantonalisierung des Kindes- und Erwachsenenschutzes als auch die neue Aufgabenteilung zwischen der Gemeinde und dem Kanton (Jahr 2013) zu berücksichtigen, welche zu einem Kostenanstieg von rund Fr. 1 Mio. führen werden. Im Jahr 2014 werde die Kantonalisierung im Lastenausgleich "Sozialhilfe" kompensiert. Die Diskrepanz eines Jahres könne darauf zurückgeführt werden, dass der ganze Lastenausgleich "Sozialhilfe" immer ein Jahr später verrechnet werde.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes werde mit der Kantonalisierung der Behörden, die Verrechnung künftig periodenkonform vorgenommen werden können, so dass im Jahr 2013 sowohl die Kosten des Jahres 2012 als auch die des Jahres 2013 im Lastenausgleich "Aufgabenteilung" verrechnet werden. Leider werde aber auch in diesem Bereich eine etwas zunehmende Tendenz prognostiziert.



Die Darstellung zeige, dass Langenthal insbesondere in den Jahren 2008 und 2009 über eine hohe Steuerkraft verfügt habe, was im Finanzausgleich zu einem Disparitätenabbau geführt habe, womit Langenthal zu einer "Nettozahlerin" geworden sei.

Vor den Sommerferien sei diese Darstellung von den Medien auf nationaler Ebene abgebildet worden. Daraus sei ersichtlich gewesen, dass die "Zürcher" den "Berner" etwas helfen.

Alle anderen in der Darstellung erwähnten grösseren Gemeinden - mit Ausnahme der Agglomerationsgemeinde Köniz - profitieren im Jahr 2011 vom Finanzausgleich.

Stossend sei, dass Langenthal nicht von der so genannten pauschalen Zentrumsabgeltung profitiere, wie dies Thun beispielsweise könne. Entsprechend angestellte Berechnungen hätten ergeben, dass Thun gegenüber Langenthal nicht höhere Zentrumslasten zu tragen habe, aber fast Fr. 4 Mio. erhalte. Langenthal hätte - gemäss einer vor zwei Jahren bereits geführten (bekannten) Debatte - Fr. 1,4 Mio. zu Gute gehabt. Da im Grossen Rat die Solidarität aber leider nicht gespielt habe, sei die Vergütung letztendlich im Rahmen des Reformpakets "FILAG 2012" gekippt worden, womit Langenthal leer ausgegangen sei.

Finanzplan
Ergebnisse

Beträge in Fr. 1'000.-	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Steuernanlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
Laufende Rechnung							
Total Aufwand	97'769	98'635	106'594	107'706	109'035	109'521	109'898
Total Ertrag	90'013	91'173	96'107	97'398	97'890	98'790	99'851
Aufwandüberschuss inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen	7'756	7'462	10'487	10'302	11'145	10'731	10'047
zusätzliche Abschreibungen für steuerfinanzierte Investitionen > 4 Mio.	4'659	3'600	4'800	4'900	4'500	2'800	4'000
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	2'065	2'215	2'200	2'275	2'310	2'345	2'380
Ertrags (-) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuer senkung	1'032	1'647	3'487	3'127	4'335	5'586	3'667

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Aus drei Gründen reagiere der Gemeinderat nicht bereits jetzt auf die zunehmenden Kosten:

1. Der Gemeinderat bezweifle, dass die Belastung durch den FILAG im Jahr 2013 stark zunehmen werde. Mit der Budgetierung habe relativ früh begonnen werden können. Dies und weil die FILAG-Zahlen sich noch laufend ändern werden, lasse Zweifel aufkommen, ob diese Werte effektiv so stark ausfallen, wie die letzten Berechnungen dies vermuten lassen.
2. Bei den Steuern zeichne sich nach zwei durchschnittlichen Jahren tendenziell eine Verbesserung ab. Die Anzeichen seien glaubhaft zu werten, dass die Steuererträge in den nächsten Jahren positiver ausfallen werden, als dies im Finanzplan angenommen werde.
3. Das Eigenkapital betrage nach wie vor beruhigende Fr. 111 Mio., was mehr als dem Dreifachen eines Jahressteuerertrages entspreche.

Nach Ansicht des Gemeinderates wäre es falsch voreilig zu reagieren. Im Übrigen werde diese Haltung von der Finanzkommission unterstützt, zumal auch im Worst case - wovon nicht auszugehen sei - genügend Zeit bleiben würde, um zu reagieren



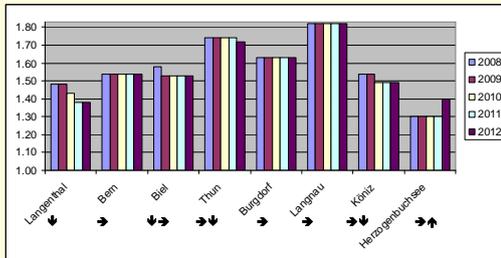
Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

stadtlangenthal

Finanzplan

Vergleich Steueranlage-Entwicklung 2008 - 2012



Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Die Folie zeige auf, dass sich die Steueranlage Langenthals deutlich attraktiver entwickelt habe, als jene anderer Bernischer Gemeinden. Mit der Steueranlage von 1.38 befinde sich Langenthal im vordersten 5%-Bereich aller Berner Gemeinden. Alle anderen grösseren sowie auch die benachbarten Gemeinden würden höhere Steueranlagen ausweisen, was sich nach Ansicht des Gemeinderates positiv auswirken werde.

Die Einkommens- und Vermögenssteuererträge werden für das Jahr 2013 in etwa 2% über dem Budget 2012 prognostiziert. Die Gewinn- und Kapitalsteuern dagegen werden ganz leicht darunter prognostiziert.

Auch künftig werde mit einem vorsichtig optimistischen Wachstum von rund 1 bis 2% pro Jahr gerechnet.

Sollten künftig noch mehr gute Steuerzahlende nach Langenthal ziehen, könnten die aufgezeigten strukturellen Defizite - nicht unrealistischerweise - zumindest teilweise kompensiert werden.

stadtlangenthal

Finanzplan

Steuererträge

	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Voranschlag 2013	Fipla 2014	Fipla 2015	Fipla 2016	Fipla 2017
Beträge in Tfr.							
Einkommens- und Vermögenssteuern	24'816	25'692	26'300	26'695	27'095	27'501	27'914
Gewinn- + Kapitalsteuern	4'138	5'235	5'050	5'126	5'203	5'281	5'360
übrige Steuern	3'958	4'090	4'090	4'212	4'151	4'170	4'143
Total Steuern	32'912	35'017	35'440	36'033	36'489	36'952	37'417
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

stadtlangenthal

Finanzplan

Exkurs: Entwicklung der Einkommensverteilung 2002 - 2010

Stufe (Einkommensstufen)	2002	2004	2006	2008	2009	2010	
1	0	16.4%	18.0%	17.4%	17.3%	18.2%	18.4%
2	1 - 20'000	19.5%	18.6%	19.1%	17.8%	18.5%	18.1%
3	20'001 - 40'000	28.9%	28.4%	27.0%	26.6%	25.3%	24.9%
4	40'001 - 60'000	18.0%	17.6%	18.6%	19.2%	19.5%	19.4%
5	60'001 - 80'000	8.8%	9.1%	8.9%	9.0%	8.6%	9.1%
6	80'001 - 100'000	3.8%	3.6%	3.8%	4.1%	4.5%	4.5%
7	100'001 - 200'000	3.6%	3.9%	4.2%	5.0%	4.6%	4.7%
8	> 200'000	0.9%	1.0%	1.0%	1.1%	1.1%	1.2%

Anwachsen der Anzahl Steuerpflichtiger seit 2002: + 11.5%
Einkommenskategorien der **Mittelschicht** und **Gut Verdienenden** wachsen **überdurchschnittlich** (Kat 5-8): 2002: 17.1%; 2010: 19.2%

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Bei den mittleren und höheren Einkommen sei eine überproportional positive Entwicklung sichtbar. Bei der Mittelschicht und den Gutverdienenden könne eine Zunahme verzeichnet werden.

Auch wenn sich daraus nicht 1:1 auf die künftigen Steuererträge schliessen lasse, sei es doch ein Indiz dafür, dass die Strategie der Stadt Langenthal (Senkung der Steueranlage) eine gewisse Wirkung zeige.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

stadtlangenthal

Investitionsplan

- (in erster Linie) Investitionen, welche der Werterhaltung der vorhandenen Infrastruktur dienen
- (in zweiter Linie) Investitionen mit Potenzial für die zukünftige Weiterentwicklung der Stadt
- Finanzierung zu Lasten Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien
- Grosse Investitionen in den Bildungsbereich

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Langenthal wolle dort investieren, wo es Sinn mache. Konkret sollen die notwendigen Infrastrukturen im Wert erhalten werden und mit den Mitteln des onyx-Aktienverkaufs sollen ergänzend zukunftssträchtige Investitionen getätigt werden.

Langenthal investiere weiterhin in die Bildung, weil dieser Bereich - speziell für die rohstoffarme Schweiz - von grosser Bedeutung sei. Einerseits investiere Langenthal in die Schulhäuser, bei denen Nachholbedarf bestehe und andererseits werde ein grosser Effort an das Projekt ict4kids geleistet, um eine moderne und nachhaltige IT-Infrastruktur zu erhalten.

stadtlangenthal

Investitionsplan 2013 - 2017

Projekt / Anlagen	Revidierter		Planjahre				Subtotal 2013 - 2017
	Veranschlag 2012	Veranschlag 2013	2014	2015	2016	2017	
Gesamtzusammenzug							
1. Verkehrsmittel, Gesamttitel Projekte	4'362	2'978	2'978	2'978	17'886	17'308	42'712
binnenwirtsch. Sachinvestitionen	2'978	2'978	2'978	2'978	17'886	17'308	42'712
Subventionenbeiträge	1'384	541	539	539	12'205	11'997	29'519
Nettoinvestitionen	4'240	2'115	2'981	2'981	9'681	9'681	27'519
2. Mobil- / fahrzeuge, Gesamttitel Projekte	0	300	300	300	150	150	900
binnenwirtsch. Sachinvestitionen	0	300	300	300	150	150	900
Subventionenbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	0	300	300	300	150	150	900
3. Tiefbau, Verkehrsanlagen, Gesamttitel Projekte	2'205	2'810	2'475	215	1'035	125	6'360
binnenwirtsch. Sachinvestitionen	0	2'810	2'810	215	1'035	125	6'900
Subventionenbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	2'205	2'810	2'475	215	1'035	125	6'360
4. Nachbauten, Gesamttitel Projekte	7'735	11'940	11'955	17'340	4'640	3370	46'115
binnenwirtsch. Sachinvestitionen	10	11'940	11'945	17'340	4'640	2'980	46'990
Subventionenbeiträge	10	10	10	300	3'000	3'000	3'000
Nettoinvestitionen	7'725	11'930	11'935	17'040	1'640	3'980	43'990
5. Energie-Gesamttitel, Gesamttitel Projekte	0	0	1'000	0	0	0	1'000
binnenwirtsch. Sachinvestitionen	0	0	1'000	0	0	0	1'000
Subventionenbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	0	0	1'000	0	0	0	1'000
Subtotal, Gesamttitel Projekte	14'382	16'988	18'380	15'095	23'671	21'887	96'117
binnenwirtsch. Sachinvestitionen	14'382	16'988	18'380	14'260	22'516	20'928	93'860
Subventionenbeiträge	140	411	639	839	15'685	11'767	29'839
Total Nettoinvestitionen zu Lasten Steuererträge	14'242	16'577	17'741	14'466	6'866	9'776	46'714
Total brennende Nettoinvestitionen zu Lasten Steuererträge		16'275	17'389	13'641	6'771	8'266	42'642

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

Langenthal investiere in die Zukunft. Nachdem im Jahr 2011 bereits Investitionen von brutto Fr. 13 Mio. getätigt worden seien, seien für die Folgejahre noch höhere Investitionen vorgesehen.

Trotzdem gelte es natürlich, Grenzen zu setzen und die finanziellen Mittel gezielt dort einzusetzen, wo die Wirksamkeit und ein nachhaltiger Nutzen am grössten sei.

stadtlangenthal

Investitionsplan

- **Steuerfinanzierte Nettoinvestitionen 2013 - 2017 – wichtige Positionen**

- Bildungs- und Kulturwesen	Fr. 39,2 Mio.
- ict4kids	Fr. 1,25 Mio.
- Schulzentrum Kreuzfeld (inkl. Sport)	Fr. 22,0 Mio.
- Schulzentrum Hard (inkl. Sport)	Fr. 6,1 Mio.
- Kindergärten	Fr. 2,8 Mio.
- Stadttheater	Fr. 8,7 Mio.
- Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof	Fr. 13,3 Mio.
- Allgemeiner Hochbau	Fr. 3,2 Mio.
- Tiefbau (Strassen)	Fr. 6,5 Mio.
- Gebühren-/spezialfinanzierte Investitionen	Fr. 10,5 Mio.
- Diverses	Fr. 4,6 Mio.
Total	Fr. 77,3 Mio.

Präsentation Stadtrat vom 20. August 2012

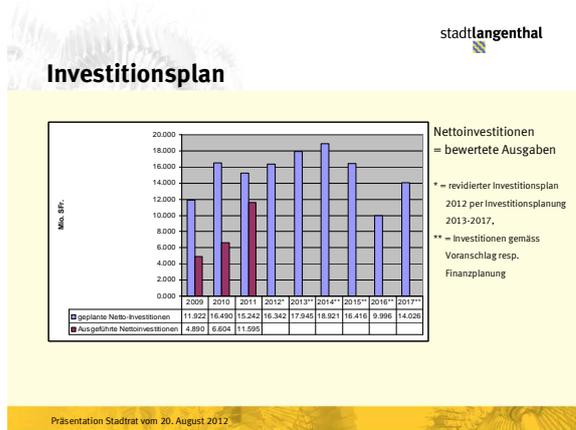
Von den insgesamt Fr. 77,3 Mio. seien beispielsweise für den Bildungs- und Kulturbereich folgende Investitionen vorgesehen:

- 2012 rund Fr. 7,2 Mio.
- 2013 rund Fr. 11 Mio. (Bildungsbereich)
- 2014 rund Fr. 9 Mio.
- 2015 fast Fr. 6 Mio.

Die Darstellung zeige die nach der Realisierungswahrscheinlichkeit bewerteten steuerfinanzierten Nettoinvestitionen (Netto = nach Abzug der Subventionseinnahmen).

Unter Bewertung sei zu verstehen, dass Projekte - von denen angenommen werde, nicht gleich oder gar nicht realisiert zu werden - im Plan lediglich zu 50% oder 75% der eigentlichen Investitionssumme berücksichtigt seien.

Ein Blick in die Zukunft zeige, dass vor allem für den Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof weitere Investitionen im Umfang von etwa Fr. 40 Mio. angedacht seien, wobei Langenthal auch von massgeblichen Bundes- und Kantons-subsidien profitieren soll. In diesem Zusammenhang werde jedoch klar betont, dass es sich dabei um Planbeispiele handle und demgemäss die Planzahlen im heutigen Zeitpunkt mit Vorsicht zu geniessen seien.



Die in den letzten Jahren ausgeführten Investitionen seien deutlich unter dem Plan erfolgt, was auf einen unterschätzten Zeitbedarf für die Planungen aber auch auf fehlende Kapazitäten für die Ausführung zurückzuführen sei.

Es gelte sich bewusst zu sein, dass viele Projekte nur aufgeschoben seien, die nach wie vor aber noch aufgelöst werden.

Im Jahr 2011 seien rund 75% der geplanten Investitionen realisiert worden. Auch künftig soll die Abweichung zwischen den geplanten und ausgeführten Investitionen relativ tief bleiben.

Die wirtschaftliche Entwicklung könne speziell für Langenthal als Hoffnungsträger bezeichnet werden, was durch neuste Zahlen belegt werden könne. Langenthal sei und bleibe als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dass die Steuerpflichtigen weiterhin entlastet werden können, mache Langenthal auch als Wohnstandort gegenüber umliegenden Gemeinden und Kantonen attraktiv. Langenthal erfülle auch Aufgaben einer Zentrumsgemeinde, ohne von kantonalen Zentrumsabgaben zu profitieren. Die Investitionsquote sei nach wie vor überdurchschnittlich hoch, woraus sich wieder Mehrwerte ergeben, von denen das Gewerbe und somit auch der Wirtschaftsstandort profitiere.

Schlussbemerkungen

- Wirtschaftliche Entwicklung
- Entlastung der Steuerpflichtigen
- Aufgabenerfüllung
- Investitionen

Obschon Handlungsbedarf in neuer politischer Zusammensetzung angezeigt sei, setze der Gemeinderat auf Konstanz. Der Gemeinderat erachte es als verfehlt, in übermässigen Aktivismus zu verfallen und die Schraube von heute auf morgen anziehen zu wollen, zumal die Vergangenheit zeige, dass Rechnungen im Laufe eines Jahres immer wieder durch Sonderfaktoren beeinflusst werden können.

Antrag Voranschlag 2013

- Aufwendungen Fr. 106,595 Mio.
Erträge Fr. 96,107 Mio.
= Aufwandüberschuss Fr. 10,487 Mio.
- Steueranlage 1,38 (unverändert)
- Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)
- Hundetaxe Fr. 100.00 (unverändert)

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Im Namen der Geschäftsprüfungskommission erlaube er sich gegenüber der Aufforderung der Stadtratspräsidentin, sich zu den Traktanden 2 und 3 getrennt zu äussern, ungehorsam zu sein, indem er zu beiden Traktanden gleichzeitig Stellung beziehe.

Im Namen und Auftrag der Geschäftsprüfungskommission würdige er den Finanz- und Investitionsplan 2013 -2017 als auch den Voranschlag 2013. Die Geschäftsprüfungskommission sei vom Ressortvorsteher Jürg Häusler umfassend informiert worden. Mittels Sonderabklärungen seien gewisse Fragen sogar noch schriftlich beantwortet worden.



Auf eine materielle Würdigung der Vorlagen - worin es um Fragen gehe, ob die Finanzen der Stadt noch im Lot seien, ob zu viel oder zuwenig ausgegeben werde, ob die onyx-Millionen noch lange ausreichen werde - werde von Seiten der Geschäftsprüfungskommission verzichtet, weil dafür eher die Finanzkommission zuständig sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe aber trotzdem auch inhaltliche Fragen zu den Finanzgeschäften gestellt:

- *Die Antwort auf die Frage, wie sich ein anderer Steuerfuss auf das strukturelle Defizit auswirken würde, laute, dass der Steuerfuss 1.38 ein strukturelles Defizit von jährlich Fr. 6,6 Mio. ergebe, wogegen der Steuerfuss 1.48 ein strukturelles Defizit von Fr. 4,32 Mio. ergeben würde.*
- *Die Antwort auf die Frage, bis wann damit gerechnet werden könne, dass alle Nachholinvestitionen erledigt sein werden, laute, dass diese Frage trotz der vorhandenen 10-Jahres-Investitionsplanung leider nicht abschliessend beantwortet werden könne.*
- *Die Antwort auf die Frage, ob die Kantonalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde im Sozialamt mittel- und längerfristig zu Entlastungen führen werde, laute, dass der Umfang der Entlastung noch nicht beziffert werden könne.*
- *Der Grund dafür, dass die Darstellung der Zahlen im Voranschlag 2013 betreffend das Amt für Bildung, Kultur und Sport (Seiten 28, 29) mehr Lücken als Zahlen aufweise, sei der, dass dem neuen Amt neue Kontengruppen oder Konten anderer Ämter zugeordnet worden seien. Mit jedem neuen Budget werde in Zukunft ein Vergleich der entsprechenden Zahlen wieder möglich sein.*
- *Die Antwort auf die Frage, weshalb das Konto 540.432.20 "Kinderheim Schoren/Kost- und Pflegegelder" einen Ertragsrückgang ausweise, laute, dass vermehrt Kinder aus dem Verwaltungskreis Oberaargau aufgenommen werden, für die die Abgeltung kleiner ausfalle als für ausserkantonale Kinder.*
- *Die Antwort auf die Frage, weshalb das Konto 608.365.45 "Verein Tagesfamilien Region Langenthal" einen Mehraufwand von über Fr. 110'000.00 ausweise, laute, dass deutlich mehr Betreuungsstunden (von 62'880 auf 74'880) geleistet werden, was einer Zunahme von satten 20% entspreche. Diese Zunahme sei gewollt und entspreche den Regierungsrichtlinien worin wörtlich festgehalten sei: "Auf- und Ausbau von Kinderbetreuungsmodulen und bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung."*

Zusammenfassend halte er fest, dass die Geschäftsprüfungskommission keine formellen Einwände gegen die Finanz- und Investitionsplanung und gegen das vorliegende Budget habe. Auf alle gestellten Fragen sei ausreichend geantwortet worden.

Die Geschäftsprüfungskommission sei gespannt, was der Gemeinderat in seiner neuen Zusammensetzung gegen die aufkommenden Wolken am Langenthaler Finanzhimmel zu unternehmen gedenke. Namens der Geschäftsprüfungskommission danke er allen, die etwas zur Finanz- und Investitionsplanung und der Budgetierung beigetragen haben.

Lukas Felber, Mitglied der Finanzkommission: Die Finanzkommission habe sich auftragsgemäss mit dem Voranschlag 2013 befasst. Bereits Ende 2011 habe die Finanzkommission in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat erkannt, dass das Budget 2013 ein harter Brocken werde.

Die Finanzkommission habe jede Position - nicht wie bisher nur mit den Ressortvorstehenden, sondern auch mit den verantwortlichen Amtsvorstehern - im Detail besprochen und speziell darauf geachtet, dass keine Mehrausgaben im Budget 2013 vorgesehen werden, die nicht bereits von den entsprechenden Organen beschlossen worden seien. In einem Hin und Her zwischen dem Gemeinderat und der Finanzkommission sei der Voranschlag 2013 optimiert und die Anträge der Finanzkommission zum grössten Teil darin berücksichtigt worden.



Im Juni habe der Kanton die Finanzplanzahlen aktualisiert, was im Budget zu einer Verschlechterung von rund Fr. 1,4 Mio. geführt habe. Wie Gemeinderat Jürg Häusler bereits erwähnt habe, werde dieser Wert damit relativiert, dass davon rund Fr. 1 Mio. an einmaligen Kosten im Rahmen der Kantonalisierung des Kindes- und Vormundschaftswesen anfalle. Dennoch müsse festgehalten werden, dass mit der Budgetierung dieser Beiträge in die Lastenausgleichssysteme eine grosse Unsicherheit verbunden sei, was zu erheblichen und unbefriedigenden Schwankungen im Budgetprozess und somit im Budget führe. Unbefriedigend deshalb, weil die Finanzkommission mit den Amts- und Ressortvorstehern um scheinbar kleine und fast vernachlässigbare Beträge ringe, obwohl sie eben sehr wesentlich seien und der Redewendung "*Kleinvieh macht auch Mist*" entsprechen.

Die Finanzkommission habe dem Gemeinderat den vorliegenden Voranschlag einstimmig empfohlen. Langenthal stehe finanziell gut da, und die Lage sei trotz des erneuten und höheren strukturellen Defizits nicht problematisch. Die Finanzkommission habe in einer weiteren gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat aber klar zum Ausdruck gebracht, dass im Hinblick auf die nächste Budgetierung konkrete Massnahmen gegen strukturelle Defizite angezeigt seien.

B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)

Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: Namens der SVP-Fraktion weise er vorweg darauf hin, im folgenden Votum auch Bemerkungen zum vorangegangenen Traktandum anzubringen, weil er während der Beratung des Traktandums Nr. 2 bewusst darauf verzichtet habe, bereits Gesagtes zu wiederholen, um die mobile Klimaanlage nicht unnötig zu strapazieren.

Niemand sei über ein prognostiziertes Budget erfreut. Von daher sei der von links bis rechts zu hörende Tenor nachvollziehbar und eigentlich auch logisch. Immerhin sei dem Gemeinderat nicht nur für die minutiöse Erarbeitung des Finanz- und Investitionsplanes und des Budgets zu danken, sondern auch für die faire und transparente Bilanzierung. Demgemäss könne davon ausgegangen werden, dass es sich beim genannten Bilanzfehlbetrag (Defizit) um eine genaue Grösse handle, so dass - wie dies vielleicht bei anderen Bilanzen wie beispielsweise die der Pensionskasse der Fall sein könne - nicht noch zusätzliche Defizite ans Licht kommen werden.

Einigkeit herrsche wohl auch darin, dass letztlich das Hauptproblem der städtischen Finanzpolitik auf den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich und nicht wie oft und gerne insinuiert, auf die Steuersenkungen zurückzuführen sei. Allein wegen des Finanz- und Lastenausgleichs sei seit 2009 bis heute eine Kostenzunahme von 25% oder Fr. 3,6 Mio. zu verzeichnen, was die Gemeinde - auch wenn sie bis Ende 2013 schuldenfrei sein soll - doch vor grössere Probleme stelle. Wie Gemeinderat Jürg Häusler erwähnt habe, verfüge Langenthal zudem nicht wie andere Städte über das Privileg, die oft von selbst verschuldeten Zentrumslasten im FLAG geltend machen zu können.

Ein kritischer Blick bedürfe auch die Reform des Kindes- und Erwachsenenschutzes, welche rund Fr. 1 Mio. mehr koste und sich damit doch mehr auf der Aufwandseite abspiele, obwohl den Gemeindebehörden an der Basis einmal mehr eine Aufgabe weggenommen werde.

Ebenfalls Sorge bereite, wenn die Planung und Budgetierung der Aufwendungen für den Finanz- und Lastenausgleich von den Vorgaben abweichen. Gegenüber letztem Jahr sei die Abweichung in diesem Jahr doch in negativem Sinne auffälliger, was die Budgetierung für die planenden Behörden schwieriger gestalte. Die SVP-Fraktion hoffe, dass der Kanton in Zukunft besser plane.

Auch der SVP-Fraktion gebe das strukturelle Defizit Anlass zur Sorge. Der SVP-Fraktion sei klar, dass nur was zuerst mit Steuereinnahmen eingenommen werde, auch ausgegeben werden könne. Nur ausgeben was eingenommen werde, entspreche letztendlich einer nachhaltigen Politik. Nachhaltigkeit könne nicht nur im Umweltbereich, sondern eben auch in der Finanzpolitik eine grosse Rolle spielen.



Die in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen seien in ihrer überwiegenden Mehrzahl sicher als richtig anzusehen - namentlich im Bereich der Bildung. Trotzdem sei die von einem der Vorredner bereits erwähnte Erstellung einer Verzichtsplanung jetzt unumgänglich. Der SVP-Fraktion sei klar, dass eine Defizitbereinigung ohne Steuererhöhung und damit ausgabenseitig vorgenommen werden müsse.

Persönlich finde er es nicht all zu vernünftig, der Einfachheit halber die Gebühren in die Höhe zu schrauben. Mit der Erhöhung der Parkgebühren beispielsweise würde seiner Meinung nach stadtmakingtechnisch ein völlig falsches Signale gesetzt und der entsprechende Ertrag würde auch ausbleiben, weil die Leute dann einfach einen anderen Einkaufsort wählen würden.

Der SVP-Fraktion gebe nach wie vor die Höhe der Ausgaben im Sozialbereich Anlass zur Sorge. Fr. 16,3 Mio. seien budgetiert. Gegenüber dem Voranschlag 2012 sei dies immerhin eine kleine Senkung der Kosten. Nun bleibe zu hoffen, dass die entsprechende Budgetvorgabe auch eingehalten werde. Mittels der bereits erwähnten Verzichtsplanung sehe die SVP-Fraktion durchaus auch im Sozialbereich Einsparpotential.

Von links bis rechts werde vom strukturellen Defizit gesprochen. Auch von Seiten der SP/GL-Fraktion sei erfreulicherweise davon gesprochen worden, mit Investitionen vielleicht etwas zurückhaltender umzugehen. Nach Ansicht der SVP-Fraktion müsse Zurückhaltung namentlich in Bereichen stattfinden, wo die Gemeinden noch Spielraum haben und nicht mit kantonalen Vorgaben arbeiten müsse. Demgemäss gelte es konkret Farbe zu bekennen und verantwortungsbewusst zu sein. In diesem Zusammenhang erinnere er an die "Schulsozialarbeit", welche auf der politischen Traktandenliste stehe. Es könne doch nicht sein, dass eine Gemeinde mit einem guten Bildungswesen einmal mehr Geld für die Schulverwaltung ausgeben müsse.

Die SVP-Fraktion stimme dem Budget zu, setze aber mit Nachdruck auf eine Verzichtsplanung, damit das strukturelle Defizit nicht zur Normalität werde.

Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion: Namens der EVP/glp-Fraktion danke er Gemeinderat Jürg Häusler für die eingehende Erläuterung des Budgets. Das hohe Defizit sei klar unschön, aber nachvollziehbar und aufgrund des Eigenkapitalpolsters auch verkraftbar. Die Anliegen der EVP/glp-Fraktion betreffend die zukünftige Finanzstrategie der Stadt, habe er bereits im vorangegangenen Traktandum erläutert.

Der Gemeinderat und die Finanzkommission seien sich nebst der Besoldungsreserve auch bei verschiedenen anderen Positionen im Umfang von rund Fr. 54'000.00 nicht einig gewesen. Bei einem Umsatz von über Fr. 106 Mio. handle es sich dabei aber um eine Differenz, die im Streubereich liege.

Obwohl die Wirtschaft besser laufe als prognostiziert, erachte die EVP/glp-Fraktion die budgetierten Einnahmen aus den Gewinnsteuern der juristischen Personen von Fr. 4 Mio. als hoch.

Der GPK-Präsident habe die Lesbarkeit und Darstellung der Zahlen im Voranschlag bzw. auch in der zukünftigen Rechnung thematisiert. Um die Zahlen einigermaßen vergleichen zu können, wäre auch die EVP/glp-Fraktion froh, wenn in den leeren Kolonnen mittels Seitenhinweisen auf die neuen Standorte der Zahlen hingewiesen würde.

Die EVP/glp-Fraktion stimme der Vorlage einstimmig zu.

Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stimme dem Voranschlag 2013 grossmehrheitlich und dem Abstimmungsbotschaftstext einstimmig zu.

Als Mitglied der Finanzkommission habe er den Vorteil zu wissen, wohin die einzelnen Budget-Posten und Zahlen wegen der Schaffung des neuen Amtes (ABiKuS) hinverschoben worden seien. Da das Auffinden der neuen Positionen für die anderen Mitglieder der SP/GL-Fraktion aber nicht einfach gewesen sei, schliesse er sich der Aufforderung von Stadtrat Daniel Rügger an, wonach in den leeren Kolonnen mittels Seitenhinweisen auf die neuen Standorte der Zahlen hinzuweisen sei.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Die SP/GL-Fraktion bedauere das grosse Defizit von Fr. 10,5 Mio., freue sich aber, dass rund die Hälfte davon für notwendige, zu tätige Investitionen und die damit verbundenen Abschreibungen eingesetzt werde. Die SP/GL-Fraktion danke allen an der Erarbeitung des Voranschlags 2013 Beteiligten.

Lukas Felber, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion unterstütze den Voranschlag 2013 einstimmig und nehme erfreut davon Kenntnis, dass die Steuereinnahmen trotz Steuersenkungen konstant geblieben seien und, dass Langenthal Neuzuzüger verzeichnen könne, was ein Grund sei, auch weiterhin auf eine positive Entwicklung zu hoffen. Da die Hoffnung allein aber nicht Prinzip künftiger Budgetierungen sein könne, sei die FDP/jll-Fraktion bereit, Worten auch Taten folgen zu lassen, indem sie sich als verlässliche Partnerin weiterhin dafür einsetze, die Kosten einzelner Stadtratsvorlagen möglichst tief zu halten.

Die FDP/jll-Fraktion fordere mehr Kostenbewusstsein in zukünftigen Budgetierungen und biete auch Hand zur Durchführung einer Aufgabenüberprüfung - ohne die Steuern zu erhöhen - wie sie von Stadtrat Patrick Freudiger bereits gefordert worden sei.

In Bezug auf die Gebühren habe die FDP/jll-Fraktion gewisse Spielräume ausgemacht. Beim Kehricht beispielsweise werden im Jahr 2013 erneut Einlagen in die Spezialfinanzierung gemacht, obwohl sich der Bestand schon deutlich über Fr. 1,5 Mio. belaufe. Obschon eine Senkung der Gebühren für die Laufende Rechnung nicht wirksam wäre, würde es doch die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Die FDP/jll-Fraktion würde es begrüßen, wenn in diesem Bereich Anpassungen geprüft würden.

Stefan Ryser: Im Wissen, keine populäre Meinung zu vertreten, lehne er das Budget persönlich trotzdem ab. Es gehe ihm nicht primär um das vorliegende Budget, sondern darum, dass er sowie alle anderen auch seit drei Jahren das Gleiche zum Thema sage, ohne, dass darauf eine Reaktion erfolge. Im Stadtrat sei bereits vor zwei Jahren die Forderung gestellt worden, unbedingt auf das strukturelle Defizit zu reagieren. Vor einem Jahr sei diskutiert worden, was alles unternommen werden sollte. Heute sei zu vernehmen, dass trotz allem noch genug Reaktionszeit vorhanden sei. Drei Jahre lang hätte reagiert werden können, ohne dass reagiert worden sei, mit der Folge, dass das vorliegende Budget einmal mehr einfach "vorbeigewinkt" werde.

Trotz des Eigenkapitals von rund Fr. 111 Mio. werde Langenthal sicher gegen Ende des nächsten Jahres Geld zur Finanzierung der Investitionen aufnehmen müssen, da hohes Eigenkapital nicht heisse, auch über ausreichende Liquiditätsreserven zu verfügen. Obwohl die Finanzlage momentan sehr schwach sei und Schulden zu tiefen Zinsen aufgenommen werden können, gelte es sich dies bewusst zu sein, zumal sich die Finanzlage auch wieder ändern könne.

Überrascht habe ihn auch Aussagen über den Lastenausgleich. Von mehreren Votanten sei gesagt worden, dass der Lastenausgleich unsicher sei. Und doch getraue sich der Gemeinderat daran zu denken, dass es noch besser kommen könnte, was ihn doch etwas irritiere. Seit Jahren sei bekannt, dass der Lastenausgleich Langenthal überdurchschnittlich belaste und, dass dieser verhältnismässig überdurchschnittlich zunehme und trotzdem werde nichts unternommen und die Reaktion auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Demgemäss werde der neue Gemeinderat seine neuen Regierungsrichtlinien erstellen und über diese im Sommer 2013 verfügen, wobei die Budgetierung für das Jahr 2014 aber schon gelaufen sein werde, was heisse, dass eine entsprechende Reaktion wohl erst im Jahr 2014 möglich sein werde. Ob und wie einfach es sein werde, den gewissen Standard wieder zurückschrauben zu müssen, ohne all zu einschneidende Massnahmen zu ergreifen, sei fraglich. Stadtrat Patrick Freudiger habe erwähnt, dass ausgabenseitig massive Kürzungen zu erwarten seien.

Aus all diesen Gründen könne er das Budget nicht akzeptieren. Es gehe ihm weder um die Amtsvorsteher noch um andere Beteiligte, die seiner Meinung nach minutiös budgetiert haben und damit einen sehr guten Job machen. Ihm gehe es um die Vorgaben, die von Seiten des Gemeinderates erbracht werden müssten und damit um das erneut feststellbare Nichts-Tun.



Gemeinderat Jürg Häusler: Die Äusserung von Stadtrat Stefan Ryser, wonach der Gemeinderat nichts tue, sei falsch. Auch dass seit drei Jahren lediglich davon gesprochen werde etwas zu tun, ohne etwas zu tun, sei völlig unzutreffend. Als Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen könne er im rein rhetorischen Votum von Stadtrat Stefan Ryser nicht ein brauchbares Input erkennen.

Was die von mehreren Votanten erwähnte Aufgaben- und Verzichtsplanung betreffe, so seien alle zur Mitarbeit eingeladen, um diesen schweren Brocken zu beseitigen. Es gebe nun einmal Kostenentwicklungen, die sich nicht beeinflussbaren lassen. An dieser Stelle rufe er die Empfehlung und Antragstellung des Gemeinderates betreffend ein kostenmässig beeinflussbares Geschäft anlässlich der Stadtratssitzung vom 18. Juni 2012 in Erinnerung, und was vom Stadtrat schlussendlich beschlossen worden sei.

C Detailberatung des Voranschlags 2013 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber stellt nach Freigabe der Beratung des Zahlenmaterials zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen zum Heft Voranschlag 2013 (Seite 1 - 47) gewünscht werden.

III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.):

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):

I. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 20. August 2012:

1. Der Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde, mit Aufwendungen von Fr. 106'594'502.00 und Erträgen von Fr. 96'107'439.00, das heisst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 10'487'063.00, wird genehmigt.
2. Im Jahre 2013 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das **1,38-fache** (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
 - b) eine Liegenschaftsteuer von **1,0‰** (unverändert) des amtlichen Wertes.
3. Die Hundetaxe wird auf **Fr. 100.00** (unverändert) je Hund und Jahr festgesetzt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

E Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 24./25. November 2012 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber gibt die Beratung zur Diskussion der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten frei und bittet allfällige Voten nach Aufruf der entsprechenden Seitenzahl einzubringen.



Gemeinderat Jürg Häusler: Der Text und die Tabelle unter Punkt "2.4 Spezialfinanzierungen" (Seite 17/18) sei im Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 4. Juli 2012 fälschlicherweise nicht korrekt abgebildet. Er bitte den Stadtrat, die Abstimmungsbotschaft mit dem in der Folie dargestellten Text unter Punkt 2.4 zu Händen der Volksabstimmung zu verabschieden:

2.4 Spezialfinanzierungen

Spezialfinanzierungen dienen dazu, einen Teilbereich mit Mitteln oder Einnahmen auszustatten, über welche dieser Bereich seine Aufwendungen zu finanzieren hat. Diese Bereiche sind auf kantonaler Ebene durch Gesetz oder auf städtischer Ebene mittels Reglement geregelt.

In Langenthal bestehen im Wesentlichen folgende Spezialfinanzierungen:

Spezialfinanzierung	Bestand per 31. Dez. 2011 (in Fr.)	Beurteilung
Abwasser	7'742'434.10	Diese Spezialfinanzierung betrifft den Betrieb der Abwasserreinigung und ist gut geöffnet. In den nächsten Jahren ist mit weiterhin sinkenden Beiträgen an die ZALA AG (Betreiberin der Abwasseranlagen) zu rechnen.
Abwasser Wiederbeschaffungswerte	1'967'608.45	Die Äufnung und Verwendung ist gesetzlich geregelt (Investitionen in das Abwasserreinigungssystem).
Ablösungsbeiträge für private Schutzraumpflicht	436'590.25	Die Äufnung erfolgt durch gesetzlich geregelte Beiträge von Bauherren. Die Entnahme unterliegt gesetzlichen Regelungen.
Feuerwehr	2'054'943.25	Einlagen erfolgen durch die Feuerwehrdienst-Ersatzabgabe. Verwendet wird die Spezialfinanzierung für alle Belange der Feuerwehr.
Kehricht	1'634'909.60	Die Äufnung und die Verwendung ist gesetzlich vorgeschrieben. Zudem besteht ein Reglement, welche die Einlagen regelt (Grundgebühren und Verursacher-Gebühren).
Parkplätze/ Parkhäuser	988'234.25	Diese Spezialfinanzierung wird geöffnet durch Parkplatzerstattungen und beruht auf dem kantonalen Baugesetz und wird im Parkplatzreglement der Stadt Langenthal konkretisiert.

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber stellt fest, dass ausser der von Gemeinderat Jürg Häusler vorgebrachten Richtigstellung (Textergänzung unter Punkt 2.4) keine Änderungsansprüche vorliegen und bittet **um Abgabe der Stimme zu Ziffer II. des Beschlussesentwurfs** (Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 24./25. November 2012):

- **Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 4. Juli 2011 - unter Berücksichtigung der Richtigstellung (Textergänzung) unter Punkt "2.4 Spezialfinanzierungen"** - (mit 37 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein, bei 0 Enthaltungen).

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Sanierung Stadttheater Langenthal; Projektierungskredit, Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Das vorliegende Geschäft basiere auf der logischen Folge der am 20. Februar 2012 im Stadtrat geführten Debatte über die Sanierung des Stadttheaters. Im Wesentlichen sei damals über zwei Sachen im Grundsatz debattiert worden:

- Nutzungspakete: Im Stadtrat habe sich schlussendlich die Meinung durchgesetzt, dass die Projektierung auf zwei Ebenen - namentlich auf den Ebene des Nutzungspaketes A und B und unter Einbezug der Untervariante B1 - zu erfolgen habe.
- Betrieb: Obwohl der Betrieb für die heute vorliegende Vorlage nicht relevant sei, verdiene er erwähnt zu werden, da er mit einem parallel laufenden Auftrag im Zusammenhang stehe, was auf dem Entscheid basiere, den künftigen Stadttheaterbetrieb nicht auszulagern zu wollen.

Die Vorlage beinhalte die Kosten für die Vorprojektierung, der Bauprojektierung und des Baubewilligungsverfahrens in der Höhe von Fr. 1'160'000.00 zulasten der Investitionsrechnung.

Der Prozess für die Planungsarbeit sei bereits angelaufen, um die zur Verfügung stehende Zeit optimal nutzen zu können. Eine Ausschreibung an Generalplanerteams sei erfolgt. Vorgesehen sei, in einem zweistufigen selektiven Verfahren, schlussendlich das geeignete Team evaluieren zu können. Dass die Ausschreibung bereits erfolgt sei, obschon der Kredit dem Stadtrat erst heute zur Genehmigung vorliege, sei nicht problematisch, weil das bisher Erledigte praktisch keine finanzrelevanten Konsequenzen gehabt habe.

Die Ausschreibung sei auf sehr gute Resonanz gestossen, indem gute Rückmeldungen von valablen Generalplanerteams eingegangen seien. Das Gremium, welches speziell für die Beurteilung und die Durchführung des Selektionsprozesses eingesetzt worden sei, habe die erste Stufe bereits hinter sich gebracht, indem gemäss der gesetzten Zielsetzung fünf Planerteams und ein Reserveteam in die zweite Runde geschickt werden können. Um die zweite Runde starten zu können und um die Evaluation plangemäss bis im Dezember 2012 zum Abschluss zu bringen, bedürfe es nun der Zustimmung des Stadtrates zur vorliegenden Kreditvorlage.

Wie eingangs bereits erwähnt, laufen separate Abklärungen betreffend die Überprüfung der Organisation, der Betriebsstruktur, der Steuerung sowie der Kosten des jetzigen wie auch des künftigen Theaterbetriebs. Der Gemeinderat habe diesen separaten Auftrag dem zuständige Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) erteilt. Die Beantwortung der Fragen und das Aufzeigen von Konsequenzen habe differenziert und mit Bezug auf die debattierten Nutzungspakete zu erfolgen, und werden zum selben Zeitpunkt vorzulegen sein, wenn auch die Anträge des Projektierungsverfahren vorliegen werden. Mit diesem Vorgehen werde das Ziel verfolgt, gleichzeitig mit dem zu fassenden Entscheid, welches Nutzungspaket schlussendlich umgesetzt werden soll, auch die damit verbundenen Konsequenzen aus der betrieblichen Optik beurteilen zu können.

Mit diesem Vorgehen seien seines Erachtens die Voraussetzungen geschaffen, um eine umfassende Beurteilung vornehmen zu können. Demgemäss sei er sehr zuversichtlich, dass der angelaufene Prozess gut weiterverlaufe und vertraute darauf, dass der Stadtrat dem Antrag des Gemeinderates zustimme, wie dies von den vorberatenden Kommission bereits getan worden sei.

Pierre Masson, GPK-Vizepräsident: Das Stadttheater sei wichtig für Langenthal sowie die Stadt Langenthal wichtig für das Stadttheater sei. In diesem Bewusstsein habe die Geschäftsprüfungskommission das vorliegende Geschäft seriös "auf Herz und Nieren" untersucht. Wie vom Stadtpräsidenten erwähnt, habe der Stadtrat am 20. Februar 2012 über das Geschäft diskutiert und dieses - verbunden mit dem Auftrag, einen Projektierungskredit auszuarbeiten - auf die zweite Runde geschickt, welcher nun vorliege.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Die Prüfung der Geschäftsprüfungskommission habe ergeben, dass das Geschäft formell korrekt abgelaufen sei. Die Geschäftsprüfungskommission bedanke sich bei allen daran beteiligten Kreisen für die Ausarbeitung der Vorlage.

Um allfällige Missverständnisse zu vermeiden, habe sich die Geschäftsprüfungskommission versichern lassen, dass der Kredit von Fr. 1,16 Mio. Projektierungskosten für baulichen Massnahmen beinhalte. Das Pendant dazu, welches die Organisation und den Betrieb während und nach der Sanierung betreffe, sei nach Aussage des Stadtpräsidenten ebenfalls bereits in Auftrag gegeben worden. Die Ermittlung der kommenden Investitionskosten finde ebenfalls getrennt statt. Schlussendlich werde dem Volk aber eine Gesamtvorlage zur Abstimmung unterbreitet.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit der Frage befasst, ob der Generalplaner, der bereits im Jahr 2013 mit der Arbeit beginnen solle, auch die Ausführung des Projektes begleite oder ob dies allenfalls von jemand anderem gemacht werden könnte. Die Antwort auf die Frage laute, dass die Ausführung des Projektes, jemand anderem zu übertragen, möglich wäre, dass dies jedoch aus submissionstechnischen und inhaltlichen Gründen absolut keinen Sinn mache. In diesem Zusammenhang erwähnenswert sei, dass es sich nicht um eine Generalunternehmung handeln werde. Bei Generalunternehmungen sei die Gefahr zu gross, dass auf Kosten der eigenen Marge beim Aufwand und beim Material gespart werde, was sich auf die Umsetzungsqualität auswirken würde.

Die Geschäftsprüfungskommission stelle die formelle Richtigkeit der Vorlage fest und freue sich bereits heute auf die 100-Jahr-Feier des Stadttheaters im Jahr 2016.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Der Kredit von Fr. 1,16 Mio. sei für die Projektierung der die Nutzungspakete A, B und B1, wobei die Nutzungspakete A und B1 im Nutzungspaket B enthalten seien. Somit könne wohl davon ausgegangen werden, dass sich die Offerten - in welchen die drei Pakete enthalten seien - bis zu einem gewissen Punkt nicht gross voneinander unterscheiden, ob nun das Nutzungspaket A, B oder das Nutzungspaket B1 weiterverfolgt werde, oder wenn alle drei Nutzungspakete zusammen weiterverfolgt würden. Der vorliegende Kredit sei als Rahmenkredit und damit als Kostendach zu verstehen, womit die Projektierungskosten bis und mit der Baubewilligung und der Baueingabe zu genehmigen seien.

Aufgrund der zu erwartenden Offerten sowie der später vom Stadtrat auf der Grundlage der Projektierung zu fällenden Entscheide, seien eventuell noch Änderungen zu erwarten, zumal auch eine Einigung erzielt werden müsse, mit welchem Nutzungspaket schlussendlich in Richtung Baubewilligung weitergefahren werden soll. Mit der Genehmigung der Kosten von Fr. 1,16 Mio. vergebe sich die Stadt nichts, weil damit ein logischer Schritt auf einem seit Jahren begangenen Weg gemacht werde.

Die EVP/glp-Fraktion werde dem vorliegenden Antrag mit Sicherheit beipflichten.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Die Einweihung des Stadttheaters im Jahr 1916 sei für das Dorf Langenthal eine grosse Freude gewesen und habe eine grosse Bedeutung gehabt. 100 Jahre später bestehe nun die Möglichkeit, das Stadttheater zu erneuern und zu sanieren. Die Überführung des 100-jährigen Gebäudes in das Jahr 2016 stelle eine grosse Chance aber auch eine grosse Herausforderung dar.

Es gelte nun den ersten Schritt zu machen und den Projektierungskredit zu bewilligen, um die Phase des Vorprojektes, des Bauprojektes und des Bewilligungsverfahrens anzugehen. Die SVP-Fraktion stimme dem Vorhaben einstimmig zu.

Therese Grädel-Fankhauser, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stimme dem vorliegenden Antrag zu. Ein Querstellen der SP/GL-Fraktion würde vermutlich etwas komisch anmuten. Die SP/GL-Fraktion habe den Grundsatzentscheid gefällt, das Theater zu renovieren und damit ein Zeichen mit Blick nach vorne zu setzen.

Ein paar der vorausgegangenen Voten zum Traktandum Nr. 2 und 3, worin von Sparwillen, von Sparzwang und "vom Gürtel enger schnallen" die Rede gewesen sei, habe sie zum Schmunzeln gebracht, da sie glaube, dass diesbezüglich das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Den Kreditbedarf von Fr. 1,16 Mio. empfinde sie persönlich als sehr hoch.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Dementsprechend sei sie immer wieder erstaunt, dass für Planungen so viel Geld ausgegeben werden müsse. Ein Fachmann in der Reihe der SP/GL-Fraktion, der in der Baubranche tätig sei, habe sie aufgeklärt, dass früher 10% der Kosten für die Planung und 90% der Kosten für das Bauen aufgewendet worden seien, wogegen es sich heute genau umgekehrt verhalte.

Rudolf Lanz, FDP/jll-Fraktion: Auch die FDP/jll-Fraktion werde dem vorliegenden Antrag einstimmig zustimmen.

Der Projektierungskredit sei nur ein Teil des späteren Gesamtpaketes. Er erinnere daran, dass der Projektierungskredit bis zum Abschluss des Projektes auf einer Kostenschätzung von plus/minus 25% beruhe. Im Anschluss daran werde sich die Kostenschätzung im Bereich von plus/minus 10% bewegen müssen. Diesen Umstand gelte es bei der Beurteilung der Gesamtkosten zu berücksichtigen.

Stadtpräsident Thomas Rufener habe von der Überprüfung der Organisations- und Betriebsstruktur gesprochen. Obwohl die Überprüfung ganz klar in der Kompetenz des Gemeinderates liege, werde von Seiten der FDP/jll-Fraktion stark befürchtet, dass bei diesem Auftrag eine doch relativ starke Lobby aus dem Theaterbereich einmal mehr nach mehr Personal rufen werde. Er erinnere sehr stark daran, dass heute bereits vom Kosten-Sparen die Rede gewesen sei, was heisse, dass bei der Beurteilung von Berichten klar geäußert werden müsse, was "need to have" oder "nice to have" sei.

Da diese Problematik den Stadtrat am heutigen Abend bei späteren Traktanden weiterbegleite, werde die FDP/jll-Fraktion beim einen oder anderen Traktandum darauf zurückzukommen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

- 1. Der für die Projektierung erforderliche Kredit in der Höhe von Fr. 1'160'000.00 (inkl. MWSt) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 170.503.07 "Projektierung Erneuerung Stadttheater", bewilligt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber unterbricht die Sitzung um **19.40 Uhr** für eine 15-minütige Erfrischungs- und Verpflegungspause.



5. Kinderspielplätze der Stadt Langenthal; Genehmigung Konzept und Massnahmenplan, Bewilligung Rahmenkredit

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Mit der gesamtkonzeptionell abgestützten Vorlage werde seiner Meinung nach - zumindest vom Grundsatz her - dem Wunsch des Parlamentes entsprochen. Es gehe um die Bewilligung eines Rahmenkredites von gesamthaft Fr. 1,8 Mio. zulasten der Investitionsrechnung.

Das Thema Kinderspielplätze sei dem Gemeinderat nicht unbekannt, da er sich der Thematik bereits bei der Formulierung der Regierungsrichtlinien gewidmet habe. Unter dem Themenbereich Gesellschaft, Rubrik "12. Freizeitgestaltung" könne Folgendes nachgelesen werden: *"Der Stellenwert der Freizeit nimmt laufend zu. Wir leben heute in einer Freizeitgesellschaft. Die Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, die eine Stadt bietet, stellt deshalb einen wichtigen Faktor der Lebensqualität dar."* Es gehe um Lebensqualität, um Wohnqualität und um Standortattraktivierung. Unter den Legislaturzielsetzungen stehe unter Anderem: *"Pflege und bedürfnisgerechte Optimierung der bestehenden Infrastrukturen (Parks, Sportanlagen, Kinderspielplätze)"*.

Der Gemeinderat habe das Thema bekanntermassen auch bereits aufgegriffen, in dem er die Sanierung und Attraktivierung des Spielplatzes beim Tierpark gewollt unter dem Aspekt der Anzeiger-Geld-Ausschüttung vorgezogen habe und als er die finanziellen Mittel, aus der Ausschüttung des Anzeiger-Geldes zum Zweck der Attraktivierung und Sanierung von Kinderspielplätzen, reserviert habe. Nachdem das Geschäft (Spielplatz Tierpark) trotz erfolgter Planung aufgrund der nebenliegenden Altlast aber nicht an die Hand genommen worden sei, habe der Gemeinderat ein Konzept in Auftrag gegeben, um die Kinderspielplatzsituation in der Stadt Langenthal grundlegend zu prüfen.

Das erarbeitete Konzept beinhalte einerseits einen Massnahmenplan und konzentriere sich auf die bestehenden Spielplätze. Die Spielplätze seien aus Sicht des Gemeinderates als auch aus Sicht der Konzeptbearbeitenden gut auf dem Stadtgebiet verteilt. Zu jedem einzelnen Platz seien Massnahmen zur Sanierung und Attraktivierung vorgeschlagen. Aufgrund des geordneten Defizits beinhalte das Konzept auch drei neue Standortvorschläge für Spielplätze: Gebiet Elzmatte, Gebiet Langete im Raum Spital, Badi. Parallel dazu habe der Gemeinderat auch Abklärungen in Bezug auf sicherheitsrelevante Fragen veranlasst, denn was gestern noch als sicher gegolten habe, heute vielleicht schon zu hinterfragen sei. Die aus der Abklärung gezogenen Schlussfolgerungen seien in die geplanten Massnahmen eingeflossen.

In Langenthal gebe es rund 10 im Stadtgebiet verteilte Kinderspielplätze. Der Gemeinderat möchte noch drei zusätzliche Plätze erstellen, womit in Langenthal letztendlich 13 Kinderspielplätze vorhanden wären. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass die vorgeschlagene dezentrale Lösung für die Stadt Langenthal mit rund 15'000 Einwohnerinnen und Einwohnern besser sei, als eine konzentrierte Lösung mit einem oder zwei Plätzen. Die heute bestehenden Plätze seien aus den verschiedenen Wohnquartieren heraus gut erreichbar.

Mit den Spielplätzen Haldeli, Tierpark und Reitplatz würden so genannte Erlebnisspielplätze realisiert. Mindestens einer dieser drei Plätze lasse sich als zentrumsnah bezeichnen, was zugegebenermassen eine Frage der jeweiligen Optik (Wohnort) sei. Damit erachte der Gemeinderat das Anliegen der Motionärin Anita Steiner-Thaler¹ als berücksichtigt und erfüllt.

¹ Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Zentrumsnaher Erlebnisspielplatz, welche ihre Motion im Juni 2012; erheblich erklärt am 18. Juni 2012



Dem Gemeinderat sei klar, dass Fr. 1,8 Mio. kein Pappenstiel sei, weshalb er die Umsetzung des Konzeptes in den nächsten 10 Jahren und damit etappenweise vornehmen wolle. Mit dem Spielplatz Haldeli soll nächstes Jahr gestartet werden. Die einzelnen Objekte würden gemäss dem im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Juni 2012 (Seite 8) aufgeführten Terminprogramm und unter Wahrung der im Konzept formulierten Massnahmenplänen ausgelöst.

Die diversen Altlastenstandorte der Stadt Langenthal seien bekannt. Auf diesen Standorten gebe es zum Teil öffentliche aber auch private Nutzungen. Im Schulgebiet Hard (Sportanlagen) gebe es Altlastenstandorte. Dort seien Spielfelder auf Altlastenstandorten gebaut. Es gebe Strassen und Plätze sowie auch diverse Industrieunternehmungen, die sich teilweise auf Altlastenstandorten befinden. Zwei der geplanten Spielplätze, welche heute bereits umgesetzt und benutzt werden, seien an solchen im Kataster verzeichneten Standorten.

Das vorliegende Projekt beinhalte jedoch keine Altlastensanierungen. Eingriffe an solchen Standorten könnten problematisch werden, wenn in die Tiefe gegraben werde. Eine entsprechende Erfahrung sei beim Bau des Beach-Volleyball-Feldes im Hard gemacht worden. Dort seien im Rahmen des Projektes der Situation entsprechende Massnahmen angeordnet worden. Beim Bau der Spielplätze werde jedoch nicht in die Tiefe gegraben und ausserdem brauche es für den Bau eines jeden Spielplatzes ein entsprechendes Baubewilligungsverfahren, worin die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften klar gegeben seien.

Wie eingangs erwähnt, habe der Gemeinderat im Hinblick auf die Sanierung und Attraktivierung der Kinderspielplätze bereits Mittel (Anzeigergeld) im Umfang von Fr. 376'085.00 reserviert. Rein rechnerisch könne dieser Betrag vom beantragten Rahmenkreditbetrag von Fr. 1,8 Mio. abgezogen werden - unter der Voraussetzung, dass die Vorlage zur Umsetzung gelange.

Dem Geschäft sei von den vorberatenden Kommissionen (Finanzkommission, Bau- und Planungskommission) einstimmig zugestimmt worden. Die Geschäftsprüfungskommission habe festgestellt, dass Punkt 1 der vorliegenden Beschlussesentwurf Formulierung einer Verbesserung bedürfe. Die präzisierende Beschlussformulierung werde von der Geschäftsprüfungskommission im Anschluss an seine Stellungnahme beantragt.

Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass es um Fr. 1,8 Mio. gehe. Er sei sich aber auch bewusst, dass es um eine für die Stadt Langenthal nicht unerhebliche Attraktivierung gehe, da Spielplätze für Kinder ein wichtiger Standortfaktor seien. Das Geld werde sich über 10 Jahre in der Investitionsrechnung niederschlagen. Es gehe auch darum, den Gemeinderat zu ermächtigen, die für die Umsetzung der Projekte notwendigen Objekte termingerecht bewilligen zu können.

Helena Morgenthaler, GPK-Mitglied: Die Stadt Langenthal unternehme etwas für Kinder, indem 10 bestehende Spielplätze neu gestaltet und drei neue Spielplätze erstellt werden sollen. Die Geschäftsprüfungskommission habe das Geschäft mit Freude zur Kenntnis genommen, betrachte es jedoch fast als etwas feudal und sehr grosszügig ausgelegt.

Bei näherer inhaltlicher Betrachtung der Vorlage sei die Geschäftsprüfungskommission auf die Ungereimtheit in Bezug auf die Altlastensanierungen gestossen, welche vom Stadtpräsidenten bereits begründet und relativiert worden sei.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Wie vom Stadtpräsidenten ebenfalls bereits erwähnt, beantrage die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat, Punkt 1 des Beschlussesentwurfs wie folgt zu ändern bzw. zu präzisieren:

Bericht und Antrag Gemeinderat an Stadtrat vom 4. Juli 2012	Antrag der Geschäftsprüfungskommission
... Der Stadtrat, gestützt - unter Vorbehalt des fakultativen Referendums - beschliesst: 1. Das Projekt zur Umsetzung des Spielplatzkonzepts wird genehmigt. Der Stadtrat, gestützt - unter Vorbehalt des fakultativen Referendums - beschliesst: 1. Das Konzept und der Massnahmenplan betreffend städtische Kinderspielplätze (gemäss "Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Juni 2012" und "Städtische Kinderspielplätze «Konzept und Massnahmenplan» vom 23. April 2012") werden genehmigt. ...

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber informiert, über den Antrag der Geschäftsprüfungskommission im Anschluss an die Beratung abzustimmen.

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Dass in Sachen Kinderspielplätze endlich etwas unternommen werden soll, werde von der SP/GL-Fraktion einstimmig unterstützt. Die SP/GL-Fraktion danke der an der Erarbeitung der Vorlage beteiligten Arbeitsgruppe für deren speditive und gute Arbeit. Attraktive Kinderspielplätze zu schaffen, sei seit jeher ein Anliegen der SP. Frau Stadträtin Nathalie Scheibli (SP) habe bereits vor Jahren eine entsprechende Petition durchgeführt.

Quartierspielplätze seien ein wichtiger Bestandteil zur Förderung der Integration und des Zusammenlebens. Durch Kontakte auf dem Spielplatz, sei es Familien möglich, Netzwerke zu bilden, die mithilfe den Familienalltag zu organisieren. Die SP/GL-Fraktion begrüsse die gleichmässige Verteilung der einfach gestalteten und gewarteten Spielplätze über das ganze Stadtgebiet. Im Sinne der Chancengleichheit soll es allen möglich sein, einen Spielplatz in aller nächster Nähe aufsuchen zu können. Auf Spielplätzen lernen Kinder sich im Alltag sowie im Verkehr zu bewegen. Auch werde damit deren motorische Entwicklung gefördert. Das Spiel und die Bewegung verhindere auch, dass Kinder vorzeitig übergewichtig werden. Die SP/GL-Fraktion sei deshalb überzeugt, dass die Fr. 1, 8 Mio. eine gute Investition in das Wohl der Gesellschaft seien und sich bezahlt machen.

Wegen Vandalismus, Verunreinigung mit Glasscherben und Nachtruhestörungen durch Jugendliche habe ein Kinderspielplatz leider auch eine Schattenseite, da Jugendliche den Kinderspiel etwas anders beanspruchen, als dies kleine Kinder tun. Wenn die Stadt Langenthal familienfreundlich sein wolle, sei sie sicher gut beraten auch Raum für Jugendliche zu gestalten. Die SP/GL-Fraktion zähle diesbezüglich auf den Gemeinderat und setze sich auch für die Anliegen der Jugendlichen zum Wohl und zum Schutz der Familien ein.



Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Seit einigen Jahren warte die Langenthaler Bevölkerung (Kinder, Eltern, Grosseltern) darauf, dass in der Stadt die Kinderspielplätze thematisiert und konkrete Schritte umgesetzt werden. Die EVP habe bereits mit einem am 25. Juni 2007 eingereichten Vorstoss¹ die Erarbeitung eines Spielplatzkonzeptes gefordert. Im Namen der EVP/glp-Fraktion danke sie allen Beteiligten, die an der Erarbeitung des heute vorliegenden ausführlichen Dossiers mitgewirkt haben.

Das Spielplatzkonzept gebe ausführlich Einblick über das vorhandene Spielplatzangebot, über die Standorte und deren Neugestaltungsbedürfnisse. Die EVP/glp-Fraktion begrüsse die Grundidee eines flächendeckenden Spielplatzangebots, bedauere es jedoch etwas, dass vorläufig auf einen grossen Erlebnisspielplatz verzichtet werde, da Langenthals vorhandene Spielplatzstandorte das Potential dafür eigentlich hätten. Erfreulich sei, dass beispielsweise für den Haldeli-Standort eine umfangreiche Neugestaltung angestrebt werde.

Im Bewusstsein, dass der Rahmenkredit sehr hoch sei, stehe die EVP/glp-grundsätzlich hinter dem vorliegenden Spielplatzkonzept, da die Kredithöhe nachvollziehbar sei.

Persönlich sei sie der Meinung, dass die Kosten für die Altlastensanierungen sicher nicht zu unterschätzen seien, aber in die Wege geleitet werden müssen. Auch den Entscheid, den Spielplatz Rumipark als einzigen Standort lediglich zu sanieren und nicht um- oder neuzugestalten, könne sie nicht teilen. Obwohl der Rumiparkspielplatz im Jahr 2006 neugestaltet worden sei, wäre ihrer Ansicht nach eine Umgestaltung und Vergrösserung zur Attraktivierung des Rumiparks aufgrund seiner Lage nötig und damit auch eine entsprechende Erhöhung des Investitionsbetrages. Spätestens im Jahr 2021 werde der Spielraum im Rumipark von allen anderen neugestalteten Spielplätzen abfallen.

Die EVP/glp-Fraktion wolle die Umsetzung nicht verzögern und verzichte auf entsprechende Änderungsanträge. Die EVP/glp-Fraktion werde die Konzeptumsetzung mit grosser Spannung und grossem Wohlwollen verfolgen und wünsche allen Beteiligten viel Erfolg. Die EVP/glp-Fraktion freue sich, wenn mit der Genehmigung des Konzepts in die jüngste Generation investiert werde, da damit das familienfreundliche Image der Stadt Langenthal gleichzeitig gestärkt und aufgewertet werde.

Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Das Logo "*Langenthal ist eine familienfreundliche Stadt*" hefte sich wohl jede politische Partei sehr gerne an ihr politisches Revers. Dass dieses Ziel auch etwas koste, sei wahrscheinlich unbestritten. Bei der Frage wie viel und was dieses Ziel kosten dürfe, gehen die Meinungen wahrscheinlich aber schon etwas auseinander. Das vorliegende Konzept mit Massnahmenplan und dem damit verbundenen Rahmenkredit entspreche einem politischen Anliegen aus dem Jahre 2009. Das Anliegen scheine jetzt die politische Reife erreicht zu haben, um umgesetzt werden zu können. Die FDP/jll-Fraktion erlaube sich jedoch trotzdem einige kritische Anmerkungen anzubringen:

- Über die Altlastenproblematik werde schon seit langem gesprochen. Namentlich die Problematik beim Tierpark werde einmal mehr "umfahren". Eine nachhaltige Lösung werde wahrscheinlich von späteren Politikergenerationen in die Wege geleitet werden. Etwas fraglich sei, dass für eine mögliche Sanierung in der Vorlage kein Geld vorgesehen sei, wogegen in der Badi aber eine Erweiterung des bestehenden Spielplatzes für Fr. 120'000.00 realisiert werden soll.
- Im Ortsteil Untersteckholz sei überhaupt kein Kinderspielplatz vorgesehen, was den Schluss nahe lege, dass im Ortsteil Untersteckholz offenbar nur kinderlose Langenthaler wohnen. Ob dies überall goutiert werde, sei fraglich, da das Anzeigergeld der Untersteckholzer im Langenthaler Topf gelandet sei.

¹ Postulat (gewandelte Motion) der EVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Überprüfung, Erneuerung und Schaffung von Kinderspielplätzen in Langenthal (in Postulat gewandelt mit Schreiben vom 19. September 2007; als Postulat erheblich erklärt am 19. November 2007)



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Die FDP/jll-Fraktion habe auch über den Planungs- und Realisierungshorizont von 2013 bis 2021 diskutiert. Die meisten der heute anwesenden Stadratsmitglieder werden vermutlich nach Ablauf der nächsten zwei Legislaturperioden nicht mehr im Stadtrat sein. Eine Etappierung mit zwischenzeitlicher Manöverkritik vorzusehen, wäre durchaus auch vorstellbar gewesen.

Die FDP/jll-Fraktion äussere sich nicht nur mit kritischen Fragen zum Thema. Wie der Gemeinderat und die Arbeitsgruppe sei auch die FDP/jll-Fraktion der Meinung, dass die Kinderspielplätze über das ganze Stadtgebiet verteilt werden sollen und dass keine Konzentration auf nur wenige Erlebnis- oder Robinsonspielplätze erfolgen soll. In diesem Sinne könne die FDP/jll-Fraktion dem vorliegenden Antrag (knapp) mehrheitlich zustimmen.

Armin Flükiger, SVP-Fraktion: "*Geduld bringt Rosen!*" In Bezug auf das vorliegende Geschäft heisse das, dass nun über das Kinderspielplatzkonzept mit Massnahmenplan und über den Rahmenkredit von Fr. 1,8 Mio. abgestimmt werden müsse.

Auch die SVP-Fraktion vertrete die Ansicht, dass die heutige Vorlage aus der Motion bzw. dem Postulat der EVP-Fraktion aus dem Jahre 2007 entstanden sei und dass mit der Anzeiger-Geld-Thematik eine Fortsetzung geschrieben worden sei. Die darauf folgenden Schritte bis zum heute vorliegenden Konzept (10 bestehende und 3 neue Spielplätze) sowie dem beantragten Rahmenkredit, seien vom Stadtpräsidenten als auch von den Vorrednern bereits erläutert worden.

Die SVP-Fraktion stimme dem Geschäft einstimmig zu. Für die SVP-Fraktion liege damit ein ausgereiftes Gesamtkonzept vor, mit welchem die Bedürfnisse der Stadt Langenthal flächendeckend abgedeckt werden können. Die Sanierung der Spielplätze sei notwendig. Das Haldeli beispielsweise habe in den letzten 40 Jahren keine all zu grossen Neuerungen erfahren. Dementsprechend sei nun zu hoffen, dass der so genannte geplante Erlebnisspielplatz auch wirklich zum Erlebnis werde. Wichtig sei auch die Behebung von Sicherheitsmängeln. Die SVP-Fraktion erachte auch die Umsetzungsplanung als klar strukturiert, obwohl die von Stadtrat Markus Bösiger erwähnte Variante (Etappierung mit Manöverkritik) sicher auch eine Idee gewesen wäre. Nach Ansicht der SVP-Fraktion sei die geplante Umsetzung (10 Jahre) budgetverträglich und der Finanzierungsnachweis liege vor, obschon die Beträge im jetzigen Investitionsplan nicht ausgewiesen seien. Der SVP-Fraktion sei wichtig, dass die Umsetzung nicht zur Sanierung der Altlasten dienen dürfe, da für die Sanierung der Altlasten zurzeit wirklich kein Geld vorgesehen sei. Mit dem Badeli- und dem Langeten-Spielplatz werde nach Ansicht der SVP-Fraktion ein gewisser Wunschbedarf gedeckt. Der Standort des Langeten-Spielplatzes sei eigentlich bereits klar, da sich dort bereits heute ein grosses Tummelfeld befinde, welches sich zukünftig vielleicht etwas strukturierter gestalten lasse.

Mit der Sanierung der Schulen, mit ict4kids, mit der geplanten Schulraumplanung und nun mit der Sanierung der Kinderspielplätze ab dem Jahr 2016, werde seiner Meinung nach der Wohn- und Schulort Langenthal wirklich und sichtbar aufgewertet.

Markus Gfeller: Mit seinem Votum komme er auf das heutige Traktandum Nr. 3 zurück und verweise auf die Aussagen der Fraktionssprechenden in Bezug auf den Wunschbedarf sowie auf die Äusserungen von Einzelsprechenden, dass praktisch in keinem Bereich mehr gespart werde. Zum vorliegenden Traktandum hätten sich sowohl die Geschäftsprüfungskommission als auch einzelne Fraktionssprechende dahin gehend geäußert, dass die zu genehmigende Vorlage auch Wunschbedarf beinhalte.

Wer sich frage, wie es ohne das vorhandene onyx-Geld wäre, müsse ehrlicherweise zum Schluss kommen, dass es das vorliegende Traktandum wahrscheinlich heute gar nicht geben würde, um darüber zu beraten. Ihm sei durchaus bewusst, dass es in einem Wahlherbst nicht populär sei, ein solches Geschäft zu hinterfragen. Trotzdem habe er den Eindruck, dass mit dem Rahmenkredit von Fr. 1,8 Mio. deutlich über das Ziel hinausgeschossen werde.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Der Spielplatz Rumipark sei gemäss den Akten im Jahr 2005 saniert und umgestaltet worden. Sieben Jahre später - was in etwa der halben Planungsperiode des vorliegenden Geschäftes entspreche - müsse der Spielplatz nun schon wieder für knapp Fr. 30'000.00 an die neuen Sicherheitsanforderungen angepasst werden. Er weise darauf hin, sich bewusst sein zu müssen, dass die Genehmigung des vorliegenden Konzepts wahrscheinlich bis ins Jahr 2021 nicht nur Kosten von Fr. 1,8 Mio. verursache, sondern eher Kosten von Fr. 3 Mio. zur Folge haben werde. **Aus diesem Grund stelle er den Antrag, das Geschäft mit dem Auftrag an den Gemeinderat zurückzuweisen, dieses dem Stadtrat in redimensionierter Form wieder vorzulegen.**

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber informiert, über den Antrag von Stadtrat Markus Gfeller im Anschluss an die Beratung abzustimmen.

Pascal Dietrich: Eigentlich sei er der Letzte, der sich gegen gute Spielplätze wehre, an welchen Kinder sich erfreuen. Er anerkenne auch die grosse von der Arbeitsgruppe geleistete Arbeit. Richtig finde er auch, dass die Spielplätze dezentral neu gestaltet oder sogar neu erstellt werden sollen und dass nicht nur ein grosser Spielplatz gebaut werden soll. Trotzdem sehe er in der Vorlage eine Luxuslösung. Wie Stadtrat Markus Gfeller sei auch er der Meinung, dass ohne das vorhandene onyx-Geld nicht einmal im Traum daran gedacht würde, diesen Kredit zu bringen. Er schliesse sich auch der Aussage von Stadträtin Karin Rickli (GL) an, welche bereits in der heutigen Beratung zum Traktandums Nr. 2 gesagt habe, wieder Zurückhaltung üben zu müssen und nicht immer Luxuslösungen anzustreben.

Mühe bereite im auch, dass der Rahmenkredit auf 10 Jahre hinaus geplant sei. In 10 Jahren werden wichtige Grundlagen wahrscheinlich wieder verändert werden müssen, ohne dass sich der Stadtrat dazu werde äussern können, weil er den Kredit eben vor 10 Jahren bewilligt habe.

Die heutige Spielplatzsituation sei im Übrigen nicht so schlecht, wie sie in den Unterlagen dargestellt werde. Sein 15 Monate alter Sohn sowie andere Kinder hätten auf dem Spielplatz Rumipark jeweils riesen Plausch. Seiner Ansicht nach sei die vor 6 Jahren erfolgte Gestaltung nicht schlecht. Anders verhalte es sich beim Kinderspielplatz Haldeli. Dort sei seit mehreren Jahrzehnten nichts mehr unternommen worden, so dass eine Erneuerung zwingend nötig sei.

Schlussendlich bewege ihn die Situation im Haldeli dazu, der Kreditvorlage mit sehr gemischten Gefühlen trotzdem zuzustimmen, da mit der Rückweisung die Umsetzung des Projektes wieder eine längere Zeit aufgeschoben würde. Er könne seine Zustimmung zur Vorlage verantworten, da er in der Investition eine homöopathische Dosis in die Zukunft sehe und weil davon ausgegangen werden könne, dass damit vor allem keine wiederkehrenden Kosten verbunden seien, wie dies bei all den anderen Krediten, die in den letzten Monaten bewilligt worden seien, der Fall sei.

Nathalie Scheibli: Dass von Vielen die Notwendigkeit gesehen werde, die Stadt mit guten Spielplätzen für Familien attraktiver zu gestalten, finde sie sehr erfreulich. Auch über die vorhandenen onyx-Millionen sei sie froh, da ohne dieses Geld wahrscheinlich ein Teil der vorhandenen Spielplätze aus sicherheitstechnischen Gründen sogar geschlossen werden müsste.

Das Terminprogramm zur Umsetzung des Konzeptes im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Juni 2012 (Seite 8) unterscheide sich vom Terminprogramm im "Konzept und Massnahmenplan" vom 23. April 2012. Da der Antrag der Geschäftsprüfungskommission laute, dass das Konzept und der Massnahmenplan betreffend städtische Kinderspielplätze (gemäss "Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Juni 2012" und "Städtische Kinderspielplätze «Konzept und Massnahmenplan» vom 23. April 2012") genehmigt werden soll, bitte Sie um Beantwortung der Frage, welches Terminprogramm - das im Bericht und Antrag vom 11. Juni 2012 oder jenes im Konzept und Massnahmenplan vom 23. April 2012 zur Anwendung kommen soll?

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Die Antwort auf die Frage von Stadträtin Nathalie Scheibli laute, dass mit dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission der Beschlussesentwurf im Sinne der Klarheit präzisiert werde. Auf das weitere Vorgehen gemäss dem aktualisierten Terminprogramm im Bericht- und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Juni 2012, welches gegenüber demjenigen im Konzept und Massnahmenplan vom 23. April 2012 mittlerweile überarbeitet worden sei, habe dies jedoch keinen Einfluss.



Urs Zurlinden: Auf Seite 15 des Konzepts und Massnahmenplans vom 23. April 2012 stehe: "**Bestand** Der Spielplatz Tierpark befindet sich ausserhalb des Wohnsiedlung auf einem belasteten Standort, am Ende des Tierparkareals. ...**Massnahmen** - Sanierung belasteter Boden ..." Unter dem Titel "**Grobkostenschätzung +/- 25%**" stehe dagegen: "... In den Kosten sind keine Altlasten enthalten." Diese unterschiedlichen Aussagen sorgen seiner Meinung nach für Verwirrung, weshalb er dem Rückweisungsantrag von Stadtrat Markus Gfeller persönlich zustimmen werde. Trotz der damit verbundenen Kosten, sei er der Ansicht gegen diese Altlasten vorgehen zu müssen. Die Stadt könnte probieren, das Verursacherprinzip geltend zu machen. Der Kanton habe oder wolle offenbar für Problem dieser Art kein Geld haben, was er aber nicht mehr akzeptiere. Schweren Herzens weise er das ganze Konzept zurück, da mit der Zustimmung zum Konzept aufgrund des Rahmenkredits jedes einzelne darin enthaltene Projekt bereits genehmigt sei.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Kinderspielplatzthematik werde immer von der Altlastenproblematik in der Stadt Langenthal begleitet. Langenthal lebe mit verschiedenen Altlasten. Mehrheitlich handle es sich dabei um alte Kehrtrichtergruben. Grosse Aufmerksamkeit komme insbesondere Standorten zu, die einer ständigen Überwachung mittels Monitoring bedürfen (Beispiel: Die Wasserfassung im Hard). Es gebe auch Altlastenstandorte, mit denen seiner Meinung nach, gelebt werden müsse. Dazu gehöre seiner Ansicht nach auch der Kugelfang. Diese Altlasten seien in der Prioritätenliste weit hinten angesetzt, weil sich diese Arten von Altlasten relativ resident und lokal verhalten. Im Hard verhalte es sich anders, dort können Störungen die Sickerung verändern, was sich auf das Grundwasser auswirke.

Der Gemeinderat habe klar gesagt, dass es beim vorliegenden Geschäft nicht um die Sanierung von Altlasten gehe. Eine Altlastensanierung müsse entweder in ihrem ganzen vorliegenden Umfang vorgenommen, oder die Altlasten müssen belassen werden wie sie seien. Mit einer nur örtlichen Teilsanierung werde im Prinzip nur der ganze Altlastenaufbau gestört. Diese Erkenntnisse seien bereits bei früheren Projekten gewonnen worden. Erst kürzlich sei bei Pfählungsarbeiten im Hard eine riesen Überwachung nötig geworden, weil mit der Pfählung durch die Altlasten hindurch gebohrt und damit darin herumgewühlt worden sei.

Es gebe spezielle Massnahmen, um mit Altlasten "zu Gange zu kommen". Diese seien im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens zu prüfen. Da Spielplätze nicht in der Tiefe gebaut werden müssen, sondern auf der Oberflächlich gestaltet werden, erachte er deren Standorte als relativ unproblematisch. Selbstverständlich könne die Meinung vertreten werden, die Altlasten sanieren zu wollen. Eine entsprechende Prüfung habe im Übrigen bereits stattgefunden. Für die Altlastensanierung Hinterberg beispielsweise, müssten ca. 1'500 Tonnen Material auf Lastwagen verladen werden, die dann damit durch Langenthal hindurch fahren würden, um das Material irgendwo anders - in kostenpflichtigen Sonderdeponien - zu entsorgen. Um diese Massnahme überhaupt umsetzen zu können, müsste ausserdem auch der Baumbestand abgeholzt werden, was doch die Frage aufwerfe, ob dadurch nicht etwas anderes ausgelöst würde. Der Gemeinderat habe die Möglichkeiten überprüft. Im Gebiet Hinterberg sei eine vom Gesetzgeber vorgeschriebene Massnahme umgesetzt worden. Im Moment seien keine weiteren Massnahmen vorgesehen.

Der Entscheid zum Bau eines neuen Spielplatzes bei der Badi basiere auf dem Vorschlag der eingesetzten Begleitgruppe. Wer der Meinung sei, dass dieser Entscheid falsch sei, könne eine entsprechende Änderung auf demokratischen Weg an die Hand nehmen.

Auf die Anmerkung zur Situation in Untersteckholz stelle er fest: In Untersteckholz gebe es keinen Bus. In Untersteckholz gebe es keinen Laden. In Untersteckholz gebe es keine Schule. In Untersteckholz werde es - gemäss Konzept - zumindest keine neuen Spielplätze geben. Selbstverständlich könne die Ansicht vertreten werden, dass - da Untersteckholz nun zu Langenthal gehöre - mindestens einer der geplanten Spielplätze dorthin gehört hätte. Vielleicht werde aber auch die Auffassung vertreten, dass Untersteckholz im Vergleich mit einer städtisch urbanen Umgebung per se fast wie ein Spielplatz sei. Auch in Bezug auf diese Frage obliege es dem Stadtrat einen entsprechenden Antrag zu stellen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Der Realisierungshorizont von 10 Jahren seit zugegebenermassen etwas lang. Bei der Beratung des Investitionsplans (Traktandum Nr. 2) sei jedoch von niemandem ein entsprechender Antrag gestellt worden, den vermeintlichen Fehler aus der Planung zu entfernen. Der Gemeinderat habe die Fr. 1,8 Mio. möglichst auf mehrere Jahre und Etappen verteilt. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass sich die Welt bewege und dass bestimmt neue Vorschriften erlassen werden. Diese werden jedoch zu befolgen sein, ob das Projekt nun in Etappen realisiert werde oder in einem Stück realisiert worden sei.

Stadtrat Markus Gfeller weise er darauf hin, im Irrtum zu sein, falls er dem Gemeinderat unterstellen möchte, das Geschäft gezielt zum jetzigen Zeitpunkt (Wahlherbst) dem Stadtrat vorgelegt zu haben. Die Vorlage habe die vorberatenden Kommissionen durchlaufen und sei damit beschlussesreif für die heutige Sitzung traktandiert worden, wie dies bei anderen Geschäften auch der Fall sei.

Über den Rückweisungsantrag von Stadtrat Markus Gfeller habe der Stadtrat sogleich zu befinden. Aus Sicht des Gemeinderates sollte das Projekt aber nun wirklich vorangetrieben werden, nachdem man sich nun tatsächlich über Jahre in der Thematik gedreht habe.

Mit Bezug auf die Frage von Stadträtin Nathalie Scheibli betreffend den Antrag der Geschäftsprüfungskommission zur Präzisierung des Beschlussespunkt 1 weise er darauf hin, dass der Terminplan (Seite 8) des am 23. April 2012 erarbeiteten Konzepts- und Massnahmeplans für weitere Beratungen an die mittlerweile bekannten neuen Investitionsplanzahlen aktualisiert und angepasst worden sei. Im Bericht- und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Juni 2012 (Seite 8) sei das geltende Terminprogramm zur Umsetzung des Konzeptes mit den an die Investitionsplanung abgestimmten Zahlen, dargestellt.

Den präzisierenden Antrag der Geschäftsprüfungskommission betreffend den Beschlussespunkt 1 verstehe er so, dass der Gemeinderat den Rahmenkredit genau gemäss den im vorliegenden Konzept und Massnahmenplan vom 23. April 2012 und gemäss den im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Juni 2012 festgelegten Vorgaben zu verwenden habe, und nicht einfach nach irgend einem Spielplatzkonzept Spielplätze nach eigenem Gusto bauen könne. Die beantragte Veränderung sei nicht materieller Art, sondern stehe im Zusammenhang mit den Aktualisierungen.

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber bittet um Stimmabgabe zum Rückweisungsantrag von Stadtrat Markus Gfeller (Rückweisung des Geschäfts und Auftrag an den Gemeinderat die Vorlage zu redimensionieren):

- **Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag von Stadtrat Markus Gfeller mit 29 Stimmen Nein gegen 5 Stimmen Ja (bei 3 Enthaltungen) ab.**

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber bittet um Stimmabgabe zum Antrag der Geschäftsprüfungskommission Punkt 1 des Beschlussesentwurfs zu ändern bzw. zu präzisieren:

- **Der Stadtrat stimmt dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission Punkt 1 des Beschlussesentwurfs zu ändern bzw. zu präzisieren mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) zu.**



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums und unter Berücksichtigung der Präzisierung im Beschlussespunkt 1 (gemäss Antrag der Geschäftsprüfungskommission):

- 1. Das Konzept und der Massnahmenplan betreffend städtischer Kinderspielplätze (gemäss "Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Juni 2012" und "Städtische Kinderspielplätze «Konzept und Massnahmenplan» vom 23. April 2012" werden genehmigt.**
- 2. Der erforderliche Gesamtkredit in Höhe von total Fr. 1'800'000.00 (inkl. MWSt) wird als Rahmenkredit zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 380.509.02 "Städtische Kinderspielplätze, Konzept und Massnahmenplan, Rahmenkredit", bewilligt.**

Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle für die Umsetzung des Projektes notwendigen Objektkredite zu bewilligen.

- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Motion Stäger Christoph (gip) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Standortplanung Mobilfunkantennen (Kaskadenmodell); Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Das im Hintergrund der Motion zu erkennende Anliegen, werde vom Gemeinderat unterstützt. Der Gemeinderat sei sich aber - zumindest zum heutigen Zeitpunkt - noch nicht ganz im Klaren, ob das Anliegen unterstützt werden soll, welches in solcher Deutlichkeit auf ein kürzlich erstelltes Konzept abstelle, obwohl es von den entsprechenden Gerichten als rechtmässig beurteilt worden sei.

Aufgrund des rund 60-seitigen, relativ komplex zu verstehenden, aus dem Internet herunterladbaren Leitfadens des Bundes, erachte der Gemeinderat es als sinnvoller, das vorliegende Thema nicht als verbindliche Motion, sondern als Prüfungsauftrag formuliert zu behandeln. In diesem Zusammenhang gelte auch die Überlegung anzustellen, ob die Thematik isoliert und mit einer entsprechenden Reglementierung gelöst werden müsste, oder ob das Thema bei einer gesamtheitlichen Überarbeitung flankierend in die baurechtliche Grundordnung aufgenommen werden könnte.

Der Gemeinderat qualifiziere die Motion als Motion mit Weisungscharakter, womit der Text verbindlich wäre. Aus diesem Grund sehe der Gemeinderat von einer positiven Empfehlung ab und stelle Antrag auf Ablehnung der Motion. Der Gemeinderat weise aber klar darauf hin, im Falle der Wandelung der Motion in ein Postulat, das Anliegen zu unterstützen.

Christoph Stäger: Als Mediziner habe er ein etwas zwiespältiges Verhältnis zur Mobilfunktechnologie. Einerseits erleichtere das Natel seit den 90-er Jahren den Notfalldienst extrem. Andererseits mache ihm die ungebremste Zunahme der mobilen Datenübermittlung und der damit verbundenen Zunahme von Elektromog Sorgen. Nach wie vor gebe es keine gesicherten Beweise, dass die elektromagnetische Strahlung längerfristig unbedenklich sei. Die bestehenden und festgelegten Grenzwerte seien juristisch relevant, aber ob diese auch biologisch korrekt seien, könne bis heute niemand sagen. Demgemäss befinde sich die ganze Bevölkerung sozusagen in einem grossen Feldversuch. Nicht bekannt sei auch, wie sich die längerfristige generationenübergreifende Exposition auswirken werde, so dass möglicherweise - um Paracelsus zu zitieren - die Dosis das Gift ausmachen werde. Nebst der Mobilfunktechnologie sei man ja auch in anderen Bereichen zunehmender elektromagnetischer Strahlung ausgesetzt. Die Gesellschaft sei gut beraten, mit Technologien, die ein Restrisiko beinhalten, vorsichtig umzugehen und sich nicht blind von wirtschaftlichen Interessen leiten zu lassen. Die Mobilfunkanbieter setzen alles daran, den Markt mit neuen Angeboten und Dumpingpreisen anzuheizen. Die Zeit Anreize für eine sinnvolle und ökonomische Nutzung zu schaffen, sei längstens vorbei. Der Widerstand von fast 4'000 Langenthalerinnen und Langenthälern gegen UMTS-Antennen auf dem KADI-Turm vor sieben Jahren zeige, dass trotz der vielen Vorteile der Mobilfunktechnologie ein tiefes Unbehagen in der Bevölkerung bestehe. Langenthal habe damals vorbildlich und mutig reagiert und als erste Schweizer Gemeinde ein Antennen-Moratorium ausgesprochen, welches landesweit eine grosse Resonanz ausgelöst habe.

Mittlerweile habe sich die mobil übermittelte Datenmenge bereits vervielfacht. Aktuell werde von Mobilfunkanbietern auf die sogenannte LTE-Technologie gesetzt, die eine weitere Verdichtung des Antennen-Netzes voraussetze. Mit vermehrten Antennen-Gesuchen sei demnach zu rechnen. Es scheine ihm deshalb richtig, der Stadt rechtliche Mittel in die Hand zu geben, um bei der Standortplanung neuer Antennen verbindlich mitreden zu können. Es gehe nicht nur um gesundheitliche Aspekte, sondern auch um die Wohnqualität im weitesten Sinne und um die Wertverminderung von Liegenschaften.

Seit kurzem anerkenne das Bundesgericht die Mitsprache der Gemeinden bei der Standortplanung. Eine Zonenplanung für Mobilfunkantennen im Baureglement wäre somit auch in Langenthal möglich. Das Kaskadenmodell der Gemeinde Schönbühl sei eine Möglichkeit. Vielleicht gebe es für Langenthal geeignetere Varianten. Wichtig scheine ihm letztlich, dass in Wohnzonen eine möglichst zurückhaltende Antennenbewilligung erfolge, da seitens der Mobilfunkanbieter ein grosser Druck aufgebaut werde.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Die Anfang dieses Jahres zwischen der Justiz- Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern und den Mobilfunkanbietern getroffene Vereinbarung zur Verbesserung des Informationsaustausches, sei ein Schritt in die richtige Richtung, aber viel zu unverbindlich.

Insgesamt könne er den Argumenten des Gemeinderates folgen, weshalb er die **Motion in ein Postulat umwandle**. Dies allerdings verbunden mit dem Wunsch, dass die Stadt - wie vor sieben Jahren - die Sorgen der Bevölkerung ernst nehme und eine vernünftige Standortplanung für Mobilfunkantennen in den geplanten neuen Siedlungsrichtplan einfließen lasse.

Christoph Kuert, FDP/jll-Fraktion: Aufgrund der Wandlung der Motion in ein Postulat, gebe es aus Sicht der FDP/jll-Fraktion nicht mehr viel zum Vorstoss zu sagen. Die FDP/jll-Fraktion begrüsse die Wandlung der Motion in ein Postulat, weil dem Gemeinderat dadurch vor allen Dingen eine wichtige Flexibilität in Bezug auf die Standortfrage bleibe. Auf diese Weise werde auch den Intensionen des bernischen Regierungsrates gefolgt, welcher durch die Einführung des sogenannten Dialogmodells diesen Frühling mit den Mobilfunkbetreibern (Swisscom, Sunrise, Orange) eine Vereinbarung getroffen habe, dass die Standorte in den Gemeinden mit den Mobilbetreibern im Konsens evaluiert werden können. Der Regierungsrat habe die Gemeinden eingeladen das Dialogmodell zu unterschreiben. Der Gemeinderat werde das Dialogmodell sicher unter Einbezug der Kaskadenmodellthematik einer Überprüfung unterziehen und beurteilen.

Die FDP/jll-Fraktion sehe beim Kaskadenmodell eindeutig den Vorteil, dass dieses den juristischen Anforderungen entspreche. Mit dem Kaskadenmodell habe der Gemeinderat eine Handhabe sich gegenüber den Mobilfunkbetreibern, die eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Macht ausüben, durchzusetzen.

Nach der Wandlung der Motion in ein Postulat werde die FDP/jll-Fraktion der Erheblicherklärung des Postulats geschlossen zustimmen.

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: Langenthal sei bereits vor Jahren Punkto Natelantennen eine Pionierstadt gewesen. Das UMTS-Moratorium sei landesweit in den Medien präsent gewesen. Mit der Motion von Stadtrat Christoph Stäger gehöre Langenthal zwar nicht mehr zu den Pionieren, liege aber trotzdem noch weit vorne im Rennen. Die Motion biete einen guten Ansatz, weil eine Antenne für niemanden - ausser für ein paar Technik-Freaks - etwas Schönes in einem Stadtgebiet darstelle, weshalb sie auch nicht dorthin gehören. Die Denkmalpflege werde sicher auch dieser Meinung sein, da - wie Stadtrat Christoph Stäger bereits erwähnt habe - es sicher zukünftig noch mehr dieser Antennen geben werde.

Andererseits sei es auch die Pflicht des Stadtrates, sich für elektrosensible Menschen und Tiere einzusetzen, da sich speziell die letztgenannten sehr schlecht dagegen zur Wehr setzen können. Das Kaskadenmodell sei aus raumplanerischer und städtebaulicher Sicht sicher sinnvoll und viel besser als die heutige Situation. Wer die Modelle generell einer genaueren Betrachtung unterziehe, stelle fest, dass halt auch diese gewisse Schwachpunkte aufweisen (Strahlung). Die grösste Strahlung werde nicht dort gemessen, wo die Antenne stehe. Die elektromagnetische Strahlung werde seitwärts und nicht nach unten ausgestrahlt. Demgemäss müssten elektrosensible Leute direkt unter einer Antenne wohnen. "Verbesserungen" lassen sich nur erzielen, wenn an den Grenzwerten geschraubt werde, was auf Bundesebene geregelt werde und wozu Langenthal schrecklich wenig zu sagen habe.

Leider bringe das Kaskadenmodell alleine auch nichts. Es komme einer leeren Hülle bzw. einem Werkzeug gleich, das bedient werden müsse. Wenn aber die zuständigen Stellen nur Ja und Amen zu den Evaluationsberichten der Mobilfunkanbieter sagen, nütze das beste Modell nichts. Nicht selten seien die Behörden technisch zu wenig versiert, um entschiedener gegen die Anbieter auftreten zu können. Dazu komme, dass kleine Antennen - wie es ein paar in Langenthal gebe - keine Bewilligung der Stadt brauchen, da eine Information an die Behörden bereits ausreiche.

Bis auf wenige Ausnahmen der hier im Saal Anwesenden würden alle von einem flächendeckenden Netz profitieren. Obwohl die Antennen heute bereits zur Infrastruktur der Gesellschaft gehören, gelte es die Entwicklung kritisch zu beobachten und zusammen mit den Anbietern nach Lösungen zu suchen. Mit dem Kaskadenmodelle lasse sich die Grundlage dafür schaffen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Entgegen der Meinung der Mobilfunkanbieter, dauere die ganze Prozedur bis zum Bau von Kaskadenmodellen sicher nicht länger als die anderer Antennen, was vom Amt für Gemeinden- und Raumordnung (AGR) im Übrigen bereits bestätigt worden sei. Die ordentlichen Fristen für Einspracheverhandlungen etc. gelte es nach wie vor einzuhalten.

Die SP/GL-Fraktion begrüsse die Wandlung der Motion in ein Postulat und spreche sich einstimmig für die Erheblicherklärung des Postulats aus.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat (gewandelte Motion) Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Standortplanung Mobilfunkantennen (Kaskadenmodell) wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Renovation Chrämerhuus Langenthal; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: In Kenntnis der Äusserungen von Stadtrat Stefan Ryser zum Traktandum Nr. 3 (Gemeindevoranschlag 2013) bekunde er zugegebenermassen eine gewisse Mühe, zur vorliegenden Motion Stellung zu nehmen.

Der Gemeinderat qualifiziere die Motion als Motion mit Weisungscharakter einerseits, beantrage andererseits aber deren Ablehnung.

Im Namen des Gemeinderates halte er fest, dass im Chrämerhuus nicht nichts gemacht worden sei. Die Heizung sei saniert worden, der Restaurationsbereich sei modernisiert worden, eine neue Erschliessung Richtung Wuhrplatz habe stattgefunden, Lagerraum sei geschaffen worden und Reparaturen am Dach seien vorgenommen worden. Richtig dagegen sei, dass das Ganze nicht innerhalb eines gesamtheitlichen Sanierungsprojektes stattgefunden habe. Das aber aus dem einfachen und schlichten Grund, dass eine Chrämerhuussanierung gegenüber der Sanierung von anderen städtischen Liegenschaften wie den Schulhäusern, dem Stadttheaters oder möglicherweise der Markhalle, wohl kaum prioritär behandelt und forciert werden müsse. Ausserdem liege von den Betreibern des Chrämerhuuses bis anhin auch keine entsprechende Anfrage vor.

Stefan Ryser: Die Worte, die er heute auch schon anlässlich der Beratung anderer Traktanden gehört habe, dass es Prioritäten gebe, nehme er sich zu Herzen. Er danke den an der Aufbereitung der Unterlagen Beteiligten. Mittels der Unterlagen habe er einen Überblick erhalten, was bereits alles getan worden sei, und dass sich eine Gesamtanierung des schützenswerten Objekts "Chrämerhuus" sicher zusätzlich schwierig gestalte.

Den Akten sei zu entnehmen, dass der Zustand des Chrämerhuuses als gut bezeichnet werden könne und dass im Energiebereich Optimierungen noch machbar wären. Es gäbe Möglichkeiten im Energiebereich Massnahmen umzusetzen, obwohl auch damit der Minergiestandard kaum oder nur erschwert erreicht werden könnte. In den Unterlagen werde unter Anderem auch darauf hingewiesen, dass das Chrämerhuus durch Renovationen seinen gewissen Charakter verlieren könnte, was er zwar nicht ganz verstehe, den Experten, die diese Meinung vertreten, jedoch einfach einmal glaube. Weiter gehe aus den Akten heraus, dass andere städtische Liegenschaften in Bezug auf Sanierungen Vorrang haben.

Der Wuhrplatz sei sehr teuer gestaltet worden. An den Wuhrplatz angrenzende Liegenschaften seien bereits renoviert worden oder werden zur Zeit renoviert. Andere seien neu gebaut worden. Angesichts dieser Situation habe er das Gefühl, dass dem Chrämerhuus etwas fehle. Dem Chrämerhuus fehle seiner Meinung nach im Energiebereich etwas. Ausserdem und nach Rücksprache mit diversen Betroffenen fehle dem Chrämerhuus eine Dachsanierung, da in den letzten Jahren am Dach offenbar mehrere Reparaturen vorgenommen werden mussten. Persönlich hoffe er, dass die Reparaturen schlussendlich nicht teurer sein werden, als eine Renovation des Daches.

Er akzeptiere die Haltung des Gemeinderates, dass das Chrämerhuus in der Prioritätenliste keinen Vorrang habe, indem er auch mithelfen wolle, die zur Verfügung stehenden Mittel prioritär einzusetzen. Die Haltung des Gemeinderates aber auch die Erkenntnis, dass bereits etwas getan worden sei, habe ihn auch zum Entschluss bewogen, **die Motion zurückzuziehen**. Er behalte sich jedoch vor, das Thema weiterzuverfolgen und erneut zu reagieren, wenn Schäden am Dach wieder Kosten auslösen sollten.

III Abstimmung:

Keine Abstimmung



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Protokollauszug an

- Gemeinderat



8. Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Transportable Spielgeräte auf dem Wuhrplatz; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Auf dem neu gestalteten Wuhrplatz gebe es schöne Veranstaltungen und der neue Wuhrplatz soll für eine vielfältige Nutzung attraktiv sein. Mit dem erlassenen Nutzungskonzept werde diese vielfältige Nutzung ermöglicht. Der Gemeinderat möchte an diesem Nutzungskonzept im Grundsatz festhalten.

Mit der Genehmigung des "Konzepts und des Massnahmenplans vom 23. April 2012" (Traktandum Nr. 5 der heutigen Sitzung), habe der Stadtrat der Umsetzung zur Attraktivierung und teilweisen Schaffung von insgesamt 13 Kinderspielplätzen bereits zugestimmt.

Der Gemeinderat habe sich mit dem vorliegenden Anliegen der Motionärin etwas tiefer auseinandergesetzt und sei dabei zum Schluss gelangt, dass es mit der Anschaffung solcher Geräte für den Wuhrplatz nicht gemacht wäre, da die Geräte in einem gewissen Sinne auch bewirtschaftet werden müssten. Die Geräte müssten in einem geeigneten Depot untergebracht werden, ansonsten sie vermutlich schon am nächsten Tag in der Langeten oder sonst wo zu finden wären. Auch müssten die Geräte täglich ausgegeben und am Abend wieder im Depot verstaut werden, was nebst den Anschaffungskosten noch weitere Kosten auslösen würde.

Selbstverständlich könnte allenfalls mit anderen Nutzern des Wuhrplatzes eine Lösung gefunden werden, was im Übrigen im Ansatz erkennbar sei, da es bereits gewisse Spielgeräte und Spielecken gebe (Beispiele: neu eröffnete Gelateria; Sandkasten Chrämerhuus).

Der Gemeinderat vertrete ganz klar die Auffassung, dass auf dem Wuhrplatz keine grössere Anlage mit Spielgeräten eingerichtet werden soll. Aus diesem Grund beantrage der Gemeinderat dem Stadtrat, die Motion als Motion mit Richtliniencharakter zu qualifizieren und diese erheblich zu erklären, womit die allfällige Umsetzung in der Kompetenz des Gemeinderates liegen würde. Das heisse aber auch, dass der Gemeinderat dem Stadtrat innerhalb von 9 Monaten einen entsprechenden Bericht vorzulegen hätte, worin er erklären müsste, inwieweit er der erheblich erklärten Motion mit Richtliniencharakter folgen wolle. Wenn im Stadtrat aber die Auffassung obsiegen sollte, dass die Motion als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren sei, dann laute der Antrag des Gemeinderates jedoch auf Nichterheblicherklärung der Motion.

Bernhard Marti, GPK-Mitglied: Die Geschäftsprüfungskommission stelle fest, dass die reglementarischen Vorschriften betreffend die Behandlung von Motionen eingehalten worden seien, womit die formelle Richtigkeit der Motion bestätigt werden könne.

Die Qualifizierung der Motion als Motion mit Richtliniencharakter gemäss Art. 34a Geschäftsordnung des Stadtrates bedeute, dass die Umsetzung des Anliegens innerhalb der Beschlusskompetenzgrenze des Gemeinderates von Fr. 150'000.00 gesehen werde (Art. 71 Abs. 1 Ziff. 2 Stadtverfassung.). Sollte der Stadtrat jedoch die Meinung vertreten, dass es sich um eine Motion mit Weisungscharakter handle, dann hiesse das, dass der Stadtrat mit Investitionen von über Fr. 150'000.00 rechne, um das Anliegen umzusetzen. Die Geschäftsprüfungskommission schliesse sich den Überlegungen des Gemeinderates in Bezug auf die Qualifizierung des Vorstosses an.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktin: Der Qualifizierung ihres Vorstosses als Motion mit Richtliniencharakter stimme sie zu. Auch die Meinung, dass eine Umsetzung die Finanzkompetenz des Gemeinderates nicht überschreiten soll, werde von ihr geteilt.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Der EVP/glp-Fraktion sei bekannt, dass bei der Neugestaltung des Wuhrplatzes leider bewusst auf eine Integration von Spielgeräten oder Ähnlichem zugunsten einer flexiblen Nutzung verzichtet worden sei. Bei sämtlichen Anlässen stehe damit der ganze Platz zu Verfügung. Der Platz sollte jedoch auch ein Begegnungsort sein, wo sich auch Kinder und Familien wohl fühlen. Das Anliegen seitens der Bevölkerung bestehe darin, dass der Hauptplatz der Stadt Langenthal auch eine attraktive Begegnungszone für Kinder werden müsse.

Der Grundgedanke, wonach der Wuhrplatz in erster Linie eine Begegnungs- und Kulturzone bleiben soll, werde von ihr persönlich unterstützt, indem auch sie nicht einen 14. Kinderspielplatz erschaffen möchte. Mit der Anschaffung transportabler Spielgeräte (beispielsweise Pedalo, Stelzen etc.) liesse sich der Wuhrplatz jedoch attraktivieren und der Begegnungsort intensivieren und aktivieren. Bei stattfindenden Anlässen könnten die Spielgeräte schnell entfernt werden. Auch die Pflasterung des Wuhrplatzes stelle kein Spielhindernis dar. Natürlich müsse nebst der Schaffung von Raum zur Unterbringung der Spielgeräte auch eine Organisation aufgezogen werden, um den Schutz vor Vandalismus gewährleisten zu können.

Markus Bösiger, FDP/jll-Fraktion: Es gebe wohl niemanden, der - in einem Wahljahr - ernsthaft gegen eine Vorlage sei, die sich für Kinderspielgeräte einsetze und womit der Wuhrplatz erst noch attraktiver gestaltet werden könnte. Die Attraktivierung des Wuhrplatzes sei offenbar für viele Parteien und Personen eine Wahlkampfangelegenheit.

Die FDP/jll-Fraktion halte den neuen Wuhrplatz für einen echten Gewinn für die Stadt Langenthal. Der neue Wuhrplatz sei ein Stadtplatz, eine Piazza auf dem bzw. der flaniert, verweilt, gespielt, gestritten und Feste gefeiert werden können.

Vor ziemlich genau 30 Minuten habe der Rat einen Investitionskredit im Betrag von Fr. 1,8 Mio. für die Sanierung und die Attraktivierung der städtischen Kinderspielplätze genehmigt (Traktandum Nr. 5). Ein zusätzliches städtisches Angebot an Spielsachen auf dem Wuhrplatz erscheine der FDP/jll-Fraktion deshalb nicht zwingend notwendig. Im Übrigen befinde sich die Ludothek nicht weit vom Wuhrplatz entfernt, wo Spielgerät in eigener Initiative ausgeliehen werden könne. In diesem Sinne lehne die FDP/jll-Fraktion einstimmig ab.

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion habe an sich viel Sympathie für den Vorstoss, obwohl ein Teil der Fraktionsmitglieder der selben Meinung sei, wie sie von Stadtrat Markus Bösiger im Namen der FDP/jll-Fraktion vorhin dargelegt worden sei.

Jedem sei es selber überlassen, sein eigenes Velo oder Trottinett, sein Federballspiel oder seinen Fussball auf den Wuhrplatz mitzubringen, um auf dem Wuhrplatz spielen zu können, ohne dass die Stadt dafür Geld "locker machen müsse".

Am heutigen Abend sei schon mehrmals davon gesprochen worden, künftig Wünschbares und absolut Notwendiges voneinander unterscheiden zu müssen. Trotzdem werde ein Grossteil der SVP-Fraktion die Erheblicherklärung der Motion unterstützen, insofern die Motion als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert werde.

Nathalie Scheibli, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion sei - wie alle Anwesenden auch - für das Wohl von Familien sowie auch alle Anwesenden für Kinderspielgelegenheiten seien.

Eine Mehrheit der SP/GL-Fraktion befürworte die Qualifizierung des Vorstosses als Richtlinienmotion und stimme deren Erheblicherklärung zu. In der SP/GL-Fraktion werde jedoch auch die Ansicht vertreten, dass der Gemeinderat andere Möglichkeiten habe, um den Platz zu beleben. Die SP/GL-Fraktion denke dabei an die Verwendung von im Budget eingestellten Mitteln, um den Schulen ein attraktives Musikwochenende zu ermöglichen oder um ToKJO die Durchführung von zwei, drei Spieltagen zu ermöglichen. Denkbar sei auch die Verwendung von budgetierten Mitteln, mit welcher die Ludothek mitfinanziert werde.

Um grössere Unfälle zu verhindern, rate sie persönlich davon ab, Kindern die Fahrt auf Pedalos auf dem Wuhrplatz (Pflasterung) zu ermöglichen. Auch die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, den Eltern die Wahl zu überlassen, welche Spielzeuge sie für ihre Kinder als gefahrlos empfinden.



III Abstimmung:

I. Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltung):

Die Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Transportable Spielgeräte auf dem Wuhrplatz **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

II. Der Stadtrat beschliesst mit 25 Stimmen Nein gegen 10 Stimmen Ja (bei 2 Enthaltungen):

- 1. Die Motion Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012:** Transportable Spielgeräte auf dem Wuhrplatz **wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber: Wie zu Beginn der heutigen Sitzung in Aussicht gestellt, bestehe die Möglichkeit - aufgrund der herrschenden Temperaturen - einige der für heute traktandierten Geschäfte auf die Septembersitzung zu verschieben. Sie bittet um Abgabe der Stimme, ob die Sitzung an dieser Stelle beendet oder weitergeführt werden soll:

- **Der Stadtrat stimmt der Weiterführung der Sitzung mit grosser Mehrheit zu.**



9. Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Schwimmunterricht; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini: Schwimmen habe sie schon während ihrer Schulzeit in Langenthal gelernt. Jahr für Jahr seien die Doppellektionen des Fachs Turnens während der Sommermonate für den Schwimmunterricht benützt worden.

Heute seien die von der Erziehungsdirektion herausgegebenen Haftungs- und Aufsichtsauflagen für Lehrpersonen, die Schwimmunterricht erteilen so hoch angesetzt, dass die wenigsten Lehrkräfte über die nötige Zusatzausbildung verfügen. Ausserdem wage es eine Einzelperson heute kaum noch, einer ganzen Schulklasse Schwimmunterricht zu erteilen.

Das Angebot des freiwilligen Schulsports für das Sommersemester 2012 umfasse 32 Sportarten. Darunter befinde sich lediglich ein Schwimmkurs. Das Angebot richte sich an Knaben und Mädchen der 2. bis zur 9. Klasse, wobei sich aber nur anmelden dürfe, wer in der Lage sei, 50 Meter am Stück zu schwimmen. Ein Schwimmkurs für Anfänger gebe es somit nicht.

bfu – Beratungsstelle für Unfallvermeidung



Ertrinken sei die zweithäufigste Todesursache von Kindern im Alter von 5 bis 14 Jahren.

Mit der Erteilung von Schwimmunterricht in der Volksschule könnte dieses Risiko reduziert werden.

Der Gemeinderat empfehle das Postulat erheblich zu erklären, um den damit verbundenen Prüfungsauftrag auszulösen.

Todesursachen bei Kindern und Jugendlichen in der WHO Region Europa (WHO, 2008)

	< 1 Jahr	1–4 Jahre	5–9 Jahre	10–14 Jahre	15–19 Jahre
1	Perinatale Ursachen	Infektionen u. Atemwege	Strassenverkehrsunfälle	Strassenverkehrsunfälle	Strassenverkehrsunfälle
2	Infektionen u. Atemwege	Durchfallerkrankung	Ertrinken	Ertrinken	selbstzugefügte Verletzungen
3	Durchfallerkrankung	Angeborene Krankheiten	Infektionen u. Atemwege	Selbstzugefügte Verletzungen	Gewalt
4	Angeborene Krankheiten	Ertrinken	Leukämie	Leukämie	Leukämie
5	Hirnhautentzündung	Hirnhautentzündung	Angeborene Krankheiten	Infektionen u. Atemwege	Vergiften
6	Infektionen o. Atemwege	Strassenverkehrsunfälle	Multipl. Myelom	Angeborene Krankheiten	Ertrinken

Ertrinkungsprävention: Unfallprävention, Othmar Brügger

Alt. FO/2010-11-02

7

Nathalie Scheibli: Dass das Anliegen vom Gemeinderat erkannt und als wichtig angenommen werde, sei erfreulich. Sie selber sei in einem Dorf (kleiner als Aarwangen) aufgewachsen, welches ein Schwimmbad unterhalten habe, so dass sie vom Kindergartenalter an Schwimmunterricht genossen habe. Ihre Eltern seien wahrscheinlich oft froh darüber gewesen, dass sie sich als Jugendliche mit ihren Kollegen - ohne unter elterlicher Aufsicht zu stehen - am Bielersee aufhalten konnte. Gemäss ihrer Berechnung werde sie für ihre Kinder - bis diese den Wasser-Sicherheits-Check absolviert haben - rund Fr. 3'500.00 für Schwimmunterricht ausgeben. In anderen Gemeinden rings um Langenthal gehöre Schwimmunterricht zum Gratisprogramm. Das heisse nun aber nicht, der Meinung zu sein, den Schwimmunterricht zwingend den Schulen in Langenthal übergeben zu müssen, da sie als Kindergärtnerin nicht jede Woche und bei jedem Wetter mit den Kindergartenkindern in die Badi gehen möchte und dabei zu frieren. Sie sei aber der Meinung, dass andere Anreize geschaffen werden können, um den Schwimmunterricht als wichtig einzustufen. Demgemäss sei sie froh, wenn ihr Postulat unterstützt werde, damit der Gemeinderat einen entsprechenden Prüfungsauftrag auslöse.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion schliesse sich dem Antrag des Gemeinderates an, da die FDP/jll-Fraktion es als sinnvoll erachte, den Kindern Schwimmunterricht zu erteilen.

Persönlich habe ihn die Aussage von Stadträtin Nathalie Scheibli etwas irritiert, wonach sie rund Fr. 3'500.00 für den Schwimmunterricht ihrer Kinder werde ausgeben müssen, zumal er der Meinung sei, die eigenen dafür aufzuwendenden Stunden nicht in die Berechnung einbeziehen zu müssen.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Ertrinken sei die zweithäufigste Unfall-Todesursache bei Kindern. Am Wochenende habe sich ein tragischer Unfall im Kanton Wallis ereignet, bei dem ein zweijähriger Junge im haus-eigenen Swimmingpool ertrunken ist; sein siebenjähriger Bruder schwebt noch in Lebensgefahr. Dies sei ein weiterer trauriger Unfall, welcher vielleicht - zumindest dem Siebenjährigen - nicht zugestossen wäre, wenn dieser hätte Schwimmen können.

Bademeister, Lebensretter und Schwimmverbände stellen fest, dass bei Kindern und Jugendlichen die Schwimmfähigkeit abnehme. Der Schwimmverband swimsports.ch habe im Jahr 2010 die Schwimmkompetenzen von 3.-Klässlern im Kanton Luzern untersucht, sowie eine Schüler- und Elternbefragung durchgeführt. Die Resultate zeigen, dass über ein Drittel der untersuchten Schülerinnen und Schüler als schwimmunfähig eingestuft werden müssen. Die Schwimmkompetenzen lassen sich je nach Schulgemeinde zum Teil sehr stark unterscheiden, wobei die Unterschiede allerdings nicht bloss auf den Umfang der erhaltenen Schwimmlektionen in der Schule zurückgeführt werden können, da wahrscheinlich auch kulturelle Hintergründe eine Rolle spielen.

Im Kanton Bern werde sich in etwas ein gleiches Bild zu den Schwimmkompetenzen zeigen. Auch im Kanton Bern unterscheide sich der Umfang des Schulschwimmens je nach Gemeinde stark. Es gebe Gemeinden in der Umgebung Langenthals, in denen regelmässiger Schwimmunterricht stattfindet (Beispiel Herzogenbuchsee), wozu sogar jeweils extra Schülertransporte organisiert werden.

Er habe quasi in einem Feldversuch seine Tochter (8. Klässlerin) vorhin per sms befragt, wie oft sie mit der Schule in der Badi gewesen sei und zur Antwort erhalten, dass sie sich nicht darin erinnern könne, mit der Schule im Schwimmunterricht gewesen zu sein und, dass sich die Anzahl der Badibesuche mit der Schule - wenn überhaupt - etwa an einer Hand abzählen lasse. Damit wolle er nicht sagen, dass die Volksschule in Langenthal zuwenig unternehme in diesem Bereich. Aber er sowie die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, die Situation in Langenthal doch einmal näher prüfen zu wollen, um allfälliges Optimierungspotential zu erkennen und gegebenenfalls darauf zu reagieren.

Aus Sicht der EVP/glp-Fraktion würde es deshalb Sinn machen, das Thema "Schwimmunterricht in Langenthal" anzugehen und in einem ersten Schritt eine vertiefte Bestandaufnahme der aktuellen Situation an den Langenthaler Schulen im Sinne des Postulats durchzuführen.

Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: Der Bericht vom Amt für Bildung, Kultur und Sport sei eindeutig und sehe eine hohe Dringlichkeit vor, den Kindern die Fähigkeit des Schwimmens im Rahmen von Schwimmunterricht zu vermitteln. Die SVP-Fraktion teile diese Ansicht und sei der Meinung, dass im Schulunterricht künftig wieder vermehrt die Fähigkeit des Schwimmens gelehrt werden soll.

Dass es in der Schweiz, welche als Wasserschloss Europas bezeichnet werde, immer wieder zu tragischen Todesfällen komme, rege zum Nachdenken an. Die SVP-Fraktion sehe in Fällen, in denen die Lehrkräfte nicht über die entsprechende Ausbildung verfügen, um Schwimmunterricht erteilen zu können, eine kostengünstige Umsetzung darin, zuerst die Beteiligung privater Fachkräfte zu suchen, um externes Know how zu erhalten.

Am 18. Mai 2009 sei im Stadtrat über das Postulat (gewandelte Motion) Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 15. Dezember 2008 betreffend Stärkung des Integrationsauftrages der Schule beraten worden. Die SVP-Fraktion habe damals verlangt, dass aus religiösen Gründen keine Dispensationen mehr erteilt werden sollen. Dazumal wie heute gehe es um eine ähnliche Zielsetzung, namentlich darum garantieren zu können, dass wer in der Schweiz zur Schule gehe, schwimmen könne, weil er es gelernt habe.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Eine Mehrheit der SP/GL-Fraktion sei seines Wissen damals gegen die Erheblicherklärung des Postulats gewesen. Da die SVP-Fraktion aber nicht nachtragend sei und das Anliegen auch nicht danach beurteile, aus welcher politischen Ecke es stamme, werde das vorliegende Postulat unterstützt.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Schwimmunterricht wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Postulat Dietrich Pascal (JL) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Wasserstadt Langenthal; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Langenthal sei nicht Venedig, aber trotzdem eine Wasserstadt, weil auch in Langenthal gewisse Gebäude, Strassen und Plätze über die Langete (Choufhüsi, Bären etc.) oder über den Sagibach, welcher in die Langete führe, gebaut seien. In Langenthal fliesse aber auch das Schuelbächli, welches das dritte im Langenthaler Wappen dargestellte Gewässer sei. Vom Schuelbächli sei heute nicht mehr viel zu sehen, weil es insbesondere für den Ausbau der Melchnastrasse eingedolt worden sei. Das Schuelbächli verlaufe im Strassenperimeter unterhalb des Trottoirs. Es quere die Strasse im Gebiet der Kirche und fliesse unter dem Spitalplatz hindurch bevor es dort in den Sagibach fliesse. In Langenthal gebe es noch diverse kleinere und grössere Gewässer, die sich jedoch ausserhalb des Baugebietes befinden. Mit der Inbetriebnahme des Hochwasserentlastungsstollens sei Langenthal seit mittlerweile rund 20 Jahren vor fatalen Hochwassern geschützt.

Für den Postulanten bedeute die Inbetriebnahme des Hochwasserentlastungsstollens eine Zäsur, weil mit dem die Stadt Langenthal vor verheerenden Hochwassern schützenden Bauwerk das Element Wasser weitgehend aus dem Stadtbild verschwunden sein soll. Diesen Eindruck teile er persönlich nicht, zumal er nicht der Meinung sei, dass die Wasserstadt nur während den Überschwemmungen gelebt habe und attraktiv gewesen sei.

Fakt sei, dass seit Inbetriebnahme des Entlastungsstollens - mit Ausnahme weniger kleiner Bereiche - keine konsequenten Eindolungen mehr durchgeführt worden seien. Wogegen der Zugang zum Wasser sogar massiv verbessert worden sei (Beispiel: Sitzstufen Wuhrplatz). Auch im Zuge der Erneuerung des Parkplatzes vis à vis der Mühle, sei der Zugang zum Gewässer gegenüber früher klar verbessert worden. Auch ausserhalb des Baugebietes seien Veränderungen vorgenommen worden. Das Weierbächli beispielsweise, sei früher mit einem sehr geringen Niveauunterschied in die Langete geflossen. Im Zuge der Langeten-Sanierung sei für das Weierbächli eine Unterquerung gebaut worden, womit es nun unter der Langenten verlaufe und in einem neu erstellten Gewässer unter der Murgenthalstrasse hindurch fliesse.

Er habe auch schon von der Idee gehört, wieder einmal ein Hochwasser in geordneten Bahnen durchzuführen. Möglich wäre dies schon, aber auch unrealistisch, da sich bei Tiefwasserstand das Wasser in der Langete befinde und herausgelassen werden müsste, um den gewünschten optischen Effekt zu erzielen, was jedoch den Tod der Fische bedeuten würde. Dafür eine Bewilligung zu erhalten, sei wohl kaum möglich.

Der Gemeinderat stelle eine gewisse Diskrepanz in der Begründung des Postulates fest. Einerseits werde es vom Postulanten aus finanzpolitischen Gründen begrüsst, dass sich der Gemeinderat nicht in aller Grosszügigkeit zu den drei geprüften Sanierungsprojekten Weierbächli, Langete, Elzbächli geäussert habe, andererseits verlange dieser die Prüfung von Bauvorhaben in Bezug auf Revitalisierungen. Im Übrigen stehen die Massnahmen betreffend das Weierbächli noch auf der Traktandenliste. Unter Revitalisierung des Weierbächlis sei eigentlich der Umbau des geraden Bachverlaufs in einen Mäander zu verstehen. Das Weierbächli sei aber heute schon vital und biete beispielweise dem seltenen und unter Schutz stehenden Bachneunauge einen Lebensraum.

Nach Ansicht des Gemeinderats werde mit dem Wortlaut: *"Der Gemeinderat wird eingeladen, Massnahmen zur Renaturierung, Revitalisierung oder ästhetisch-optischen Aufwertung der Gewässer auf dem Gebiet der Stadt Langenthal begleitend zu geeigneten Bauvorhaben zu prüfen."* eine falsche Ebene angesprochen. Langenthal verfüge über einen gültigen Zonenplan sowie über gültige Überbauungsordnungen. Wer bauen wolle, könne sich darin orientieren und im Sinne der Rechtssicherheit davon ausgehen, dass das darin Beschriebene auch Gültigkeit habe.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Der Gemeinderat erachte den Zeitpunkt falsch, jemanden, der mit einem fertigen Bauprojekt zur Baubewilligungsbehörde komme, wieder nach Hause zu schicken und dies mit der Begründung, dass mit der Bewilligungserteilung noch zugewartet werden müsse, weil noch überprüft werden wolle, ob das nahegelegene Bächlein doch noch ausgedolt und in das Bauvorhaben integriert werden soll oder nicht.

Schlussendlich werde im Stadtrat im Grundsatz darüber diskutiert, ob nach durchgeführtem Rechtsverfahren (Mitwirkung, Genehmigung des Kantons etc.) Überbauungsordnungen geändert werden sollen. Demgemäss müsste der entsprechende Eingriff dort vorgenommen werden. Eine Ausdolung setze die Erarbeitung von Planungsgrundlagen sowie die Durchführung von Rechtsverfahrensprozessen voraus, was sich allenfalls nicht so einfach bewerkstelligen lasse.

Aus der Optik der Rechtssicherheit sowie aus der Optik der angesprochenen Ebene betrachtet, sei der Gemeinderat klar der Meinung, das vorliegende Postulat nicht zur Erheblicherklärung zu beantragen. Selbstverständlich liege jedem Baubewilligungsverfahren ein gewisses Optimierungspotential - auch in Bezug auf den Gewässerschutz - zu Grunde. Im Postulat werde die Ausdolung des Weierbächlis in der Melchnaustrasse erwähnt, was heisse, dass eine Verlagerung der Strasse vorgenommen werden müsste, da ein unter der Strasse fließendes Weierbächli oder Schuelbächli ja wohl kaum ausgedolt werden könne, ohne damit den Strassenperimeter zu tangieren. Wenn die Politik eine Umsetzung des Anliegens im Sinne des Postulats wolle, dann gelte es das Problem an der Wurzel zu packen, indem bei der nächsten Überarbeitung der baurechtlichen Grundordnung ein Zeichen gesetzt werde, wo im Gewässerschutz solche Eingriffe vorgesehen werden sollen.

Langenthal habe viele Liegenschaften die über Gewässer gebaut seien. Der Abriss einer über einem Gewässer gebauten Liegenschaft, um ein neues Gebäude zu erstellen, gestalte sich schwierig. In den Überbauungsordnungen gelte es klare Verhältnisse zu schaffen, ansonsten nebst der Rechtsunsicherheiten auch ein Kostenfolgerisiko bestehe.

Pascal Dietrich: An heissen Tagen wie heute, sehnen sich Jung und Alt, Gross und Klein nach Wasser. Langenthal sei doch - so sollte man meinen - der richtige Ort, um sich abzukühlen. Langenthal sei nicht Venedig, aber früher als Klein-Venedig bezeichnet worden. Auf dieses Prädikat, auf welches Langenthal mittlerweile keinen Anspruch mehr habe, sei man sogar stolz gewesen.

Wenn er im Postulat von einer Zäsur schreibe, dann meine er es auch genau so. Er habe damit überhaupt nicht gesagt, es zu bedauern, in Langenthal keine Schadenhochwasser mehr zu haben. Aber es sei halt trotzdem eine Zäsur, da die Hochwasser nebst der damit verbundenen Gefahren und Risiken auch eine Attraktion gewesen seien. Mit dem Postulat wolle er vor Allem einen Denkanstoss geben, um Chancen zu nutzen. Das Postulat ermögliche es nämlich, die Anliegen des Natur- und Gewässerschutzes mit den Interessen des Stadtmarketings (Imagepflege, Stadtentwicklung) ideal zu verbinden, womit es nur Gewinner und keine Verlierer gebe.

Beim Studium der Grundlageakten habe er etwas gestaunt, als er gelesen habe, dass der Gemeinderat sich beispielsweise überlegt habe, das vorliegende Postulat im Hinblick auf das am 27. Juni 2011 abgeschriebene Postulat (gewandelte Motion) von Stadträtin Aysel Güler (SP) als erfüllt zu betrachten und zur Abschreibung zu beantragen, zumal er das vorliegende Postulat eingereicht habe, damit die Thematik nach der Abschreibung des Postulats Güler eben nicht wieder 30 oder 40 Jahre lang als erledigt angeschaut werden könne.

Wer danach suche, finde natürlich immer 100 Gründe, um etwas als unmöglich oder als schwierig darzustellen. Ihm wäre es lieber wenn nach Möglichkeiten gesucht würde, um Chancen zu packen, was aber eine Frage des Willens sei und mit Kommunikation und einer vorausschauenden Planung zu tun habe. Ihm sei auch klar, dass die Umsetzung in Einzelfällen schwierig sein könne. Es gehe ihm ja auch nicht darum, gleich und sofort wieder einen Prüfbericht zum Thema vorgelegt zu bekommen, da es vielleicht in den nächsten drei, vier Jahren gar kein geeignetes Projekt gebe, um tätig zu werden. Zudem sei es auch nicht verboten, die Stossrichtung des Postulats in eine künftige Überbauungsordnung einfließen zu lassen. Er tue sich schwer damit, dass die Regierung ein Anliegen - bei dem es um Stadtmarketing und Stadtentwicklung gehe - dermassen abblocke. Der Stadtrat habe heute Abend die Chance, die Meinung des Gemeinderates zu korrigieren, wozu er alle einlade.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

Matthias Wüthrich, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion finde das Anliegen grundsätzlich gut, obwohl vor allem für die "grünen" Mitglieder der Fraktion nur eine ästhetisch-optische Aufwertung nicht ausreichend wäre. Die SP/GL habe sich auch ergebnislos mit der Frage auseinandergesetzt, in wie weit das Anliegen kostenneutral sein soll. Trotzdem wolle die SP/GL-Fraktion die Chance nicht verpassen, etwas zur Verbesserung der Langenthaler Flussläufe beizutragen und stimme dem vorliegenden Postulat einstimmig zu.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Nein gegen 11 Stimmen Ja (bei 2 Enthaltungen):

- 1. Das Postulat Dietrich Pascal (JL) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Wasserstadt Langenthal wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11. Interpellation Scheibli Nathalie (SP) vom 7. Mai 2012 betreffend Wassersicherheitscheck (Water-safety-Kampagne der bfu); Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Keine Wortmeldung

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 4. Juli 2012 zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



12. Interpellation Ryser Stefan (SP) vom 7. Mai 2012 betreffend Verträge, Finanzen und Betrieb der Kunsteisbahn (KEB); Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stefan Ryser: Für die Beantwortung der Fragen danke er dem Gemeinderat. Mit der Interpellation wolle er für einmal nicht nur die finanzielle Seite des Themas sondern auch andere Seiten beleuchten.

Sicherheitstechnische Vereinbarungen: Die erste Saison sei beendet, die zweite Saison sei am Laufen. Er gehe davon aus, dass die Abrechnung der zweiten Saison in nächster Zeit vorliegen werde, um sich über den Abschluss im Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung informieren zu können. Der Grund für seine Frage zu diesem Thema sei der, dass Leute mit Reklamationen an ihn herangetreten seien.

Investitionen: In Anbetracht des Saisonenerfolgs des SCL habe es ihn interessiert, welche Investitionen für die Zukunft geplant seien. Mit Erstaunen stelle er fest, dass offenbar keine grösseren Investitionen geplant seien - auch nicht im Bereich Energie - obwohl die KEB bekanntlich sehr viel Energie brauche.

Öffnungszeiten: Er gehe davon aus, dass die Fragen in Bezug auf die Öffnungszeiten in den nächsten Tagen beantwortet werden können. Kürzlich habe der Presse entnommen werden können, dass das Restaurant von einem neuen Pächter betrieben werde. Er hoffe, dass die Schülerinnen und Schüler sowie alle, die ihre Freizeit in der Eishalle verbringen, den Betrieb so nutzen können, wie sie es sich von früher her gewohnt seien.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 4. Juli 2012 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



13. Interpellation Morgenthaler Helena (SVP) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012 betreffend die Verkehrssituation Jurastrasse 26 - 46; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Helena Morgenthaler: Dass Fachstellen beurteilen müssen, wo Fussgängerstreifen angebracht werden können sei ihr klar. Immerhin gebe es im obersten Viertel der Jurastrasse aber das Gebäude der Clientis Bank Oberaargau, worin etwa 10 Dienstleistungsunternehmen untergebracht seien. In Richtung Bahnhof dagegen seien zwei Fussgängerstreifen ohne ersichtlichen Bedarf angebracht.

Der Gemeinderat habe als Antwort zu Frage zwei geschrieben, dass die Jurastrasse laut Verkehrsrichtplan als "Strasse mit reduzierter Geschwindigkeit" zu betrachten sei. Im Gemeinderatsprotokoll sei ausserdem ersichtlich, dass laut der Finanz- und Investitionsplanung dereinst entsprechende Massnahmen geplant seien. Leider sei dieses Vorhaben jedoch bis ins Jahr 2017 aufgeschoben worden.

Der Antwort des Gemeinderates zu Frage drei könne entnommen werden, dass während 14 Tagen verdeckte Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen worden seien, womit ersichtlich geworden sei, dass 85% der in diesem Zeitraum gemessenen Fahrzeuge, die Geschwindigkeit eingehalten haben, was sehr positiv sei, wogegen sich 15% leider nicht daran gehalten haben. Die höchste Geschwindigkeit (99kmh) sei bei einem stadteinwärts fahrenden Fahrzeug am 10. Juni 2012 um 12.00 Uhr gemessen worden, was ihrer Meinung nach als ein "oberkriminelles" Verhalten bezeichnet werden könne. Auch die anderen der 15% würden nicht nur Leute gefährden, sondern auch einen enormen Lärm verursachen - insbesondere die, die mit voll aufgedrehten Musikanlagen fahren oder die "Motorenraufdrücker". Wie bereits erwähnt, werde die Umsetzung von verkehrsberuhigenden Massnahmen noch aufgeschoben, was weder für die Anwohner noch für sie zufriedenstellend sei.

Aus der Antwort zu Frage vier gehe verdankenswerter Weise hervor, dass die Achse Bahnhof-Jurastrasse auch von den Beantwortern der Interpellation als problematisch beurteilt werde. Für sie sei unbestritten, dass eine sichtbare Polizeipräsenz an allen neuralgischen Punkten in der Stadt eine präventive Wirkung in Bezug auf alle möglichen, zu unterbindenden Handlungen habe. Demgemäss hoffe sie auf eine grössere Polizeipräsenz - nicht nur in der Jurastrasse.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 4. Juli 2012 sowie die Ausführungen der Interpellantin zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



14. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Tagesschulangebote Langenthal

Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini: Vor etwas mehr als zwei Jahren sei das Tagesschulangebot Langenthal angelaufen. Mit der vom Stadtrat damals angenommenen Vorlage habe die Stadt Langenthal den Verein LeoLea, Bern mit der Ausführung der Dienstleistung beauftragt. Die Zusammenarbeit mit dem Verein LeoLea habe von Anfang an leider nicht so gut geklappt. Die hohen - von beiden Seiten - gestellten Erwartungen, seien auch nach wiederholten Gesprächen und auf beiden Seiten erfolgten Korrekturen nicht erfüllt worden. Der Verein LeoLea habe gegenüber dem Gemeinderat signalisiert, die Tagesschulangebote abgeben zu wollen. Nach intensiven Gesprächen habe sich der Gemeinderat zu folgendem Vorgehen entschieden:

- Das Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) wird beauftragt, zusammen mit dem Verein LeoLea eine Ablösungsmodalität zu regeln. Damit soll verhindert werden, dass die Stadt Langenthal plötzlich in einem "luftleeren Raum" stehe, wenn der Verein LeoLea die Zusammenarbeit kündigen sollte. Unter anderem soll die Ablösungsmodalität Folgendes beinhalten:
 - Regelung zur Übernahme von Personal.
 - Regelung zur Weiterverwendung von allfällig vorhanden Konzepten
 - Regelung zur Übernahme von Mobilien
 - Regelung des Umgangs bei allfälligem Gewinn oder Defizit
 - Regelung der Übernahme von Versicherungen und Abonnementen (Telefon, Internet)

Das ABiKuS sei beauftragt worden, eine neue organisatorische Lösung zu prüfen. Nach geführten Verhandlungen würden zwei Varianten im Vordergrund stehen. Der Gemeinderat priorisiere die Übernahme des Angebots durch den Krippenverein Langenthal. Ein andere Möglichkeit bestehe darin, das Angebot in das ABiKuS zu überführen.

Sobald konkrete Entscheidungsgrundlagen vorliegen, werde der Stadtrat eingeladen, Stellung zu den Lösungsvorschlägen zu nehmen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



15 A. Eingereichte Motion Steiner Daniel (EVP) vom 20. August 2012: Einführung stiller Wahlen

Motionstext:

"Einführung stiller Wahlen

Der Gemeinderat wird beauftragt, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für die Einführung stiller Wahlen zu schaffen und den zur Beschlussfassung zuständigen Organen vorzulegen.

Begründung:

Bei der sogenannten «stillen Wahl» findet kein Wahlgang statt, wenn nicht mehr Kandidierende vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind. Die vorgeschlagene Person wird durch eine behördliche Erklärung als gewählt bezeichnet.

Die Möglichkeit der stillen Wahl sollte in Langenthal sowohl bei einer Neuwahl als auch bei einer Wiederwahl eröffnet werden:

- *Die Bürger/-innen bzw. Parteien haben es jederzeit ohne grossen Aufwand in der Hand, eine offene Wahl zu erwirken. Gemäss Art. 27 und 32 des Wahl- und Abstimmungsreglementes vom 22. Juni 2009 müssen dazu lediglich mindestens 10 stimmberechtigte Personen einen unterzeichneten Wahlvorschlag einreichen.*
- *Das Institut der stillen Wahl entlastet die Stimmberechtigten von der Teilnahme an blossen «Bestätigungswahlen». Die Stimmberechtigten können sich so auf die wirklich umstrittenen Wahlgeschäfte konzentrieren.*
- *Im Fall, dass eine stille Wahl stattfindet, kann die Gemeinde gewisse Kosten sparen. Es entfallen mindestens die Aufwendungen für den Druck der wegfallenden Wahlzettel.*
- *Etliche Berner Gemeinden sehen in ihren Wahl- und Abstimmungsreglementen stille Wahlen vor: So hält beispielsweise die Stadt Burgdorf für die Stadtrats-, die Gemeinderatswahlen und die Wahl der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten die Möglichkeit stiller Wahlen offen. Schliesslich ist mit dem neuen Gesetz über die politischen Rechte (PRG) auch auf kantonaler Ebene vorgesehen, die stille Wahl bei Ersatz- oder Stichwahlen in den Regierungsrat und in den Ständerat zu ermöglichen.*
- *Bei der bevorstehenden Wahl für das hauptamtliche Stadtpräsidium vom 27./28. Oktober 2012 ist - wie schon bei früheren Gemeindewahlen - mit einer Einerkandidatur des amtierenden Stadtpräsidenten zu rechnen. In diesem Fall wäre eine stille Wahl zweckmässiger als die Durchführung einer reinen Bestätigungswahl."*

Daniel Steiner

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



15 B. Eingereichte Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2012: Gesamtbericht Liegenschaften Stadt Langenthal

Motionstext:

"Gesamtbericht Liegenschaften Stadt Langenthal

Motionstext:

Wir ersuchen den Gemeinderat einen Gesamtbericht über die städtischen Liegenschaften zu erarbeiten, welcher unter anderem folgende Erkenntnisse bringen soll:

- *Auflisten der städtischen Liegenschaften*
 - *im Verwaltungsvermögen*
 - *im Finanzvermögen*
- *der bauliche Zustand*
- *der Erneuerungs- und Sanierungsbedarf*
- *die finanziellen Aspekte*
 - *bezüglich Unterhalt, Sanierung*
 - *bezüglich Erträge, Rendite*
- *Nutzungsstrukturen und Wertpotentiale*
- *Kurz-, mittel- und langfristige Planungsabsichten des Gemeinderates*

Der Bericht soll eine umfassende Grundlage für die mittel- und langfristige Strategie in der Liegenschaftspolitik bilden. Dabei sollten strukturelle, finanzielle und städtebauliche Überlegungen, Problempunkte und Zukunftschancen aufgezeigt werden.

Begründung

Um eine aktive und systematische Liegenschaftenpolitik betreiben zu können, ist es nötig, dass sich die Stadt am freien Immobilienmarkt beteiligt. Auf Grund ihrer politischen Verantwortung wird es für die Stadt immer notwendig und sinnvoll sein, Immobilientransaktionen vorzunehmen. Wesentliche Erfolgsfaktoren sind jedoch die aktive Bewirtschaftung und der regelmässige Unterhalt des vorhandenen städtischen Liegenschaftsbestandes. Damit eine Gesamtbeurteilung über die zukünftige Strategie in den Bereichen Unterhalt, Sanierung, Nutzung und Verwertung der städtischen Liegenschaften möglich ist, müssen die notwendigen Grundlagen erarbeitet werden."

Manuel Ischi und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



15 C. Eingereichte Motion Grädel-Fankhauser Therese (SP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2012: Ernennung eines Gesundheitsministers/einer Gesundheitsministerin

Motionstext:

"Ernennung eines Gesundheitsministers/einer Gesundheitsministerin

Begründung:

Bis jetzt ist für das Thema Gesundheit und Gesundheitsförderung im Gemeinderat niemand richtig zuständig. Dies gilt intern für die Verwaltung aber auch gegen aussen. Dass ein derart wichtiges Thema mit so wenig Beachtung behandelt wird, stört mich und kann sich eine Stadt wie Langenthal auch aus Imagegründen schlicht nicht leisten!

Ich bitte den Gemeinderat einen Gemeinderat oder eine Gemeinderätin zuständig für Gesundheitsfragen und Gesundheitsförderung zu ernennen. Dies könnte z.B. der Gemeinderat für Soziales möglicherweise aber auch der Gemeinderat für Bildung sein. In diesen Ämtern gibt es strukturelle Verschiebungen und Veränderungen und dadurch werden Kapazitäten frei.

Das Einsetzen «eines Gesundheitsministers/einer Gesundheitsministerin» wäre für die Stadt ein Gewinn, denn so wäre die Zuständigkeit für diese Themen besser geklärt und könnte auch nach aussen kommuniziert werden. So könnte auch in Projekten, welche z.B. durch schweizerische Organisationen durchgeführt werden, mitgewirkt werden. Dies könnte ein Mitwirken in sehr interessanten Projekten ergeben und dem Thema wie der Bevölkerung unserer Stadt von grossem Nutzen sein."

Therese Grädel-Fankhauser und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



15 D. **Eingereichtes Postulat Rudolf Lanz (FDP) und Mitunterzeichnende vom 20. August 2012: Industrie- und Gewerbeland auf dem Gebiet von Untersteckholz**

Postulatstext:

"Industrie- und Gewerbeland auf dem Gebiet Untersteckholz

Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, ob auf dem Gebiet des Stadtteils «Untersteckholz» in Zukunft ein Industrie- und Gewerbegebiet ausgeschieden werden könnte.

Begründung:

Die Bevölkerung von Langenthal ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Auch in Zukunft wird mit einem nachhaltigen Anstieg der Wohnbevölkerung gerechnet.

Nicht Schritt halten konnte mit dieser Entwicklung das Angebot für Industrie- und Gewerbeland. Industrie und Gewerbe sind für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt von hoher Bedeutung.

Es gilt, mittel- und längerfristig diesem Wirtschaftszweig genügend Land zur Verfügung zu stellen, damit bestehende und neue Unternehmen Raum für den Aufbau und Erweiterung von Kapazitäten haben werden.

Das Gebiet auf dem Stadtteil «Untersteckholz» könnte eine Möglichkeit sein, dort eine entsprechende Industrie- und Gewerbezone auszuscheiden.

Mindestens vier Vorteile wären mit einer solchen Zone verbunden:

- *Das Gebiet liegt verkehrsmässig günstig. Die Autobahnzufahrt Reiden ist innert weniger Minuten erreichbar.*
- *Nach wie vor besteht eine Bahnverbindung von Langenthal auf das Gebiet von Untersteckholz. Dies wäre für die anzusiedelnden Unternehmen von einiger Wichtigkeit. Der Wegfall der Bahnkonzession müsste auch unter diesem Gesichtspunkt neu beurteilt werden.*
- *Durch das Ausscheiden eines Industrie- und Gewerbegebietes an peripherer Lage könnte das Stadtzentrum von künftigem Mehrverkehr entlastet werden.*
- *Eine gewerbliche und industrielle Entwicklung auf dem Gebiet von «Untersteckholz» wäre auch demographisch und wirtschaftspolitisch wünschenswert."*

Rudolf Lanz und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 20. August 2012

16. In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Beatrice Greber dankt den Pressevertretenden für die Berichterstattung, den Ratskolleginnen und Ratskollegen für das Engagement und weist darauf hin, dass die nächste Stadtratssitzung am Montag, 17. September 2012, 19.00 Uhr stattfinden werde.